

Schriftenreihe des Interdisziplinären Zentrums
für Bildung und Kommunikation in
Migrationsprozessen (IBKM) an der
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Nr. 61

Herausgegeben von
Rudolf Leiprecht, Inger Petersen, Winfried Schulz-Kaempf

Magdalena Gebala

Gefangen im eigenen Mythos?

Zur Konstruktion kollektiver Identität
in Mittel- und Osteuropa
am Beispiel Polens.
Grundlagen für die internationale
Austauschpädagogik.



BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Oldenburg, 2012

Verlag / Druck / Vertrieb

BIS-Verlag
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Postfach 2541
26015 Oldenburg

E-Mail: bisverlag@uni-oldenburg.de
Internet: www.bis-verlag.de

ISBN 978-3-8142-2258-5

Inhalt

1	Einleitung	7
2	Methodischer Zugang: Sozialer Konstruktivismus	13
3	Zur Bedeutung und den Kontexten kollektiver Identität	17
3.1	Nation	17
3.1.1	Staatsnation vs. Kulturnation	22
3.1.2	Zum Verständnis der Nation in Mittel- und Osteuropa	24
3.2	Nationalismus und Patriotismus	29
3.3	Ethnizität	32
3.4	Schlussfolgerungen für die internationale Austauschpädagogik	37
4	Felder der Identitätsbildung. Das Beispiel Polen	39
4.1	Geschichte (Ursprungs- und Geschichtsmythen)	41
4.1.1	Vom multinationalen Staat zu Nationalitätenkonflikten	41
4.1.2	Vernichtung der Heterogenität. Der Zweite Weltkrieg	47
4.1.3	Kommunismus und Nationalismus	50
4.1.4	Nationalismus im Kontext der Systemtransformation	53
4.1.5	Polens EU-Beitritt. Zwischen Akzeptanz und Euro-Skepsis	59
4.2	Religion. Von Identitätsstifterin zur Rivalin der Politik	65
4.3	Kultur. Zwischen altem und neuem Europa	72
4.4	Schlussfolgerungen für die internationale Austauschpädagogik	78
5	Identitätspolitik	81
5.1	Populismus	81
5.2	Nationalismus und Traditionalismus	86
5.3	Minderheitenpolitik	89
5.4	Ethnozentrismus und Rassismus	97

5.5	Antisemitismus	102
5.6	Sexismus	112
5.7	Schlussfolgerungen für die internationale Austauschpädagogik	117
6	Kollektive Identität und die internationale Austauschpädagogik	119
6.1	Herausforderungen und Aufgaben	122
6.2	Anforderungen und Chancen	127
7	Fazit und Ausblick	135
8	Literaturverzeichnis	137

1 Einleitung

Die Frage der Nation als politisches und kulturelles Deutungsmuster erlebt seit einiger Zeit eine unerwartete und unüberschaubare Renaissance. Die europäischen Entwicklungen sind dabei von strukturellen und chronologischen Ungleichzeitigkeiten geprägt: In Nord- und Westeuropa findet seit der Gründung der NATO (1949) und spätestens seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951) ein supranationaler Integrationsprozess statt. Europäische Gemeinschaften in Politik, Wirtschaft, Kultur und Bildung sollen entstehen und durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vor potenziellen „Unruhestiftern“ geschützt werden. Fortschreitende gesellschaftliche Differenzierung und kulturelle Fragmentierung stellen die Funktionalität von Nationen als verbindliche Werte- und Normsysteme kontinuierlich in Frage. Immer häufiger werden Diversität und Heterogenität als integrale Bestandteile des modernen Nationalbewusstseins betont. Unter Berücksichtigung all dieser Indikatoren wird sogar von einem „Abschied vom Nationalstaat“ (Albrow 1998) gesprochen.¹

Für die Staaten Mittel- und Osteuropas² stellt sich dies als paradoxe Situation dar. Der Prozess ihrer nationalen Erneuerung vollzieht sich vor dem Hintergrund eines Souveränitätsverlustes oder gar eines all-

-
- 1 Gleichzeitig werden einige europäische Regionen wie das Baskenland oder Staaten wie Schottland von ethnischen und regionalen Autonomiebewegungen begleitet und von sozialen Disparitäten geprägt, die der Albrow'schen Vision eines Endes von Nationalstaaten zu widersprechen scheinen.
 - 2 In der einschlägigen Forschungsliteratur herrscht kein Konsens bezüglich der verwendeten Bezeichnung für die Region. Diese Arbeit bedient sich im Folgenden der Bezeichnung Mittel- und Osteuropa als Sammelbegriff für alle, nach 1989 entstandenen, Transformationsländer des mittel- und osteuropäischen Raumes. Auch angesichts der darzustellenden Problematik, die oft die Grenzen und Territorien der einzelnen Nationalstaaten überschreitet, scheint der Begriff plausibel. Nicht nur in Bezug auf die Entwicklungen in der Vergangenheit, sondern ebenfalls angesichts der aktuellen Öffnung der Grenzen im Prozess der Europäisierung ist es sinnvoll, über Regionen nicht über einzelne Staaten in diesem Teil Europas zu sprechen. Die darzustellenden Phänomene, Probleme und Konflikte stehen also stellvertretend für die gesamte Region. So werden im Folgenden Beispiele und Exkurse aus der ganzen Region präsentiert, wobei der Hauptakzent auf die Betrachtung Polens liegt.

gemeinen Auflösens der Nationalstaaten.³ Um so mehr avancieren dort Nation und Nationalismus zu jenen Leitbildern, die das nach der Wende 1989 entstandene Vakuum an Identifikationsangeboten zu füllen scheinen. Hier greifen die nationalen Bewegungen bevorzugt auf jene Merkmale zurück, die auf die Zeit vor der kommunistischen Diktatur verweisen und mit denen man sich nun von anderen Großgruppen abzugrenzen versucht: die eigene Geschichte, ethnische Zugehörigkeit und Religion. Zugleich sucht aber der Großteil der nach dem Zerfall der Sowjetunion neu entstandenen Staaten Anschluss an die europäischen Institutionen und signalisiert mehr oder minder eindeutig seine Bereitschaft zu supranationaler Integration. Viele der mittel- und osteuropäischen Länder haben diesen Anschluss durch einen EU-Beitritt 2004 und 2007 bereits gefunden und vollzogen.

Die Vielfalt und die Widersprüchlichkeit dieser Entwicklungen haben eine intensive Diskussion über Bedeutung und Reichweite nationaler Strukturen im europäischen Kontext angeregt. Wie viel Staat und wie viel Nation ist in dem Europa der 27 notwendig und zumutbar? Kann man nationales Denken mit der Aufhebung der Grenzen innerhalb Europas eliminieren? Ist die Komplexität europäischer Nationalismen mit einem bloßen Ost-West-Vergleich erfassbar? Zuerst aber noch die Frage: Was ist eine Nation? Wie, warum und in Angrenzung wozu konstituiert sich das nationale „Wir“? Wie lässt sich die Idee von einem nationalen „Wir“ und einem nicht zu dem nationalen Kollektiv gehörenden „Sie“ in einem Europa vereinen, in dem es nur ein heterogenes und übernationales „Wir“ geben soll? Was sind mögliche Konsequenzen des Zusammenstoßes zwischen dem nationalen und supranationalen Denken? Welche Rolle spielen für die Konstituierung der nationalen Identität Bildung und Erziehung? Welche Aufgaben kommen beiden Bereichen vor dem Hintergrund der sich massiv verändernden Lebensverhältnisse zu? Wie soll die internationale und interkulturelle Kultur- und Bildungsarbeit konzipiert werden, damit sie diesen ambivalenten gesellschaftspolitischen Entwicklungen gerecht werden kann? Aus diesen Spannungsfeldern bezieht die Fragestellung dieser Arbeit ihre Aktualität.

3 Mehr zum gesellschaftspolitischen Wandel in Polen seit 1989 siehe Weiss/Reinprecht 1998: 23ff.

Die Arbeit soll als Anregung zu einer weiteren Beschäftigung mit dem Thema dienen, einige Akzente setzen und Interesse an gesellschaftspolitischen Fragen in Mittel- und Osteuropa wecken. Zu Beginn folgender Ausführungen (Kap. 2) wird der methodische Zugang der Arbeit kurz umrissen. Ein Anliegen ist mir hierbei, insbesondere darzustellen, warum sich der Konstruktivismus zur Beschreibung von gesellschaftspolitischen und sozialhistorischen Phänomenen im mittel- und osteuropäischen Raum besonders gut eignet. Die Überzeugung von der Plausibilität dieses Ansatzes deutet bereits der Titel der Arbeit an. Er impliziert zum Einen die kritische Distanz, mit welcher der Thematik im Folgenden begegnet wird und die sich in dem gewählten Begriff Mythos widerspiegelt. Zum Anderen stellt er sich als Untersuchungsmethode besonders deswegen als effektiv dar, weil er bisher Selbstverständliches und als ontologisch Behauptetes dekonstruiert und unselbstverständlich erscheinen lässt. Die Dekonstruktion des nationalen Mythos soll am Beispiel Polens, wo die Ambivalenz zwischen Nationalismus und Homogenisierung einerseits und der Europäisierung und Pluralisierung andererseits eine einmalige Plakativität und Evidenz erfährt, vorgenommen werden. Dessen ungeachtet soll Polen im Folgenden lediglich als Exempel fungieren und nicht als Sonderfall oder gar Abweichung innerhalb Mittel- und Osteuropas dargestellt werden.

In einem weiteren Schritt (Kap. 3) werden zentrale Begriffe der Arbeit wie kollektive und nationale Identität sowie andere im Identitätsdiskurs relevante Termini wie Nation, Nationalismus, Patriotismus, Ethnizismus, die bei der Beschäftigung mit Identität stets eine deskriptive bzw. eine ergänzende Rolle spielen, erläutert. Die genannten Termini sind keineswegs als absolute Definitionen anzusehen, sondern stets kontextgebunden, d. h. immer im Hinblick auf die Fragestellung der Arbeit und deren Methode zu betrachten.

Im weiteren Verlauf der Arbeit (Kap. 4) werden konkrete Felder der Identitätsbildung im polnischen öffentlichen Diskurs vorgestellt. Der Fokus der Betrachtung wird dabei auf Konstellationen und Werte einer Gesellschaft gerichtet, die die Entstehung und Etablierung von kollektiven Ursprungsmythen bedingen und vorantreiben können, d. h. Geschichte, Kultur und Religion. Insbesondere die Einmaligkeit der geschichtlichen Erfahrungen macht erst eine spezifisch nationale Aus-

prägung kollektiver Identität aus. Gleichzeitig soll klar gemacht werden, dass nationale Konstellationen und Werte nicht separat voneinander erscheinen, sondern stets aufeinander bezogen sind. Es muss ebenfalls bedacht werden, dass ihre geschichtliche Verankerung eine Prozessualität und Performativität der besagten kollektiven Konstellationen und Werte nicht ausschließt. Viele von ihnen wirken modifiziert in die Gegenwart hinein und beeinflussen das heutige Selbst- und Weltverhältnis sowie das Selbst- und Weltverständnis.

Anschließend (Kap. 5) sollen Politiken des Umgangs mit der kollektiven Identität aufgezeigt werden. Parallel zu einigen positiven Entwicklungen in Bezug auf die nationale Identitätspolitik, die verstärkt seit 1989 stattfindet, und eine Reihe von politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Nationskonzept in ganz Mittel- und Osteuropa notwendig und fruchtbar machte, ist im mittel- und osteuropäischen Raum eine überwiegend negative Politik des Umgangs mit der kollektiven Identität zu beobachten. Die massive Instrumentalisierung und Vereinnahmung der kollektiven Identität im und für den politischen Diskurs wird in Phänomenen wie Populismus, Nationalismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Sexismus sowie in ihrer Rezeption im öffentlichen Diskurs sichtbar.

Abschließend (Kap. 6) wird in dieser Arbeit auf die Notwendigkeit einer Reflexion und kritischen Auseinandersetzung mit der nationalen Identität in der polnischen Gesellschaft hingewiesen, die eine enorme Herausforderung sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen für die Bildungs- und Kulturpolitik darstellt. Über kurz oder lang wird es nötig sein, öffentlich deutlich zu machen, dass das teilweise dem 19. Jahrhundert entstammende Nationskonzept, das auf die kulturelle und ethnische Homogenität von Nationen ausgerichtet ist, der Heterogenität und Diversität in einer postmodernen, globalisierten und immer pluraler werdenden Welt nicht Stand halten kann. Gegen das althergebrachte Modell einer homogenen Gesellschaft soll ein neues Kulturverständnis etabliert werden, das der Individualität, Dynamik und Flexibilität von modernen Lebensentwürfen gerecht wird und die nationale Zugehörigkeit als eine neben vielen anderen, gleichberechtigten Identifikationsgrößen ansieht.

Die internationale Austauschpädagogik scheint sich hierfür, sowohl als wissenschaftliche Disziplin als auch praktisches Arbeitsfeld, besonders zu qualifizieren. Die Etablierung eines neuen theoretischen Konzepts in der internationalen und interkulturellen Jugendarbeit kann einem angemessenen und reflektierten pädagogischen Umgang mit Diversität den Weg ebnen sowie helfen, offenen wie latenten, vermeintlich aufgrund kultureller Unterschiede entstandenen Exklusions- und Diskriminierungspraktiken im mittel- und osteuropäischen Kontext entgegenzuwirken.

2 Methodischer Zugang: Sozialer Konstruktivismus

Wie bereits angedeutet, orientiert sich diese Arbeit methodisch am konstruktivistischen Ansatz. Der Schwerpunkt dieser Herangehensweise, die hauptsächlich in der Soziologie ihren Ursprung und ihre Anwendungsfelder hat, liegt in der Behauptung einer Konstruiertheit der sozialen Wirklichkeit und, was für die folgenden Ausführungen von Bedeutung sein wird, einer Konstruiertheit sozialer Phänomene.¹ Die damit verbundene Methode geht der Frage nach, wie gesellschaftliche Phänomene von Menschen erzeugt, institutionalisiert und als Tradition an neue Generationen überführt werden. Soziale Wirklichkeit wird im Konstruktivismus als etwas Dynamisches und Prozesshaftes angesehen, das durch das Handeln von Menschen und ihre Interpretation stets produziert und reproduziert wird.

Der Konstruktivismus wird aus zweierlei Gründen als methodischer Ansatz für die Ausführungen dieser Arbeit gewählt: Im Hinblick auf die zu behandelnde Fragestellung zielt er auf die Wahrnehmung der Konstruiertheit vermeintlich unveränderlicher Gegebenheiten sowie der zugrunde liegenden Konstruktionsprozesse und fragt nach Funktion und Zweck. Ferner hinterfragt der Konstruktivismus gesellschaftliche Phänomene, die zwar als Mythos, Erbe oder Tradition konzipiert und als gegeben und somit als unveränderlich akzeptiert werden, im Grunde aber sozial herstellbar sind. Beispielsweise verfolgt das Konzept kollektiver (national-kultureller) Identität das Ziel, eine nationale Einheit und Gemeinsamkeit zu suggerieren und in historischen Projektionen herzustellen.

Durch gemeinsame Werte und Orientierungsgrößen werden Zusammengehörigkeitsgefühle zwischen Gruppen oder Individuen hergestellt. Vorzugsweise Sprache, Geschichte und Tradition werden neu belebt, gedeutet oder sogar uminterpretiert. Auf diese Art und Weise

¹ Der Sozialkonstruktivismus geht auf das 1966 erschienene Werk von Berger und Luckmann "The Social Construction of Reality" zurück. Im Folgenden wird aus der deutschen Ausgabe „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie“ von 1980 zitiert.

können Mythen und Erfindungen immer wieder aktualisiert, an die gegenwärtigen Gruppenbedürfnisse angepasst und zeitlich flexibel gehalten werden. Aus diesem Grund können kollektive Identität und ihre Derivate nicht als gegeben betrachtet werden, sondern sollen in ihrem konstruierten Charakter hinterfragt werden. Mit dieser Arbeit soll nicht die bloße Existenz solcher Konstrukte bestätigt, sondern der Prozess ihrer Konstituierung sowie ihre Folgen in und für die Gesellschaft erläutert werden. Insofern ist der Konstruktivismus als Forschungsansatz in der Lage, nicht die Sphäre des „Seins“, sondern diejenige des „Geltens“ zu erfassen (Giordano 1996: 26). Der konstruktivistische Forschungsansatz entzieht sich somit jeder Hypostasierung und Ontologisierung.

Der Konstruktivismus macht ferner bestehende Hierarchisierungen zwischen Staaten, Ethnien und Kulturen deutlich und weist auf künstlich festgelegte Grenzen zwischen ihnen hin. Er ermöglicht es, „den Blick auf die Brüche und Widersprüche in den scheinbar einheitlichen Kategorien zu lenken und die polaren Ordnungsschemata im Kontext herrschender Macht- und Herrschaftsverhältnisse wahrzunehmen (Winkelmann 2004: 79, bezugnehmend auf Schmidt 2001: 269). Das Konstitutive einer Gesellschaft, nämlich die Unterscheidung von „Wir“ und „Sie“, „Innen“ und „Außen“, „Oben“ und „Unten“ (Radtke 1992: 79), macht vorsätzlich nicht auf Gemeinsamkeiten und Kontinuitäten, sondern eben auf Differenzen und Disparitäten aufmerksam. Der Fremde an sich wird nicht mehr als „schlichte Realität“ (ebd., 80f.), sondern als „soziale und kontextabhängige Deutung, die ihrerseits auf Unterscheidungen und Bezeichnungen beruht und eine Konstruktion ist“ (ebd.).

Die entstehenden Selbst- und Fremdkategorisierungen

„sind verankert in gesellschaftlich institutionalisierten Kategorisierungen und Prestigehierarchien [...], sie finden in spezifisch historisch-gesellschaftlichen Situationen statt, haben durch die objektiven Lebenslagen klar eine strukturierte Interessengrundlage“ (Bader 1995: 35).

So gesehen, bergen soziale Konstruktionen ein nicht zu unterschätzendes Potential in sich: Durch ihre Nachhaltigkeit und Wirksamkeit können sie massiv in gesellschaftliche Prozesse und soziale Beziehungen eingreifen (vgl. Leiprecht 2001: 25).

Da beide Termini nicht gegeneinander austauschbar sind, ist der Begriff Konstruktion nicht mit Erfindung gleichzusetzen. Präzise verwendet, können sie zur Beschreibung sozialer Sachverhalte nicht als Synonyme fungieren. Der Begriff Erfindung vermittelt den Eindruck vom punktuellen Entstehen konstruierter Inhalte. Damit wird ihnen gänzlich der prozessuale Charakter abgesprochen. Insbesondere in Bezug auf Nation, Ethnie oder Rasse, die aus verschiedenartigen geschichtlichen und gesellschaftspolitischen Prozessen hervorgegangen sind, sei eine solche Erfindung, wie Leiprecht feststellt, schwer vorstellbar. Ebenfalls müsse Leiprecht zufolge berücksichtigt werden, dass „die Möglichkeit zur spezifischen sozialen Konstruktion stets in jeweils besonderen historisch-gesellschaftlichen Konstellationen und Bewegungen begründet [...] und keineswegs beliebig [ist]“ (ebd., 24). Aus diesem Grund wird es im Folgenden von Bedeutung sein, bei der Betrachtung sozialer Phänomene deren geschichtliche Verankerung und Bedingtheit zu erläutern.

Der weitere Grund, warum sich der konstruktivistische Ansatz für diese Arbeit als besonders geeignet erweist, ist der Entschluss mit einer neuen in den sozialwissenschaftlichen Fächern bereits etablierten, aber in der Erforschung nationaler Phänomene in der Mittel- und Osteuropaforschung bislang unkonventionellen Methode, die Frage der kollektiven Identität zu betrachten. Die mangelnde Signifikanz dekonstruktivistisch-kritischer Ansätze in der Mittel- und Osteuropa-Forschung scheint dem Selbstverständnis der 1989 neu entstandenen Nationalstaaten und Demokratien, die ihre neue Staatlichkeit gerade durch nationale Historiographien zu legitimieren suchen, zu widersprechen. Gesellschaftlich konstruierte Phänomene wie Nation, Ethnie, Kultur, Identität etc. gelten nach wie vor als gegeben, statisch und unveränderbar. Dieses Verständnis gilt es zu hinterfragen und in dieser kritischen und reflexiven Perspektive im Rahmen internationaler und interkultureller Bildungs- und Kulturarbeit durch austauschpädagogische Praxis zu etablieren.

3 Zur Bedeutung und den Kontexten kollektiver Identität

Im wissenschaftlichen Diskurs über die Konstruktion kollektiver Identität wird auf weitere Begriffe hingewiesen, deren Umstrittenheit eine Auseinandersetzung mit der Fragestellung zu einem um so spannenderen Untersuchungsgegenstand macht. Natürlich liegt der Sinn dieser Arbeit nicht darin, enzyklopädische Erläuterungen für einzelne Begriffe zu liefern. Es geht lediglich darum, die für die Ausführungen folgender Abschnitte relevanten Termini kurz vorzustellen und sie im Kontext der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa zu diskutieren.

3.1 Nation

Etymologisch kommt der Begriff Nation aus dem Lateinischen „natio“ und stand ursprünglich für Geburt, Herkunft und Volk. Er diente der Kategorisierung von Menschen in Gruppen und Kollektive über kulturelle Merkmale wie Sprache, Kultur oder Abstammung, wie sie auch in der Definition der Ethnie anzutreffen sind. Diese zunächst rein kulturellen Eigenschaften einer Gruppe wurden im Verlauf der Nationsbildungsprozesse seit der frühen Moderne nationalisiert.¹ Allgemeinen kulturellen Merkmalen wurde nun der nationale Charakter im Sinne eines Volkes oder einer Volksgemeinschaft zugesprochen. Im neuen, modernen Verständnis der Nation sollen ethnische und kulturelle Merkmale idealerweise in den Hintergrund gerückt werden, während objektive Merkmale wie der Besitz eines gemeinsamen Territoriums, einer Verfassung etc. an Bedeutung gewinnen. Doch wie die Geschichte und die Gegenwart zeigen, gehören (National-)Staaten, die sich sowohl auf einheitliches Territorium als auch auf einheitliche

¹ Mit der politischen und gesellschaftlichen Etablierung des Bürgertums, insbesondere seit der Französischen Revolution, wurde der Begriff Nation um die Idee des Staates erweitert bzw. mit ihr gleichgesetzt. Seine Grundlage bildeten Ideale wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

Sprache, Kultur und Abstammung stützen, keineswegs der Vergangenheit an.²

Im sozialwissenschaftlichen Kontext wird der Begriff Nation recht unterschiedlich verwendet. In Anbetracht der gewählten Forschungsmethode wird der Schwerpunkt im Folgenden auf das Nationsverständnis des Konstruktivismus gelegt. Bei der Definierung der Nation werden innerhalb des Konstruktivismus entweder eine gemeinsame geschichtliche Herkunft oder die im Prozess der Geschichte gewachsenen Beziehungen unter den Nationsmitgliedern betont. In der Auffassung unterscheiden sich die Konstruktivistinnen und Konstruktivisten³ nicht wesentlich von anderen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern. Im Gegensatz aber zu ihnen richten die Ersteren ihr Augenmerk auf den Prozess sozialer Konstruktion von Nation.

Besonders Geschichtsmythen, die allgemein bekannte und für eine Nation relevante geschichtliche Momente kollektiv „speichern“, können zum Erreichen verschiedener zukunftsgerichteter politischer Handlungsstrategien instrumentalisiert werden. Nicht selten werden sie von den tatsächlichen historischen Fakten gelöst und verselbstständigen sich. Nach Balibar sind „Projekt und Schicksal [...] Figuren der Illusion über die nationale Identität.“ (Balibar 1990: 107) Die Vereinnahmungstendenzen in der Politik sind allgegenwärtig, was im weiteren Verlauf dieser Arbeit konkret am Beispiel des Populismus gezeigt werden soll.

Ebenfalls hinterfragt wird im Konstruktivismus der angeblich „natürliche“ Ursprung einer Nation. Die Ansichten über den Grad seiner Konstruiertheit reichen in der sozialwissenschaftlichen Forschung von einer kompromisslosen Behauptung der Nation als „Erfindung“ (Anderson 1988) oder einer „vorgestellten politischen Gemeinschaft“ (ebd.) bis hin zum permanenten Selbsterschaffungspotenzial von Völkern in Form von Nationalstaaten (Balibar 1990). Damit widerspricht das konstruktivistische Nationskonzept einer Vorstellung der Nation

2 Das starke Wachstum von Bevölkerungen und die daraus entstandenen Bewegungen bis hin zur Idee ethnisch homogener Nationalstaaten gipfelten im 20. Jahrhundert in verschiedenen ethnischen Säuberungen.

3 In dieser Arbeit wird die weibliche und die männliche Form verwendet.

als gewollte Gemeinschaft⁴ (vgl. Tönnies 1979 [1887]: 207ff.) oder als historisch kontingentes Modell (vgl. Brubaker 1994⁵). So wurde von Anderson in den 1980er Jahren folgende Definition von Nation vorgeschlagen:

„Sie ist eine vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als besetzt und souverän. *Vorgestellt* ist sie deswegen, weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen, ihnen begegnen oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert. [...] Die Nation wird als *begrenzt* vorgestellt, weil selbst die größte von ihnen mit vielleicht einer Milliarde Menschen in genau bestimmten, wenn auch variablen Grenzen lebt, jenseits derer andere Nationen liegen. Keine Nation setzt sich mit der Menschheit gleich. Selbst die glühendsten Nationalisten träumen nicht vor dem Tag, da alle Mitglieder der menschlichen Rasse ihrer Nation angehören werden – anders als es in vergangenen Zeiten den Christen möglich war, von einem ganz und gar ‚christlichen‘ Planeten zu träumen. [...] Die Nation wird als *souverän* vorgestellt, weil ihr Begriff in einer Zeit geboren wurde, als Aufklärung und Revolution die Legitimität der als von Gottes Gnaden gedachten hierarchisch-dynastischen Reiche zerstörten. Dieser Begriff erlangte seine Reife in einem historischen Moment, als selbst die frommsten Anhänger jeglicher Universalreligion mit dem lebendigen *Pluralismus* solcher Religionen und dem Auseinandertreten von ontologischen Ansprüchen jeden Glaubens und seiner territorialer Ausdehnung konfrontiert waren. Deswegen träumen Nationen davon, frei zu sein und dies unmittelbar – wenn auch unter Gott. Maßstab und Symbol dieser Freiheit ist der souveräne Staat. Schließlich wird die Nation als *Gemeinschaft* vorgestellt, weil sie unabhängig von realer Abhängigkeit und Ausbeutung, als ‚kameradschaftlicher‘ Verbund von Gleichen verstanden wird. Es war diese Brüderlichkeit, die es in den letzten zwei Jahrhunderten möglich gemacht hat, dass Millionen von Menschen für so begrenzte Vorstellungen weniger getötet haben als vielmehr bereitwillig gestorben sind.“ (Anderson 1988: 15ff., Hervh. i. O.)⁶

-
- 4 Der Aspekt des Gemeinschaftswillens im Prozess der Entstehung von Nationen wird ebenfalls bei Kohn als konstituierend hervorgehoben (vgl. Kohn 1967).
 - 5 Nach Brubaker gibt es bei der Staatsangehörigkeit keine freie Entscheidung des Individuums. Es ist der Staat der bei der Geburt entweder aufgrund des *ius soli* oder *ius sanguinis* oder einer Kombination aus beiden über die Staatsangehörigkeit entscheidet. Der Autor spricht diesbezüglich sogar von einem „einschließenden“ Charakter des Staates (vgl. Brubaker 1994: 45ff.). Wie die Geschichte und die Gegenwart jedoch zeigen, kann es sehr wohl so etwas wie den Willen von Kollektiven, eine Nation zu sein, geben.
 - 6 Weiterführend zur Nation als vorgestellte politische Gemeinschaft siehe Rätzhel 1997.

Estel zufolge ist die moderne Nation eine Gemeinschaft, die idealtypisch drei Hauptmerkmale aufweist:

„Erstens ist sie fundamentaldemokratisch in dem Sinne, dass sie ohne Rücksicht auf alte und neue [...] Gliederungen alle Menschen, die nach ihren Konstitutionskriterien Nationsangehörige sind, in grundsätzlich gleicher Weise einschließt. Zweitens ist sie eben auch *vorstaatliche* Gemeinschaft, die notfalls ohne und gegen den Staat besteht. Und drittens sucht sie die ichorientierten Kosten-Nutzen-Kalkulationen der Menschen als vereinzelter Wirtschaftsobjekte, typischerweise also: die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Wirkung auf das individuelle Handeln zu begrenzen und zumindest punktuell zugunsten einer nationalen *Solidarität* zu überwinden.“ (Estel 1997: 74, Hervh. i. O.)

Und drittens baut sie auf eine subjektiv gefühlte (affektuelle, traditionale oder wertrationale) Zusammengehörigkeit der Beteiligten (vgl. ebd.).⁷ Nun stellt sich die Frage, warum sich Menschen gerade mit diesen und nicht mit jenen Menschen zusammengehörig fühlen? Sind es Faktoren wie die Gemeinsamkeit des Gebiets, der Abstammung, der Sprache oder der gleichen historischen Schicksale, die Menschen miteinander verbinden können? Kann die Kategorie des Nationalcharakters, die das Vorhandensein gleicher Neigungen, Mentalität impliziert, diese Zusammenangehörigkeitsgefühle beschreiben?

Gemeinsamkeiten im Habitus und Handeln der Menschen können die Entstehung eines Gemeinschaftsbewusstseins durchaus begünstigen, aber sie alleine genügen kaum. Zur Entstehung des Zusammengehörigkeitsgefühls innerhalb einer Nation oder innerhalb jeder beliebigen Gruppe sind v. a. Wissensbestände nötig, die mit der kollektiven Identität ein nationales „Wir“ konstituieren und die derart zusammengeschlossenen Menschen als einander solidarisch verbunden propagieren. Individuen können Konstituenten verschiedener Kollektive sein, solange sie sich mit bestimmten Erfahrungen, Erwartungen, Regeln und Orientierungen identifizieren.⁸

7 Weiterführend zur Bildung von nationalen Zugehörigkeiten im mitteleuropäischen Kontext siehe Kempny 1999.

8 Solche Mitgliedschaften sind nicht zwangsläufig statisch und zeitlos, sondern können z. B. durch Auswanderung oder Konversion gewechselt oder aufgekündigt werden (vgl. Assmann 1992: 133).

Die persönliche Identifikation mit einem Kollektiv ist nach Estel immer an folgende Voraussetzungen gebunden: Die erste Voraussetzung sei das Wissen, dass es sich überhaupt um ein Kollektiv handle, dem man selbst angehöre; die zweite, dass es um ein wichtiges Kollektiv gehe, von dessen Zustand das Wohl seiner Angehörigen abhängt. Drittens müsse das Kollektiv als in sich wertvoll und damit als Gebilde erfahren werden, der jedem Einzelnen einen spezifischen Wert verleihe. Als letzte Voraussetzung könne die gemeinschaftliche Abhängigkeit der Angehörigen des Kollektivs untereinander benannt werden. Objektive Faktoren bei der Identifikation des Einzelnen mit einem Kollektiv, so z. B. der Besitz eines entsprechenden Nationalpasses im Fall der Nation, stehen Estel zufolge meist an zweiter Stelle (vgl. ebd., 79f.).

Ohne Wissen, Bewusstsein und Reflexion einer Mitgliedschaft kann es keine solche Solidarität und keine kollektive Identität geben. Die Frage nach einer kollektiven Identität ist also immer mit der Frage nach der Konstitution des betreffenden Kollektivs verbunden. Da kollektive Identität nicht außerhalb von Individuen, die das „Wir“ konstituieren und tragen, existieren kann, ist sie immer eine Sache individuellen Wissens und Bewusstseins (vgl. Assmann 1992: 131). So wenig eine mehr oder minder große Anzahl von Personen vereinheitlicht werden kann, so wenig kann ein Kollektiv eine einheitliche, homogene Identität bilden. Die Behauptung einer solchen Einheitlichkeit, die häufig zu Zwecken der Politik vorgenommen wird, ist ein gesellschaftliches Konstrukt und bedarf symbolischer Ausformung. Den „Sozialkörper“ (ebd., 132), wie Assmann konstatiert, „gibt es nicht im Sinne sichtbarer, greifbarer Wirklichkeit. Es ist eine Metapher, eine imaginäre Größe, ein soziales Konstrukt. Als solches aber gehört es durchaus der Wirklichkeit an.“ (ebd.) In „Das kulturelle Gedächtnis“ wird von Assmann eine Definition kollektiver Identität formuliert, welche die aufgezählten Merkmale folgendermaßen zusammenfasst:

„Unter einer *kollektiven* oder *Wir-Identität* verstehen wird das Bild, das eine Gruppe von sich aufbaut und mit dem sich deren Mitglieder identifizieren können. Kollektive Identität ist eine Frage der *Identifikation* seitens der beteiligten Individuen. Es gibt sie nicht ‚an sich‘, sondern immer nur in dem Maße, wie sich bestimmte Individuen zu ihr bekennen. Sie ist so stark oder so schwach, wie sie im Denken und

Handeln der Gruppenmitglieder lebendig ist und deren Denken und Handeln zu motivieren vermag.“ (ebd., Hervh. i. O.)

Die Politik, wie im weiteren Verlauf dieser Arbeit am Beispiel der polnischen Parteilandschaft dargestellt wird, arbeitet häufig mit fragwürdigen Etikettierungen des Eigenen und des Fremden und somit mit der Grenzziehung innen und außen. Für die normierenden Konstruktionen kollektiver „Pseudo-Identitäten“ (Straub 1998: 100) ist ferner charakteristisch, dass sie von einem „extrem stereotyp[en], erfahrungsarm[en] und erfahrungsleer[en] Selbst- und Fremdbild“ (ebd.) ausgehen. Sie finden sich insbesondere dort, wo Kollektive groß und unüberschaubar sind, d. h. dort, wo die Schwarz-Weiß-Logik (zugehörig vs. fremd, Freund vs. Feind, Held vs. Bösewicht etc.) affirmative Exempel findet, wie z. B. in einer Nation. Zusammenfassend lässt sich die nationale Identität als

„jene Summe konstruierter kollektiver Selbstverständnisse und Selbstbilder einer Nation beschreiben, die sich in gemeinsamen kulturellen Codes, Wertsystemen, Überzeugungen und Interessen äußert, durch Institutionen und Symbole stabilisiert und aktualisiert wird, durch die sich Nationen deuten und ihre Handlungen nach innen und außen legitimieren“ (Hirschhausen/Leonard 2001: 13).

3.1.1 *Staatsnation vs. Kulturnation*

In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird generell und etwas vereinfacht zwischen drei Nationstypen unterschieden: Staatsnation, Kulturnation und Willensnation.⁹ Die Einteilung ist nur insofern für die folgenden Ausführungen von Interesse, als sie die einzelnen Begriffe, die bei der Betrachtung der Nationskonzepte im mittel- und osteuropäischen Kontext eine Rolle spielen, erläutert.

Im Fall der ersten Definition wird eine Nation als ein Kollektiv verstanden, das sich im Besitz eines Staates befindet (vgl. Deutsch 1972: 204), seine Souveränität nachweisen kann und über ein Territorium

9 Im internationalen wissenschaftlichen Diskurs über Nation und Nationalstaat lässt sich ferner eine Differenzierung in einen ethnischen und einen politischen Nation- und Nationalstaatsbegriff beobachten. Die dabei verwendete Terminologie variiert von „subjektivem“ vs. „objektivem“ Nationsbegriff, „ethnic“ vs. „political nationalism“ in der englischsprachigen und „nation ethnique“ vs. „nation électorale“ in der französischsprachigen Forschung (vgl. Heckmann 1992: 66).

verfügt. In einer Staats- und Staatsbürgernation oder dem nation state resultieren die Wir-Identität und das Nationalgefühl vorrangig aus der Identifikation mit den Institutionen des Rechtsstaates. Sie sind also politisch motiviert. Nicht selten wird hierbei von einem Verfassungspatriotismus gesprochen:

„Die Staats(bürger)nation gilt deshalb als Inbegriff der modernen Nation, weil die Wirkkraft von traditionsgesteuerten Bindungen zugunsten von [...] demokratischen Mechanismen der Legitimation abnimmt.“ (Weiss/Reinprecht 1998: 18, beziehend auf Estel 1994)

Im Fall der Kulturnation wird eine Gemeinschaft definiert, die nicht unbedingt in Form eines Staatverbands organisiert sein muss. Die Idee der Nation als ethnische Abstammungsgemeinschaft findet hier ihre Begründung. Hauptcharakteristika dieses Nationsmodells sind die Annahme einer gemeinsamen Abstammung und die Legitimation von Politik und Staat durch Traditionen, Sitten, Sprache etc. Wie Weiss und Reinprecht konstatieren, habe der Rekurs auf Abstammung und Kultur die „Funktion, darüber hinwegzutäuschen, dass die scheinbar natürliche Gemeinschaft in Wahrheit nicht nur historisch entstanden (und somit auch veränderbar ist), sondern auch ‚vorgestellt‘, sozial imaginiert ist“ (Weiss/Reinprecht 1998: 18). Dieser Erläuterung folgend muss die Kulturnation dem Territorialstaat vorausgehen, weil sie nicht an staatliche Grenzen gebunden ist. Ebenfalls muss sie sich nicht in der politischen Wirklichkeit ausdrücken. Die Staatsnation wird hingegen durch den gemeinsamen Bezug auf eine bestimmte auf einem Territorium lebende Rechtsgemeinschaft, deren Ausdruck meist die Verfassung ist, gebildet. Die Teilhabe an der Rechtsgemeinschaft ist über das Bekenntnis zu der geltenden Rechtsordnung, verbunden mit dem Erlangen der Staatsbürgerschaft, möglich.

Der Typus der Willensnation stützt sich auf den Aspekt der Freiwilligkeit nationaler Bindungen. Die askriptiven Merkmale wie Kultur, Sprache, Hautfarbe und Religion oder ein gemeinsamer Siedlungsraum wirken zwischen den Individuen zwar identitätsstiftend, sind jedoch nicht ausreichend, um eine nationale Gemeinschaft zu bilden. Nach Renan muss die Nation über „eine Seele, ein geistiges Prinzip“ (Renan 1993: 308) verfügen, das subjektiv herstellbar und „empfindbar“ ist.

Bei den vorgestellten Nationstypen handelt es sich um idealtypische Konstrukte, die so wie sie skizziert wurden, kaum in der historischen Realität existieren können. Mischformen aus den hier vorgestellten Merkmalen und Konzepten sind die gängige Form. In den Sozialwissenschaften herrscht ein Konsens darüber, dass rein objektive Merkmale allein nicht ausreichend sind, um beispielsweise das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb einer Nation zu begründen. Entscheidend ist daher die Bedeutung, die von den Mitgliedern eines Kollektivs Merkmalen wie Verfassung oder Staatsterritorium zugesprochen wird. Der freiwillige Charakter der Identifikation der Mitglieder mit einem Kollektiv ist hier von übergeordneter Bedeutung.

3.1.2 Zum Verständnis der Nation in Mittel- und Osteuropa

Wie eingangs erwähnt, stellen die fortschreitende gesellschaftliche Differenzierung und kulturelle Fragmentierung die Funktionalität von Nationen als verbindliche Werte- und Normsysteme kontinuierlich in Frage. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Heterogenität und Diversität bedient sich der öffentliche Diskurs häufig der Formulierung „Abschied vom Nationalstaat“ (Albrow 1998). Konträr dazu werden auf nationaler Ebene neue Konzepte zur Behauptung und Sicherung der Nationalstaaten erarbeitet. Trotz der Existenz des sog. *ius commune Europaeum* bestehen viele EU-Mitgliedsländer weiterhin auf eine nationalisierte Politik. Eine allgemeine Tendenz zur Durchsetzung eines europäisierten Nationsverständnisses, beispielsweise durch Vereinfachung der Einbürgerungsmechanismen, fehlt weitestgehend.

Beide Tendenzen – die europäische Öffnung einerseits, die Abschottung im Sinne des Nationalstaates andererseits – sind ein Exempel für die partielle „Inkompatibilität“ der Interessen zwischen der EU und ihren Mitgliedern. Diese Widersprüchlichkeiten stellen für junge Demokratien in Mittel- und Osteuropa im besonderen Maße eine paradoxe Situation dar. Der Prozess ihrer nationalen Erneuerung vollzieht sich zum Einen vor dem Hintergrund eines Souveränitätsverlustes oder gar eines allgemeinen Auflösens der Nationalstaaten, zum Anderen wird er aber von den nationalen Bestrebungen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten begleitet. Seit 1989 bildet die Koinzidenz von Demokratie und

Nationalismus eine entscheidende Konstellation für die Reorganisation Mittel- und Osteuropas als eine Region freier, demokratischer Normen.

Mit dem Ende des Kommunismus wurden innerhalb der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften zwei Wunschvorstellungen deutlich, der Wunsch nach einer civil society und Bürgerrechten sowie der Wunsch nach nationaler Souveränität. In diesem Kontext wurden die Bemühungen um eine zivilgesellschaftliche Begründung der Nation paradoxerweise mit Erbschaften des antidemokratischen Sprachnationalismus, d. h. der Betonung gleicher sprachlicher und kultureller Ursprünglichkeit, konfrontiert:

„Tendenzen einer primär kulturellen und nicht politischen Integration der postkommunistischen Gesellschaften waren erkennbar, v. a. hinsichtlich der Minderheitenpolitik, die ein sensibler Indikator für Ethnozentrismus und Nationalismus ist.“ (Weiss/Reinprecht 1998: 17)

Ein nahe liegendes Resultat dieser Entwicklungen war der Konflikt zwischen beiden, in der Überzeugung der Öffentlichkeit gleich richtigen Vorstellungen: der Idee einer modernen Staatsnation einerseits und einem traditionellen Modell der Kulturnation andererseits. Eine Orientierungslosigkeit der Gesellschaft war eine logische Folge der politischen Unbeständigkeit, die zu Beginn der 1990er Jahre zur allgemeinen Desorientierung der Gesellschaft führte (vgl. ebd., 24). Das Fehlen eines klaren politischen und wirtschaftlichen Kurses weckte erste Zweifel an der politischen Transformation und ließ nationale Mythen zur Beseitigung des neu entstandenen Werterelativismus und Individualismus im Sinne von Singularisierung und kapitalistischem Egoismus aufblühen. Schnell übernahmen nationale Symbole die Funktion, die Illusion einer modernen, staatlich konstituierten Gesellschaft zu erzeugen und taten es auf eine überzeugende Art und Weise. Die verstärkt in Zeiten von individuellen und kollektiven Identitätskrisen aufkommenden Ideologien des Nationalismus und Patriotismus füllten das Vakuum der Orientierungslosigkeit aus und schafften eine „Ersatz-Solidarität“ (ebd.). Die Nation schien den richtigen Ersatz für verloren gegangene Gruppenzugehörigkeiten zu liefern. Der Glaube an das traditionelle Bestehen von Gemeinsamkeiten in Sprache, Kultur, Abstammung war für die Herstellung nationaler Identität und die

gemeinsame Identifikation in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas wesentlich. Der Gedanke der kulturellen Homogenität nach innen, bei gleichzeitiger Verstärkung kultureller Differenziertheit nach außen stellte im mittel- und osteuropäischen Kontext der 1990er Jahre ein wichtiges funktionales Element der Nation dar.

Nichtsdestotrotz soll die gesellschaftliche und nationale Erneuerung Mittel- und Osteuropas im Kontext spezifischer struktureller und historischer Voraussetzungen und kultureller Traditionen betrachtet werden. Die Forschungsliteratur zum Thema zeigt, dass sich die vielfältige und teilweise widersprüchliche nationalstaatliche Entwicklung in dieser Region bis zu einem gewissen Grad einer typisierenden Beschreibung entzieht. Es fällt jedoch auf, dass die Nation in Mittel- und Osteuropa über Jahrhunderte eine andere Definition erfuhr und anders konnotiert wurde als das in Westeuropa der Fall war.¹⁰ Dem polnischen Soziologen und Politologen Wiatr zufolge hängt dies eng mit der unterschiedlichen gesellschaftlichen und politisch-institutionellen Entwicklung in der Geschichte zusammen:

“Because of historically different patterns of development, two contrasting concepts of ‘the nation’ have emerged in Europe in the nineteenth century. The first can be called ‘political’, the second ‘cultural’. The first dominates the Western political tradition, the second is distinctly Eastern. In the political sense, a nation constitutes a community of citizens who demonstrate their will to act together as a state.” (Wiatr 1997: 207)

Wie das obige Zitat verdeutlicht, können die Gründe für die Zuordnung Mittel- und Osteuropas zum Herder’schen Konzept der Kulturnation¹¹

-
- 10 Die historische Forschung konzentrierte sich lange Zeit bei der Betrachtung von Nationsbildungsprozessen und der Konstruktion von Typologien auf die bereits im vorangegangenen Abschnitt erläuterte Unterscheidung zwischen Staats-, Kultur- und Willensnation, aber auch auf die Differenzierung zwischen dem „westlichen“ und „östlichen“ Nationsbegriff. Dabei überwog eine dichotome Sichtweise vom typisch „westlichen“ und typisch „östlichen“ Nationalismus, eine Unterscheidung, die durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges beeinflusst wurde und durch die politische Blockbildung nach 1945 eine neue ideologische Rechtfertigung erhielt. Zur Feststellung der Unterschiede ist diese Sichtweise berechtigt, solange sie den geschichtlichen Kontext, der ihr zugrunde liegt, berücksichtigt.
- 11 Paradoxerweise beeinflusst gerade das Herder’sche Konzept der Kulturnation Mittel- und Osteuropa nachhaltiger als das bei dem deutschen Nationsverständnis der Fall ist (vgl. Wiatr 1997: 208).

und die Zuordnung Westeuropas zum Konzept der Staatsnation in der Geschichte beider Regionen verankert sein.¹²

Einen überzeugenden Überblick über die Geschichte der Konstruktion des Staats- und Nationsverständnisses in Europa liefert der von Vergleich der mitteleuropäischen Staaten Polen und der Tschechoslowakei¹³ mit Großbritannien und Frankreich in Gosewinkels Studie (vgl. Gosewinkel 2005). Gerade Polen und die Tschechoslowakei sind geeignete Beispiele für einen Vergleich dieser Art, weil sie zum Einen während des 20. Jahrhunderts überwiegend von Phasen der Diktatur und Fremdherrschaft geprägt waren, zum Anderen sind beide Staaten 1918 in Form der Sezession aus multiethnischen Reichen (Nationalitätenstaaten) als Nationalstaaten hervorgegangen, indem sie sich auf eine eigene, abgegrenzte und abgrenzende sprachlich-kulturelle und ethnische Tradition beriefen. Dieser Umstand rekurriert auf die Hypothese, dass die 1989 entstandenen Demokratien Mittel- und Osteuropas zu ihrer Legitimation ein spezifisch „ethnisches“ Nationsverständnis ausgebildet haben mussten. Vorstellbar wäre, dass sich dieses spezifische Nationsverständnis im Zuge der nationalsozialistischen und sozialistischen Diktaturen noch zusätzlich verschärfte. Demgegenüber entwickelten beispielsweise Frankreich und Großbritannien ein Nationsverständnis, das neben kulturellen und ethnischen Elementen auch die Offenheit und Prägekraft des staatlichen Territoriums für Zuwanderung und Neuerschließungen bekräftigte. So konnten zwei Typen der Nationsbildung und -entwicklung in Ost und West entstehen:

„Der ‚westliche‘, subjektive und maßgeblich auf dem politischen Willen des Volkes beruhende Nationsbegriff wird dem ‚östlichen‘ objektiven Nationskonzept, das auf zugeschriebenen und kaum oder nicht veränderlichen Kriterien der kulturellen und ethnischen Zugehörigkeit basiert, entgegengesetzt.“ (ebd., 284)

Polen und die Tschechoslowakei mussten 1918 ihre territoriale Gestalt als Nationalstaat gemeinsam mit dem Prinzip Staatsangehörigkeit erst

12 Der dafür relevante historische Kontext wird im späteren Verlauf der Arbeit skizziert.

13 Die verwendete Staatsbezeichnung entspricht der in der Geschichtsschreibung üblichen Namensgebung. Für den Zeitraum von 1918 bis 1993 wird im Allgemeinen die Bezeichnung Tschechoslowakei verwendet. Ab 1993 ist von der Tschechischen Republik bzw. von Tschechien und der Slowakei die Rede.

neu erfinden, und waren darin völlig frei. Bis zum Zweiten Weltkrieg waren beide Länder durch den Versailler Vertrag per Gesetz dazu verpflichtet, „allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, Staatsangehörigkeit, Sprache, Rasse oder Religion vollen und ganzen Schutz von Leben und Freiheit zu gewähren“ und als „ihre Staatsbürger“ anzuerkennen.¹⁴ Erst infolge des Zweiten Weltkrieges wurde das Prinzip der „ethnischen Reinheit“ Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie. Das Abstammungsprinzip soll von nun an die nationale Zugehörigkeit regulieren. Die Politik der ethnischen Reinigung qua Staatsangehörigkeit stellte, in Polen wie in der Tschechoslowakei, zunächst einmal eine Reaktion auf die nationalsozialistische Ethnisierungspolitik dar und war ein Versuch die entstandenen Nationalitätskonflikte zu Gunsten der betroffenen Länder zu lösen. Das erklärt zum Teil die spezifische Radikalität und Hartnäckigkeit, mit der Polen und die Tschechoslowakei diejenigen Staatsangehörigen, die sich unter NS-Herrschaft freiwillig zum deutschen Volkstum (die sog. Volksdeutschen) bekannt hatten, ausbürgerten.

Eine Bekräftigung dieser Hypothese findet sich bei Wiatr, der das Verhältnis zwischen Nationalität und Ethnizität im Zusammenhang der mittel- und osteuropäischen Suche nach nationaler Identität auf drei entscheidende Faktoren zurückführt:

“Eastern and East-Central Europe did not have the historical opportunity to develop political nationhood and to establish the priority of political over cultural identities. First, there was the absolutist or semi-absolutist imperial system under which all countries of the region lived until at least the second half of the nineteenth century. Deprived of national states, but already possessing strong cultural identities, nations of Eastern and East-Central Europe saw their cultural traits (language, history, religion) as substitutes for independent states and as bonds of solidarity.

14 Im polnischen Gesetz vom 20. Januar 1920 steht, dass die polnische Staatsangehörigkeit durch Geburt im Sinne von Abstammung übertragen wurde [ius sanguinis; M.G.], legte jedoch zugleich fest, dass Pole sei, wer „ansässig“ im Gebiet des polnischen Staates war [ius soli; M.G.] (vgl. Geilke 1952: 52, zit. nach Gosewinkel 2005: 286, Fußnote 4). Die heutige Verfassung der Republik Polen sieht vor, dass man die polnische Staatsbürgerschaft durch Geburt von Eltern polnischer Staatsangehörigkeit erwirbt. Siehe Art. 34 Abs. 1 der Verfassung der Republik Polen vom 2.04.1997. Vgl. dazu <http://www.sejm.gov.pl/prawo/konst/niemiecki/konl.htm>.

Second, during the brief period between the two world wars most of the newly independent states were neither democratic nor clearly based on the concept of national identity separate from ethnicity. In Poland, the first president (Gabriel Narutowicz) was assassinated (in 1922) by a nationalist who refused to accept the fact that the president had been elected partly due to the support of 'non-polish' deputies. The idea that all citizens are Polish, regardless of whether by tongue or religion they may also be Jewish, German and Ukrainian, was totally incomprehensible to the nationalists. Poland did not differ in this respect from other countries of the region. In fact, the emergence of Nazism showed that in Germany and Austria the concept of an exclusively cultural nation also had deep roots.

The third historical factors is the heritage of communism. Under communist rule all ethnic groups were officially considered equal and xenophobic behaviour was legally banned. In practice, however, some of the communist governments resorted to discriminatory practices. Here we have in mind for instance the campaign of forced assimilation in the context of East European politics of the post-communist era of Bulgarian Turks in the 1980s or the discrimination of the Hungarian minority in Rumania. Anti-semitism has also been exploited for political purposes by factions of the ruling parties, as in Poland in and after 1968. Such practices left bad memories and contributed to the strengthening of a culturally exclusive understanding of nationalism. Moreover, the lack of democratic political life made it impossible to develop strong feelings of political solidarity with the citizens of the same state, regardless of their cultural identity. For these three reasons Eastern and East-Central Europe consider nations more in terms of cultural identities than in political terms." (Wiatr 1997: 209f.)

3.2 Nationalismus und Patriotismus

Im politischen Sinne bedeutet der Nationalismus eine Ideologie, die aus sittlicher, sprachlicher, kultureller oder historischer Gemeinschaft von Personen, Völker oder Nationen das Recht auf staatliche Selbstbestimmung ableitet. Damit verbunden ist ein oft als „naturgebunden“ behauptetes Verständnis von Volk. Eine wichtige Rolle spielt im Nationalismus die starke Identifizierung der Menschen mit ihrer Nation. Anders als im Fall einer Willensnation, der ebenfalls eine starke persönliche Identifikation der Mitglieder mit ihrer nationalen Gemeinschaft zugrunde liegt, soll im Nationalismus die Loyalität gegenüber eigener

Nation über allen anderen Loyalitäten stehen. Im weiten Sinne bedeutet der Nationalismus auch eine Überhöhung der eigenen Nation gegenüber anderen Nationen, die im Verhältnis zur eigenen Nation als minderwertig empfunden werden. Die Überhöhung kann ethnisch oder politisch begründet sein.

Der ethnische Nationalismus strebt ethnische Gemeinsamkeit als Fundament staatlicher Organisation an. Ethnische und staatliche Grenzen sollen übereinstimmen. Die Kategorie der Ethnizität definiert nicht nur das politische Gebilde des Staates, sondern bestimmt ebenfalls ethnische Minderheitenlagen. Die Norm, Nationalstaaten als kulturell und sprachlich möglichst homogene Gruppen zu etablieren, macht die im Sinne der Nationalkultur heterogenen Gruppen, die im Staatsgebiet leben, zu ethnischen Minderheiten. Inklusion und Exklusion sind also elementare Bestandteile des Nationalismus. Während einerseits die politische Gleichheit der in der Nation vereinten Gruppe betont wird, erfolgt gleichzeitig der Ausschluss der als nicht zu dieser Nation passend definierten Gruppen.¹⁵

Der politische Nationalismus begreift Gemeinsamkeit und Solidarität in der Nation als politisch begründet. Es sind gemeinsame Wertvorstellungen, Institutionen und politische Überzeugungen (*ius soli*) und nicht die gemeinsame Abstammung (*ius sanguinis*), die Angehörige einer Nation definieren und miteinander verbinden.¹⁶ Für das nationalistische Denken im politischen Sinne ist also kennzeichnend, dass Angehörige einer sich als national verstehenden Gemeinschaft im politischen Sinne Staaten konstruieren und nicht umgekehrt.¹⁷ Die Vorstellung des Nationalismus, aus dem Dasein einer nationalen Gemeinschaft das Recht auf einen eigenen Staat abzuleiten, gilt inzwi-

15 Die Exklusion kann von einer Betonung der Andersartigkeit der Ausgeschlossenen bis zum physischen Ausschluss (ethnische Säuberung) oder einer regulären Vernichtung (Genozid) führen.

16 Innerhalb des politischen Nationsverständnisses wird bei Heckmann ferner zwischen dem demotisch-unitarischen und ethnisch-pluralen Konzept unterschieden. Weiteres dazu siehe Heckmann 1992: 71ff.

17 Das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch der Völker auf ein Selbstbestimmungsrecht und dem Anspruch der Staaten, alle ihre Einwohner als „Staatsvolk“ an sich zu binden, kann insbesondere in Vielvölkerstaaten zu massiven Konflikten führen.

schen als Standard des Völkerrechts (Art. 1 und Art. 55 der Charta der Vereinten Nationen).

Zusammenfassend formuliert, verlangt der Nationalismus erstens nach einer starken Identifikation mit der Nation und strebt an, sie zur einzigen Fundierung der Identität eines Kollektivs zu machen. Zweitens geht der Nationalismus mit einer starken Abgrenzung bzw. Ablehnung gegen Fremde, das Ausland oder den wie auch immer definierten kollektiven Feind einher. Drittens besteht der Nationalismus auf das Recht festzulegen, wer zu seinem Kollektiv – der nationalen Gemeinschaft – gehört und wer nicht. Diese Konzentration nach innen bei gleichzeitiger Isolierung nach außen schafft einen Auserwählten glauben, eine Art Messianismus,¹⁸ der im öffentlichen Diskurs Mittel- und Osteuropas, insbesondere Polens, eine große Rolle spielt. Inwieweit der Glaube an die Besonderheit der eigenen Nation patriotisch oder bereits nationalistisch motiviert ist, scheint fraglich.

Die Grenze zwischen Nationalismus und Patriotismus gilt im Allgemeinen als fließend.¹⁹ Im Gegensatz zum Nationalismus wird im Patriotismus oft eine emotionale Beziehung zur eigenen Nation – beschrieben als Nationalgefühl oder Nationalstolz – besonders hervorgehoben.

Wie Leiprecht anmerkt, werde der Terminus Patriotismus häufig auch als positiver Gegenbegriff zum Nationalismus benutzt, bezeichne aber im Grunde das gleiche Phänomen, das im Fall des Patriotismus „in einem demokratischen und humanen Grundkonsensus seiner Akteure begründet ist“ (Leiprecht 2001: 33). Ähnlich wird der Unterschied zwischen Nationalismus und Patriotismus von Hobsbawm erklärt.²⁰ Für ihn ist der Patriotismus

„ein Begriff [...], der zwar recht positiv und auf jeden Fall besser als Nationalismus zu klingen scheint, sich jedoch (vermutlich gerade des-

18 Mehr zum polnischen Messianismus siehe u. a. Szostakiewicz: Budzenie Mesjasza. In: Polityka. Nr. 36/2011.

19 Insbesondere im Rechtsextremismus besteht die Gefahr, den negativ verstandenen Nationalismus als Patriotismus auszugeben und/oder zu verschleiern.

20 Im weiteren Verlauf der Arbeit wird auf diese Unterscheidung im mittel- und osteuropäischen Kontext eingegangen.

halb) vorzüglich zur Verschleierung nationalistischer Tendenzen gebrauchen lässt.“ (Hobsbawm 1991: 109)

Bei beiden Autoren gelten der Patriotismus und der Nationalismus als signifikante Formen der Identitätsstiftung. Die Nation gilt häufig als das erste Kollektiv, dem sich der Einzelne zugehörig und loyal fühlen kann. Daran wie beide Phänomene entstehen und begründet werden, lässt sich ihre soziale Konstruiertheit erkennen und die Plausibilität des konstruktivistischen Ansatzes, u. a. im Zusammenhang dieser Arbeit, präsentieren.

Beide Phänomene bringen die Loyalität und Gebundenheit an die eigene Nation zum Ausdruck und postulieren eine kollektive Einheit und Gemeinsamkeit.²¹ Man wagt sich an nationale „Besitztümer“ wie Geschichte, Sprache, Tradition heran und neigt dabei nicht selten zu Umdeutungen. Auf diese Art und Weise werden Mythen und Erfindungen immer wieder aktualisiert, an die gegenwärtigen Bedürfnisse des Kollektivs angepasst und stets zeitlich flexibel gehalten. Nation als „imaginäre Gemeinschaft“ (Anderson 1988) wird durch zahllose Symbole, Rituale und Institutionen ausgedrückt und immer wieder reproduziert.²²

3.3 Ethnizität

Eine weitere Form der kollektiven Identitätsfindung stellt das Kriterium der Ethnizität dar. Der aus der Ethnologie bzw. der Anthropologie stammende Terminus umfasst das Konzept eines Kollektivs, das sich durch den Glauben an eine gemeinsame Abstammung und Kultur konstituiert und eine homogene Gruppenidentität bildet. Dabei werden kulturelle Elemente wie Sprache, Tradition und Religion als nach

21 Der Publizist und Journalist der Gazeta Wyborcza Jarosław Kurski geht einen Schritt weiter und unterscheidet für den polnischen Kontext zwischen einem „Patriotismus der Gemeinschaft“, verstanden als Primat der Gemeinschaft vor dem individuellen Egoismus und dem „Patriotismus des Ausschlusses“, der sich aus der Vehemenz ergibt, mit der man das Polnischsein seinem Gegenüber verweigert (vgl. Kurski: Nadszedł czas, by cieszyć się wolnością. In: Gazeta Wyborcza vom 10.11.2011).

22 An dieser Stelle sei auf die Untersuchung von Leiprecht (2001) verwiesen, in der explizit auf Überschneidungsmomente, Ähnlichkeiten und Disparitäten zwischen Nationalismus und Rassismus im Verständnis des Konstruktivismus eingegangen wird. Die Positionen Andersons und Balibars werden darin ausführlich diskutiert.

außen sichtbare Abgrenzungsmerkmale akzentuiert. Ethnische Gruppen sind somit Großgruppen, die sich durch ein deutlich ausgeprägtes Wir-Gefühl und hohe Identifikation mit der Gruppe, Emotionalität und starke Zentralität der Einstellung zur Gruppe, Empfindungen von Nähe und Vertrautheit in den Beziehungen und die Dauerhaftigkeit der Beziehungen kennzeichnen:

“Broadly speaking, *ethnic identity* refers to one’s sense of belonging to an ethnic group and the part of one’s thinking, perceptions, feelings, and behavior that is due to ethnic group membership. Ethnic identity is distinguished from ethnicity in that *ethnicity* refers to group patterns and *ethnic identity* refers to the individual’s acquisition of group patterns. Ethnic identity is conceptually and functionally separate from one’s personal identity as an individual, even though the two may reciprocally influence each other.” (Rotheram/Phinney 1987: 13, zit. nach Wilberg 1995: 17, Hervh. i. O.)

Die Forschung liefert zwei Herangehensweisen an das als soziologische Kategorie betrachtete Phänomen. Die primordiale Herangehensweise betrachtet die ethnische Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung als zur Natur des Menschen gehörig und somit „natürlich“ und unveränderlich. Der Konstruktivismus postuliert hingegen, dass ethnische Phänomene hergestellt und ethnische Gruppen nicht als reale, sondern imaginierte Gebilde wahrzunehmen sind (vgl. Heckmann 1997: 46 sowie das Konzept der „fiktiven Ethnizität“ bei Balibar/Wallerstein 1990: 118ff.):²³ „Aus der Bestimmung als soziale Konstruktion folgt, überspitzt formuliert, dass es ‚Ethnien‘ gibt, weil die Menschen glauben, dass es Ethnien gibt und dementsprechend handeln.“ (Dittrich/Lentz 1994: 29) Erneut wird hier der subjektiven Wahrnehmung der Akteure eine zentrale Bedeutung zugemessen.

Dass Ethnien im Prozess sozialen Handelns von Akteuren konstruiert werden und ständigem Wandel unterliegen, steht nach konstruktivistischem Verständnis außer Frage. Der Ansatz greift jedoch dort zu kurz, wo man die Existenz von ethnischen Kollektiven ausschließlich als Produkt der Imagination, ja als beliebige „Empfindung“ begreifen

23 Konstruktivistinnen und Konstruktivisten beziehen sich hierbei gern auf den Begriff der “imagined community” von Anderson (1988) und den von “ethnic boundaries” von Barth (1969).

will. Insbesondere die Langlebigkeit und Zähheit dieser Gebilde sprechen nach Dittrich und Lentz (ebd.) gegen die konstruktivistische Erfindung von Ethnizität und ethnischen Gruppen. Exemplarisch weisen die Autoren auf über Generationen im kulturellen Gedächtnis verbleibende ethnische Konflikte hin, die nicht nur als Ergebnisse imaginer Probleme betrachtet werden dürfen. Ob die Wiederholung des immer Gleichen ein ausreichender Hinweis auf die Vorstellung von zyklischen Abläufen in der Geschichte und somit ein Indiz auf die Möglichkeit temporärer Konstruiertheit von solchen Konflikten ist, bleibt fraglich. Gegen die Herstellbarkeit von Ethnizität spricht Dittrich und Lentz zufolge ebenfalls die Tatsache, dass die Konstituierung ethnischer Gruppen eng an die soziokulturellen Gemeinsamkeiten in Gruppen gekoppelt ist, die nicht willkürlich einfach herstellbar oder schnell veränderbar, sondern das Resultat längerer kultureller und politischer Entstehungsprozesse sind, was aber wiederum ihre Zufälligkeit nicht ausschließt. Zugespitzt formuliert, ist es beiden Autoren zufolge nicht haltbar, ethnische Gruppen als imaginiert zu betrachten, als rein ideologische Phänomene, die je nach Interessenlage instrumentalisiert werden. Nach Dittrich und Lentz sind sie weit mehr als das (vgl. ebd.).

Damit wird die Bedeutung der Imagination bei der Konstituierung ethnischer Gruppen für diese Arbeit zwar anerkannt, ihr Anliegen wird im Folgenden aber sein, das Konstrukt Ethnizität nicht verabsolutiert zu sehen, sondern ihn immer in den jeweiligen historischen, gesellschaftspolitischen und kulturellen Kontext zu stellen. Diese Verknüpfung wird bei Heckmann als „genealogisch definiertes Ethnizitätskonzept“²⁴ (Heckmann 1997: 51) bezeichnet. Demnach sind so-

24 Gegenüber der rein konstruktivistischen Position impliziert das genealogische Ethnizitätskonzept, dass die einmal in die Welt gesetzten „Vorstellungen und Definitionen von Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit eine relative Autonomie und Stabilität haben, die sich der instrumentellen Manipulation zwar nicht entziehen, ihr aber ein bestimmtes Beharrungsvermögen entgegen setzen. Ethnische Gruppen sind damit zugleich sozial-kulturelle Wirklichkeit und Wirklichkeit als Konstrukt.“ (Heckmann 1997: 52) „Ausgehend von der genealogisch definierten Form sozialer Organisation werden ethnische Gruppen also vor allem durch Vorstellungen gemeinsamer Herkunft konstituiert; hinzu kommen wirkliche oder geglaubte sozio-kulturelle Gemeinsamkeiten geschichtlicher und aktueller Erfahrungen und Beziehungsstrukturen, eine auf Selbst-Bewusstsein und Fremduweisung beruhende kollektive Identität, die eine (durchaus variable) Vorstellung ethnischer Grenzen ein-

ziokulturelle Gemeinsamkeiten nicht willkürlich einfach herstellbar oder modifizierbar, sondern das Ergebnis längerer kultureller und politischer Entscheidungsprozesse. Wichtig ist zu betonen, dass Ethnizität innerhalb einer Gesellschaft einem zeitlichen Wandel unterliegt. Für Heckmann bedeutet dies, dass sie sich einmal in ihrer Bedeutung verstärken, abschwächen oder ganz auflösen kann (vgl. ebd., 53). Da sich die Ethnizität im Laufe der Zeit verändern und je nach Umständen variieren kann, macht ebenfalls ihren konstruierten Charakter aus.²⁵ In diesem Zusammenhang betont Leiprecht:

„Ethnizismus umfasst soziale Konstruktionen von Ethnien (Ethnisierungen), ethnisierende Determinismen und Reduktionismen und (explizite oder implizite) Negativbewertungen der als andere Ethnien konstruierten sozialen Gruppen. Zusätzlich ist es [...] wichtig, den Machtsaspekt zu berücksichtigen und darauf zu achten, welche sozialen Konstruktionen über welche ethnische Gruppen in einer Gesellschaft *vorherrschend* sind. Außerdem ist auch hier nach verschiedenen Rechtfertigungsmustern und Zuschreibungsformen zu fragen.“ (Leiprecht 2001: 48, Hervh. i. O.)

Auch Auernheimer sieht in Ethnizität (oder in Volk, Völkerschaft, Volksgruppe, insofern diese synonymisch zu dem Terminus ethnische Gruppe verwendet werden), „ein soziales Konstrukt“ (Auernheimer 1990: 108), das historisch entstanden und wandlungsfähig ist und somit in seiner Prozesshaftigkeit und Veränderbarkeit betrachtet werden muss. Die Wandelbarkeit umfasst hier, wie schon bei der sozialen Konstruktion von Nation, ebenfalls die Ebene der subjektiven Wahrnehmung und Interpretation, also „eine gemeinsame Vorstellung von ‚Fakten‘ und ‚Ereignissen‘, aber auch ‚Empfindungen‘ und ‚Phantasien‘“ (Leiprecht 2001: 44). Darüber hinaus muss innerhalb einer Gruppe ein Wissen oder eine Ahnung vorhanden sein, dass es andere ethnische Gruppen gibt, in Abgrenzung zu deren man die eigene

schließt, sowie ein bestimmtes Solidarbewusstsein.“ (Heckmann 1992: 37, zit. nach Heckmann 1997: 52).

- 25 So bedeutet beispielsweise Assimilation für eine Gruppe „ein Verschwinden von Ethnizität als sozialem Organisations- und Orientierungsprinzip“ (Heckmann 1997: 54). Analog dazu existieren Bedingungen, die wiederum ethnische Grenzziehungen und das ethnische Bewusstsein verstärken können. Ethnische Mobilisierung oder Ethnisierung kann „zur Durchsetzung materieller und/oder politischer Interessen“ (ebd.) (Populismus), „als Antwort auf Diskriminierungserfahrungen“ (ebd.) und schließlich „als Antwort auf Identitätsbedürfnisse im Gefolge von Vereinzelungsprozessen und schnellem sozialen Wandel“ (ebd.) erfolgen.

Gruppe definieren kann. Ein wichtiges Merkmal bei der Konstituierung ethnischer Gruppen ist demzufolge das Element der Grenzziehung, wie sie bei Barth (Barth 1970) formuliert wird:

„Gruppen werden immer definiert im Verhältnis zu dem, was sie sind, aber auch im Verhältnis zu dem, was sie nicht sind, nämlich im Verhältnis zu anderen Gruppen. Ein wichtiges Merkmal ethnischer Gruppen ist somit das Merkmal der Grenzziehung.“ (ebd., 15).

Mit dem zitierten Merkmal der Grenzziehung ist sowohl eine Grenzziehung nach und von innen („Selbstethnisierung“) als auch eine Grenzziehung nach und von außen („Fremdethnisierung“) (vgl. Leiprecht 2001: 44) gemeint.

Vielfach wird Ethnizität gegenüber dem Begriff Nationalismus bevorzugt oder gar synonym verwendet (vgl. Giordano 1996: 22 und Giordano 1998: 207f.). Da die Merkmale von Ethnizität nicht eindeutig festgelegt sind, werden sie oft auch auf politische Ideologien angewandt, ohne zu berücksichtigen, dass Nationen in erster Linie politische Gemeinschaften sind, während Ethnizität hingegen nationale und staatliche Grenzen überschreitet. Konzidiert werden kann allerdings, dass beide, sowohl die nationale Identität als auch die ethnische Zugehörigkeit bei Migrationsbewegungen eine ähnliche identitätsstiftende Rolle spielen können. Aufgrund seiner semantischen Flexibilität wird der Begriff Ethnizität häufig als Synonym für Kultur verwendet. Beide Termini sind an keine bestimmten Eigenschaften gebunden, sondern geben eher ein dynamisches, offenes Verhältnis, ein mehrdimensionales Beziehungsgeflecht²⁶ wieder.

Ethnizitätsdiskurse werden oft durch archaisierende bzw. romantisierende Merkmale gekennzeichnet, indem man sich auf die immer schon gemeinsame Sprache, Schrift, Sitte, Brauch, Geist und Boden beruft und dabei stets das Argument einer „historischen Reversibilität“ (Giordano 1994: 218 und Giordano 1998: 207) betont. Dies geschieht bei-

26 Das Individuum ist durch seine Mehrfachzugehörigkeiten gekennzeichnet. Es kann gleichzeitig Mitglied von verschiedenen Identifikationsgruppen sein. So ist nicht etwa nur die Staatsangehörigkeit für seine Identität ausschlaggebend, sondern ebenfalls der Wohnort, Herkunft, Geschlecht, Klassenzugehörigkeit, politische Ansichten, Beruf, Arbeit, Essgewohnheiten, sportliche Interessen, Musikgeschmack, soziale Engagements etc. Auf die Mehrfachzugehörigkeiten und ihre Rolle im Prozess der Identitätsbildung wird im Kap. 6.1 eingegangen.

spielsweise durch die Erinnerung an die Geschichtsmythen, die im kollektiven Gedächtnis verankert sind, in die Gegenwart der diesem Kollektiv angehörenden Menschen hineinwirken und ihr Denken und Handeln beeinflussen. Mit Hilfe historischer Daten und Fakten wird in Mittel- und Osteuropa die Utopie einer mono-ethnischen Identität (vgl. Giordano 1997) immer wieder „aufgewärmt“. Man denke nur an den kulturnationalistischen Mythos der ethnischen Reinheit im Polen der Zwischenkriegszeit, eine Zeit, in der die Minderheiten einen Großteil der polnischen Bevölkerung ausmachten.

Der öffentliche Diskurs in Polen zeigt, dass es nach wie vor gern auf die essentialistische Betrachtungsperspektive auf Ethnizität zurückgegriffen wird, wenn es darum geht, an das Zusammengehörigkeitsgefühl zu appellieren. Ethnizität wird hier nicht als Konstrukt, sondern als ein Konglomerat empirisch beobachtbarer und daher „wirklicher“ Züge ausgelegt, die die „Natur“ und somit die Besonderheit des polnischen Volkes bilden.

3.4 Schlussfolgerungen für die internationale Austauschpädagogik

Die im vorangegangenen Abschnitt referierten Begriffe sind im Kontext der internationalen Austauschpädagogik stets kritisch zu hinterfragen. Insbesondere stehen Leiterinnen und Leiter der internationalen Austauschprogramme, die sich mit Fragen der Geschichte und Kultur beschäftigen, vor der Aufgabe, angemessen und sensibel zu handeln.

Notwendig ist beim Hantieren mit Begriffen wie Nation, Patriotismus, Nationalstolz im internationalen Kontext zum Einen das Bewusstsein, dass diese bei jedem einzelnen Menschen andere Konnotationen hervorrufen und zu anderen Reaktionen führen können, zum Anderen jedoch auch das Wissen, wie man mit divergenten Meinungen junger Menschen umgeht. Das Beispiel Mittel- und Osteuropas zeigt, dass Themen wie Nation, Nationalstolz und Patriotismus in der Regel anders konnotiert werden als in Westeuropa. Eventuelle Meinungsunterschiede in Bezug auf grundlegende Fragen und Probleme können im Kontext einer internationalen Jugendbegegnung zu unvorhergesehenen Konfliktsituationen unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern führen.

Das Wissen um relevante gesellschaftspolitische Entwicklungen in Geschichte und Gegenwart, die das Verständnis und den Zugang der Menschen zu bestimmten Themenkomplexen prägen, kann hilfreich sein, um als Leiterinnen und Leiter vermeintlich konfliktreichen Themen wertfrei und unvoreingenommen zu begegnen und in der Gruppe eine neutrale Diskussionsbasis zu schaffen. Während beispielsweise das Wissen um die Geschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert ausschlaggebend ist, um den öffentlich geführten Diskurs über den sog. polnischen Messianismus und das Opferparadigma zu verstehen oder nur annähernd nachvollziehen zu können, so ist es für das Verständnis des distanzierten Verhältnisses der deutschen Bevölkerung zu nationalen Symbolen das Wissen um den Nationalsozialismus und seine Folgen entscheidend. Das Existieren solcher Unterschiede ist kein typisch deutsch-polnisches Phänomen, sondern überall dort anzutreffen, wo zwei nationale Geschichtsschreibungen aufeinander treffen und würde in einer israelisch-russischen, ungarisch-italienischen, französisch-britischen Jugendgruppe mit großer Wahrscheinlichkeit auch eine Rolle spielen. Diese Unterschiede müssen nicht immer zwangsläufig entlang der nationalen Grenzen verlaufen, sondern können ganz individuell sein. Hier gilt es die Heterogenität innerhalb der nationalen Gruppen wahrzunehmen und sie ggf. zu verdeutlichen. Eine Homogenisierung und Reduktion auf vermeintlich national-kulturelle Gemeinsamkeiten werden der Mehrdimensionalität der Begegnungssituation nicht gerecht. Daher soll der Fokus der internationalen Jugendarbeit auf der Begegnung zwischen Individuen mit ihren ganz unterschiedlichen Ansichten und Erfahrungen und nicht zwischen Repräsentantinnen und Repräsentanten bestimmter Nationen liegen.

Im Hinblick auf die konkrete Begegnungssituation ist gerade die persönliche Perspektive der Teilnehmerinnen und Teilnehmer immer die, die – unabhängig von der Staatsangehörigkeit – zum Ausgangspunkt der Begegnung gemacht werden soll. Eine gemeinsame Reflexion in der Gruppe kann in einem weiteren Schritt helfen, über unterschiedliche Meinungen und Zugangsweisen zu einem Thema sowie über die Ursachen möglicherweise differenter Ansichten zu diskutieren.

4 Felder der Identitätsbildung. Das Beispiel Polen

Im folgenden Abschnitt wird auf die Konstituierung kollektiver Identität eingegangen. Zu den Feldern der Identitätsbildung gehören Geschichtsfakten und -mythen sowie die Bedeutung und Wirkung von Kultur, Sprache und Religion.

In den folgenden Ausführungen wird von der Annahme ausgegangen, dass jeder Nation nationale Ursprungsmythen zugrunde liegen (vgl. Leiprecht 2001: 33), die u. a. zur Legitimierung der kollektiven Identität benutzt werden (vgl. Ritter 2008: 23). Beinahe alle Kollektive, nicht nur Nationen, stützen das Bewusstsein ihrer Einheit und Eigenart auf Ereignisse aus der Vergangenheit. Nicht selten brauchen sie die Vergangenheit zum Zweck ihrer Selbstdefinition (vgl. Assmann 1992: 133). Neben Kultur und Religion bilden Geschichtsmythen, sobald sie sich auf die Mehrheit des Kollektivs beziehen, „Bastionen, in denen sich das Subjekt verschanzen und seine partikuläre Identität gegen die Übergriffe des ‚Systems‘ zu retten versuchen kann“ (Radtko 1992: 88f.). Mit Hilfe eines als homogen behaupteten „Symbolsystems“ (Assmann 1992: 139), das beispielsweise durch die Geschichte, Sprache und Religion geschaffen wird, wird die Gemeinsamkeit des Kollektivs kodiert.

Das Wir-Gefühl kann sowohl zu Zwecken der Politik als auch in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenzeiten – im übertragenen wie im eigentlichen Sinne des Wortes – „aktiviert“ werden, und das sowohl im positiven wie auch im negativen Sinne tun. Das Vergangene kann als Modus eingesetzt werden, durch den Personen dazu gebracht werden, in der Gegenwart auf eine Weise zu handeln, in der sie sonst vielleicht nicht gehandelt hätten. Das manipulative Moment spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Neben einer interne Zugehörigkeiten, Verbindungen und Gemeinsamkeiten schaffenden oder stärkenden Rolle kann das nationale Wir-Gefühl als Werkzeug gelten, das Menschen nach außen gegeneinander einsetzen, wie es beispielsweise bei außenpolitischen Angelegenheiten, nachbarschaftlichen Beziehungen sowie bei Globalisierungs- und Europäisierungs-

prozessen der Fall ist (vgl. Balibar/Wallerstein 1990: 97). Demzufolge stellt das Vergangene zugleich ein moralisches, ein politisches und ein zeitgenössisches Problem dar. Da sich die wirkliche Welt fortwährend und mit ihr das, was für die zeitgenössische Politik von Bedeutung ist, verändert, sind auch die Strukturen des Vergangenen sowie dessen Inhalte nicht statisch. Doch nur die „wirkliche Vergangenheit“ gilt als irreversibel. Die „gesellschaftliche Vergangenheit“, d. h. die Art und Weise, wie wir die wirkliche Vergangenheit verstehen, muss hingegen als konstruiert und deswegen als offen und dynamisch hingenommen werden (vgl. ebd.).

Die Ausführungen des folgenden Abschnitts werden räumlich wie zeitlich eingeschränkt. Sie beziehen sich vorrangig auf die Betrachtung Polens. Inhaltliche Bezüge und Parallelen zu anderen mittel- und osteuropäischen Nachbarn werden lediglich dort genannt, wo das für die Erläuterung des jeweiligen sozial- und kulturgeschichtlichen Kontextes notwendig ist, wie bei Grenz- oder Minoritätenfragen.

Anhand einiger aus dem breiten historischen Spektrum ausgewählten Stationen sollen jene vorgestellt werden, die bei den Identitätsbildungsprozessen in Polen eine Rolle gespielt haben und für die öffentliche Meinungsbildung immer noch entscheidend sind. Die Erinnerung an das Jahr 1918, welches das Ende des Ersten Weltkriegs und die Wiederentstehung des polnischen Staates markiert, scheint für die Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert ein erstes solches mythenbildendes Moment darzustellen.¹ Seit den 1990er Jahren bleibt es ein führendes Motiv, wenn es darum gehen soll, an das Nationalitätsbewusstsein der Polen zu appellieren. Als weitere Geschichtsmomente, die einmal entstandene Nationalmythen weiter tradieren, gelten ebenfalls das Paradigma des kollektiven Feindes² sowie das Selbstbild der

1 Das Datum spielte für die Region Mittel- und Osteuropas insofern eine Rolle, als im Jahr 1918 der für 123 Jahre von der Landkarte Europas wegradierte polnische Staat seine politische Legitimität wieder zugesprochen bekam. Dieser historische Akt brachte in den Folgejahren eine Reihe unvorhergesehener und schwerwiegender gesellschaftlicher Probleme ins Rollen.

2 Zuletzt wurden die kollektiven Ängste durch das Ostsee-Pipeline-Projekt zwischen Deutschland und Russland aktiviert. Das Unternehmen wurde in den Medien rhetorisch mit dem Hitler-Stalin-Pakt, der 1939 die polnischen Interessen völlig ignorierte, verglichen. Mehr zur Entstehung und Instrumentalisierung kollektiver Feindbilder in Polen siehe Meyer 2002 und Loew 2006.

polnischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, stark verbunden mit dem nach wie vor gesellschaftlich wirksamer Opfer-Mythos, die polnische Mitverantwortung am Holocaust und der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus dem heutigen Polen, Homogenisierungs- und Nationalisierungsprozesse in der Zeit des Kommunismus, die gesellschaftspolitischen Folgen der Transformation 1989 sowie die ambivalente Europa-Politik.

4.1 Geschichte (Ursprungs- und Geschichtsmythen)

4.1.1 Vom multinationalen Staat zu Nationalitätenkonflikten

Die europäische Ordnung, die nach der Beendigung des Ersten Weltkrieges vereinbart wurde, sollte, dem polnischen Publizisten Jerzy Holzer zufolge, auf „drei Grundsätzen“ (Holzer 2007: 27) beruhen: „friedliches Zusammenleben, nationale Freiheit und Demokratie“ (ebd.). Der neu gegründete Völkerbund sollte der neue Garant dieser Ordnung sein. Doch in Wirklichkeit beschränkten sich seine Kompetenzen darauf, den Frieden zu wahren. Nur im Fall der neu gegründeten Staaten war es dem Völkerbund möglich, nationale Freiheiten zu sichern. Gesellschaftspolitische Fragen wie etwa die der bürgerlichen Freiheitsrechte und Demokratie lagen nicht in seinem Zuständigkeitsbereich (vgl. ebd.).

Für Polen war der Völkerbund zweitrangig, schon allein deshalb, weil keiner der beiden großen Nachbarn, weder Deutschland noch Russland bzw. die Sowjetunion, ihm angehörte.³ Vor diesem Hintergrund spielten konkrete sicherheitspolitische Maßnahmen wie die Rüstungsbegrenzungen, die dem besiegten Deutschland im Versailler Vertrag auferlegt wurden, sowie die Isolation Russlands auf der internationalen politischen Bühne eine viel größere Rolle.

Bei der Schaffung des neuen politischen Systems in Europa, von dem Polen maßgeblich geprägt werden sollte, verfügte das Land praktisch

3 Die Bestimmungen des Versailler Vertrages (1919), auch die territorialen, wurden von der deutschen Seite nicht akzeptiert. Die Vertreter der russischen Seite waren bei dem Unterzeichnungsakt nicht anwesend und so konnten auch ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt werden (vgl. Müller 1996: 234f.).

über kein Mitbestimmungsrecht. Insbesondere für Akteure wie Frankreich und England spielte Polen „als Teil ihrer geopolitischen Pläne“ (ebd.) eine untergeordnete Rolle. Erst 1921, als die Bolschewiki in Russland die Macht an sich rissen, entschloss sich Frankreich, mit Polen ein Bündnis einzugehen. Darin verpflichtete es sich, wie Holzer schreibt, „zu einem militärischen Beistand im Fall eines deutschen Angriffs auf Polen, nicht aber im Fall eines russischen“ (ebd., 28).

Die Isolation Polens verschärfte zudem ein Konflikt im Nordosten, wo es sich im Streit um die Hauptstadt Wilna, in der hauptsächlich polnische und jüdische Bevölkerung lebte und der litauische Bevölkerungsanteil gering war, mit Litauen entzweite. Mit der Besetzung der Stadt schuf Polen, so Holzer, „vollendete Tatsachen“ (ebd.). Selbstverständlich wollte Litauen einer Union, die anfangs von der polnischen Seite geplant war und die auf eine polnische Dominanz hinauslaufen würde, nicht mehr zustimmen. Ebenfalls problematisch gestalteten sich die Beziehungen zur Tschechoslowakei. Militärisch und politisch schwächer, dafür wirtschaftlich wesentlich stärker rang sie mit Polen bei der Frage, wer nun Frankreichs Hauptverbündeter im Osten werden würde. Darüber hinaus ging es zwischen beiden Staaten um das Industriegebiet bei der Stadt Teschen,⁴ das die Tschechoslowakei für sich entschied (vgl. ebd.).

Wie diese Beispiele veranschaulichen, stellten Konflikte zwischen Nachbarländern und zwischenstaatliche Aversionen im damaligen Europa eher die Norm als die Ausnahme dar. Zwar nahmen die Auseinandersetzungen in Mitteleuropa und auf dem Balkan besonders scharfe Formen an, aber auch im westlichen Teil des Kontinents waren sie zu beobachten (vgl. ebd.).⁵

Auch die innenpolitische Lage Polens trug nicht zur Stabilität des Landes bei. Der Grundsatz nationaler Freiheiten sollte im umgebauten

4 Nach dem Ersten Weltkrieg beanspruchte sowohl Polen wie auch die Tschechoslowakei die wirtschaftlich starke Region um Teschen, ohne dass im Vertrag von Saint-Germain dazu eine Regelung geschaffen worden war. Obwohl sich der Teschener Nationalrat im Oktober 1918 für einen Anschluss an Polen entschieden hatte, marschierten tschechische Soldaten im Januar 1919 dort ein. Heute liegt die Doppelstadt Teschen auf dem Territorium Polens [pl. Cieszyń] und Tschechiens [cz. Český Těšín] (vgl. Holzer 2007: 28).

5 Als Beispiel kann der deutsch-französische Konflikt um Elsass und Lothringen angeführt werden.

Europa ausgerechnet von den auf ihr Recht auf nationale, ethnische und kulturelle Homogenität pochenden Nationalstaaten realisiert werden.

Das Problem Mittel- und Osteuropas bestand 1918 also hauptsächlich im Konflikt zwischen dem Anspruch der neu entstandenen Staaten nach einer Übereinstimmung von den neu bestimmten ethnischen und politischen Grenzen und der faktischen ethnisch-kulturellen Heterogenität der Region. Ein Lösungsvorschlag kam von dem US-amerikanischen Präsidenten Wilson: Er schlug vor, alle Probleme der Grenzziehung mit Hilfe von Bevölkerungsstatistiken und Völkerplebisziten zu lösen. Nur war das Modell der Vereinigten Staaten, die ein ethnisches Gemisch vereinte, keineswegs auf die europäischen Nationalstaaten übertragbar.

Viele Gebiete Europas wurden von zwei, drei oder gar vier heterogenen Bevölkerungsgruppen bewohnt. Hinzu kam, dass die Bevölkerung der Städte sich in ethnischer Hinsicht von der Bevölkerung in ländlichen Regionen unterschied. Wirtschaftliche Verbindungen verliefen dabei oft quer zu nationalen Schranken (vgl. ebd., 29). Historische Grenzen waren unvereinbar mit ethnischen Trennlinien. Ebenfalls lagen kulturelle Zentren einer Bevölkerungsgruppe in Gebieten, die mehrheitlich von Menschen anderer Gruppen bewohnt wurden. Das Konfliktpotenzial dieser Region steigerte noch die Tatsache, dass die Grenzen oftmals willkürlich und durch historisch gewachsene Siedlungsgebiete verliefen. „Letztendlich entstanden also Gebilde, die nur ihrer Ideologie nach Nationalstaaten waren, nicht jedoch nach ihrer ethnischen Zusammensetzung.“ (ebd.)

Das einfache nationalistische Prinzip, auf dem diese Staaten gründeten, konnte deren komplexen Gesellschaftsstruktur kaum gerecht werden. Die 1920 formulierte Definition der polnischen Staatsbürgerschaft erwies sich schnell als problematisch. Gemäß diesem Gesetz galt als Bürger des polnischen Staates eine Person, die

- „1. auf dem Territorium des polnischen Staates ansässig ist, insofern ihr nicht die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates zusteht [...].
2. auf dem Territorium des polnischen Staates geboren ist, insofern ihr nicht die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates zusteht; 3. darüber hinaus eine Person, der aufgrund internationaler Abkommen die pol-

nische Staatsbürgerschaft zusteht.“ (Gesetz vom 20. Januar 1920 über die Staatsbürgerschaft des polnischen Staates. In: Polnisches Gesetzblatt 1920, Nr. 7, Pos. 44, zit. nach. Sokolewicz 1996: 96)

Ein wichtiges Merkmal dieses Gesetzes war die Betonung der Verbindung der Person mit dem Territorium, auf dem sie wohnte und geboren war (*ius soli*). Die Möglichkeit des Besitzes einer zweiten Staatsbürgerschaft wurde ausgeschlossen und alle diejenigen, die eine solche, sei es durch Geburt oder Eheschließung, vorweisen konnten, zwang man, der Ideologie eines Nationalstaates folgend, zu einer Entscheidung.

Die Tatsache, dass nach 1918 Staaten wie Polen und die Tschechoslowakei Verträge mit ihren Minderheiten zu unterzeichnen hatten, war nur ein formaler Akt, der an der tatsächlichen Lebenssituation der Minderheiten zunächst wenig änderte. Hinzu kam, dass neue politische Führer die Überwindung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme durch Wiederherstellung der alten historischen Nationen versprochen (vgl. Holzer 2007: 29).

Polen unterschied sich in dieser Hinsicht nicht von der Mehrheit der übrigen neu entstandenen Staaten Europas. 1918 wurde es als Nationalstaat gegründet, doch gehörte ein Drittel seiner Bevölkerung nationalen Minderheiten an (vgl. ebd.).⁶ Bei ihnen handelte es sich hauptsächlich um Menschen ukrainischer, jüdischer, weißrussischer und deutscher Herkunft. Viele Menschen polnischer Herkunft lebten hingegen außerhalb des eigenen Landes, in der Sowjetunion, Deutschland, Litauen, Lettland und in der Tschechoslowakei. Schon zu Beginn des staatlichen Wiederaufbaus in Polen erwies sich der Grundsatz friedlichen Zusammenlebens als große „Illusion“ (ebd.). Während für Westeuropa der Krieg 1918 endete, dauerten die Kämpfe im Osten immer noch an. Wer einem Kampf auswich, verlor die umstrittenen Territorien. Die Entstehung des polnischen Staates wurde durch mehrere

6 In Diskussionen, die schon vor dem Ersten Weltkrieg begonnen hatten, standen sich zwei Staatskonzepte gegenüber, die Idee des Nationalstaates [pl. państwo narodowe], der alle ethnischen polnischen Gebiete umfasst, auf der einen Seite und die Idee des Nationalitätenstaates [pl. państwo narodowościowe] als eine Föderation in den Grenzen der alten Adelsrepublik auf der anderen Seite. Man einigte infolge von internationalen Verträgen und durchgeführten Volksabstimmungen festgelegt, jedoch ohne Rücksicht auf Nationalitätenprobleme, die in den Grenzgebieten gravierend waren (vgl. Banaszak 1999: 75f.).

bewaffnete Konflikte begleitet: Gekämpft wurde mit der Ukraine um Lemberg und Ostgalizien, mit Deutschland um das Posener Gebiet und später Oberschlesien, mit der Tschechoslowakei um das Teschener Gebiet und mit Litauen um das Wilnaer Gebiet – doch am längsten und heftigsten mit Sowjetrußland.⁷

Diese Ereignisse führten dazu, dass das Verhältnis Polens zu seinen nationalen Minderheiten nach und nach Konfliktcharakter annahm. Ein friedliches Zusammenleben war kaum möglich. Die in Polen lebende Bevölkerung ukrainischer, weißrussischer oder deutscher Herkunft betrachteten einen der jeweils an Polen angrenzenden Staaten als ihre Schutzmacht. Diese Länder ihrerseits hielten es für angebracht ihre Minderheiten im polnischen Ausland zu unterstützen und vor möglichen Übergriffen zu schützen. Die einzige große Minderheit, die sich auf keinen Nationalstaat berufen konnte, war die der polnischen Juden (vgl. ebd., 31).

Das Prinzip des Nationalstaates, das in einem faktisch multiethnischen Land verwirklicht werden sollte, schuf Raum für Aktivitäten polnischer Nationalisten. Dies schlug sich in der staatlichen Politik nieder. Wie Holzer für die politische Realität im Polen der Zwischenkriegszeit feststellt,

„gehörte kein Politiker einer nationalen Minderheit irgendeiner parlamentarischen Koalition oder gar polnischen Regierung an – und außer den Juden glaubte keine der Minderheiten, dem Staate Polen Loyalität zu schulden, oder sie missachteten einfach ihre Treuepflicht.“ (ebd.)

Zwischen den beiden Weltkriegen wurden die Rechte der nationalen Minderheiten in vielen Staaten Europas verletzt. Internationale Verpflichtungen, die auf die Wahrung von Minderheitenrechten Bezug nahmen und den neuen Staaten auferlegt wurden, so beispielsweise der sog. Kleine Versailler Vertrag im Fall Polens, dienten häufig „als Instrument, um Nachbarländer unter Druck zu setzen, Klagen an den Völkerbund zu richten oder Sanktionsdrohungen auszusprechen“ (ebd.,

7 Die Vorstellung einer russisch-deutschen Annäherung war das Schreckengespenst für den neu gegründeten polnischen Staat. Mit der Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion im Jahre 1922 gewann dieses Szenario vorübergehend an Aktualität. Man sah darin eine Annäherung zweier Partner, die den Versailler Vertrag zutiefst ablehnten (vgl. Müller 1996: 240f.).

32). Da die Verträge jedoch einseitig galten, war beispielsweise Polen kaum möglich anhand dieser Gesetzesgrundlage, etwas gegen die Verstöße gegen seine Minderheit in Deutschland, Litauen und insbesondere in der Sowjetunion⁸ zu unternehmen.

Mitte der 1920er Jahre geriet das Land politisch wie wirtschaftlich unter Druck. Hierfür gab es verschiedene Gründe: Einer der Gründe bestand in der Entwicklung der europäischen Politik. 1925 wurden in Locarno Verträge unterzeichnet, welche die Sicherung der westeuropäischen Grenzen vorsahen (vgl. Müller 1996: 246). Zwar versicherten sich Polen und Deutschland sowie Polen und Frankreich, „Streitfragen ohne Anwendung von Gewalt zu lösen“ (Holzer 2007: 34), schriftlich festgehalten wurde diesbezüglich jedoch nichts Konkretes. Die Bestimmungen von Locarno entzweiten Europa. Der westliche Teil erhielt umfassende Grenzgarantien; das östliche Europa konnte lediglich auf den Völkerbund setzen (der aber praktisch nichts bewirken konnte), auf Verteidigungsbündnisse oder auf den erklärten Willen vieler Staaten, bewaffnete Konflikte zu vermeiden, hoffen.

Mitten in dieser politisch und wirtschaftlich ungünstigen Situation wurden in Polen Rufe nach einer charismatischen Führungsperson laut, welche die Probleme des Landes in Griff bekommen könnte.⁹ Im Mai 1926 begann die Einrichtung eines autoritären Systems unter dem Marschall Józef Piłsudski. Das autoritäre System Polens besaß, wie in anderen Ländern auch, bestimmte typische Merkmale. Piłsudski galt eher als „Vater des Volkes“ (ebd., 35f.) denn als „ein omnipotenter Führer“ (ebd.). Unter dem Motto „Sanierung“ [pl. Sanacja]¹⁰ sollte das politische Leben in seiner Regie wieder funktionsfähig gemacht werden. Nach der ersten Regierungszeit von Piłsudski konnte Polen durchaus gewisse Erfolge verzeichnen. Erst die Weltwirtschaftskrise, die im 1929 ausbrach, löste auch schwere ökonomische und soziale

8 Am schlimmsten waren die Repressionen gegen die polnische Minderheit in der Sowjetunion, wo sie allerdings keinen nationalen, sondern einen politisch-ideologischen Hintergrund hatten und klassenkämpferischen Charakter besaßen (vgl. Holzer 2007: 32).

9 Der Zusammenbruch der parlamentarischen Demokratie war ein Phänomen, das sich fast in ganz Europa beobachten ließ. Am Ende der Zwischenkriegszeit hatten sich fast alle Länder, die nach 1918 zur Demokratie fanden, schon wieder von ihr abgewandt (nur Finnland und die Tschechoslowakei konnten dieser Entwicklung standhalten) (vgl. Holzer 2007: 35).

10 Alle mit eckigen Klammern markierten Übersetzungen stammen von mir, M.G.

Erschütterungen aus. Die Krise führte in Polen wie überall in Europa zu einer Radikalisierung des politischen Lebens (vgl. ebd., 38). In der polnischen Bevölkerung verstärkten sich nationalistische Tendenzen v. a. dort, wo Minderheiten als Konkurrenten der autochthonen Bevölkerung auftraten. Dies war besonders im Verhältnis zur jüdischen Bevölkerung zu beobachten, die fast überall in Polen eine starke Stellung im Handel, Handwerk und den freien Berufen besaß. Radikale polnische Studentenorganisationen verlangten nach Einführung eines Numerus clausus (bzw. eines „Numerus nullus“) für die jüdische Bevölkerung bei der Aufnahme an Hochschulen.

Gegen Ende der Weltwirtschaftskrise besserten sich die Beziehungen zu den Nachbarnländern scheinbar, als Polen 1932 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion und 1934 mit der Regierung Hitler unterschrieb. Während der vergangenen 14 Jahre hatte das Deutsche Reich Polen stets als seinen Hauptgegner betrachtet, hatte gedroht und Druck ausgeübt, territoriale Forderungen gestellt und wegen der Behandlung der deutschen Minderheit Klage geführt. In den ersten Jahren unter Hitlers Herrschaft verzichtete die deutsche Politik und Propaganda plötzlich auf aggressive Töne gegen Polen, was zeitweise zur Entspannung der Beziehungen zwischen beiden Ländern führte (vgl. ebd., 40). Die Situation wandelte sich schlaglichtartig nach dem Tod von Józef Piłsudski, der – da sich kein geeigneter Nachfolger für ihn finden ließ – zu einem Ansehensverlust der Regierung in der polnischen Bevölkerung führte. Gleichzeitig setzte Deutschland seine vorübergehend ad acta gelegte Expansionspolitik fort, annektierte Österreich und besetzte das an Polen südlich angrenzende Sudetenland. 1939 wurde Polen vom Westen, Norden und Süden eingekreist.

Mit der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes begann der Zweite Weltkrieg. Nun befand sich Polen zwischen dem rasenden Nationalismus und dem Wahn von Hitlers Rassenpolitik im Westen und der sowjetischen Klassenideologie und dem Expansionsdrang im Osten (vgl. ebd., 43).

4.1.2 Vernichtung der Heterogenität. Der Zweite Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg verwüstete Polen; mehr als 6 Mio. Menschen fanden den Tod. Die deutsche, aber auch die sowjetische Okkupation

„erzeugte Verhaltensweisen, deren Brutalität alles übertraf, was man bisher aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben Polens und Europas kannte.“ (ebd., 47) Trotz wachsender Gewalt in den Vorkriegsjahren war es bisher undenkbar gewesen, ganze Bevölkerungsgruppen gezielt und beinahe vollständig zu ermorden. Insbesondere das nationalsozialistische Regime brachte häufig den Grundsatz der kollektiven Verantwortung zur Anwendung. Für kleinere Vergehen wurden ganze Menschengruppen erschossen. Das Vorgehen des sowjetischen Staatsapparats war ähnlich, wenn auch die Grundsätze, nach denen getötet wurde, andere waren. Massenfestnahmen, Deportation in Arbeitslager und Erschießungen standen an der Tagesordnung (vgl. ebd.).

Die Jahre des deutschen und des sowjetischen Okkupationsregimes lehrten, dass ein Menschenleben nicht zählte. Das hatte besondere Auswirkungen auf das Verhältnis zu den „Anderen“, die aufgrund ihrer „Rasse“, Nationalität oder politischen Meinung als „fremd“ bezeichnet wurden. Ein großer Teil der polnischen Bevölkerung lehnte diesen Werteverfall ab, sei es aufgrund eines allgemeinmenschlichen, humanistischen Geistes, was u. a. auf die Kreise der polnischen Intelligenz zutraf, sei es aufgrund einer christlichen Haltung, die für breite Schichten der Bevölkerung immer noch verbindlich war. Doch es gab auch in der polnischen Bevölkerung Menschen, die das Verhalten der Besatzer übernahmen und mit ihnen kollaborierten.¹¹

Nach dem Krieg entstand Polen entlang völlig neuer Grenzen. Im Osten verlor das Land einen erheblichen Teil seines Territoriums zugunsten der Sowjetunion. Die polnische Westgrenze wurde an die Oder verschoben. In der Folge wurden zwischen 1945 und 1949 über 3 Mio. Menschen umgesiedelt (vgl. ebd., 52). Das Europa der Nachkriegszeit wurde von Siegermächten geplant, ihre Entscheidungen waren jedoch vertraulich. Selbst der polnische Bündnispartner erhielt keinerlei Informationen über die territorialen Beschlüsse.¹² Auf der

11 Verwiesen sei hier beispielsweise auf das Judenmassaker im ostpolnischen Jedwabne im Sommer 1941, an dem polnische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger beteiligt waren. Mehr dazu siehe Kap. 5.5.

12 Diese Information ist vor dem Hintergrund der seit Jahren geführten Debatte um die polnische Schuld an der Vertreibung der deutschen Bevölkerung infolge der Grenzverschiebung 1945 wichtig.

Konferenz in Jalta 1945 wurde ferner die polnische Regierung gebildet. Da aber polnische Demokraten entweder ins Exil gegangen oder dort nicht anwesend gewesen waren, wurden ins Kabinett fast ausschließlich Kommunisten und deren Verbündete gewählt.

Die polnische Kriegserinnerungslandschaft ist aufgrund erfahrener Ungerechtigkeit und nationaler Tragödie während und nach dem Krieg, aber auch der vorhandenen Schuld recht kompliziert. Dafür seien Holzer zufolge die kommunistische „Indoktrinierung [...], die frühere Abhängigkeit von der Sowjetunion und nicht weniger die Reaktionen, die beides später hervorrief“ (ebd., 49), verantwortlich. Einen wichtigen Platz nehmen nach Holzer ebenfalls die Erinnerungen „an die Aktivitäten des polnischen Untergrunds und den Warschauer Aufstand von 1944, der mit einer Niederlage endete“ (ebd.), ein. Die Merkmale des spezifischen polnischen Erinnerens an die Leiden des Zweiten Weltkriegs fasst Holzer folgendermaßen zusammen:

„Einen besonderen Charakter besitzt [...] die Wahrnehmung der Leidensurheber. Im allergrößten Teil Europas waren dies die Deutschen, ihre Verbündeten und Kollaborateure. In allen Gebieten aber, die während des Krieges von der Sowjetunion annektiert wurden, gelten vor allem ihre Funktionäre als Verantwortliche für unzählige Leiden.

In Polen dagegen existiert, seit der Kommunismus gestürzt und das Siegel des Schweigens gebrochen ist, eine annähernd ausgeglichene Erinnerungskultur an die Schrecken, die den Menschen von beiden Seiten zugefügt wurden. Die Lager in Auschwitz und in Kolyma, die massenhafte Ermordung von Zivilisten während des Warschauer Aufstands und die Erschießung der polnischen Offiziere in Katyń – sie wurden gleichermaßen zu Symbolen inhumaner Herrschaft.“ (ebd., 50)

Was die gesamte Region Mittel- und Osteuropas anbelangt, war am Ende des Zweiten Weltkrieges die einst multinationale, vielsprachige Kultur Mittel- und Osteuropas fast vollständig zerstört. Die Träger urbaner Kultur in Vilnius, Lemberg, Czernowitz, Budapest, Bratislava, Wien oder Prag – die mitteleuropäische Bevölkerung jüdischer Herkunft – sind aus dem Bild dieser Städte verschwunden. Die übrige Bevölkerung war zerrissen zwischen der Erfahrung der antifaschistischen Opposition und der Kollaboration mit den Nazis. Auch nach dieser brutalen Homogenisierung der Region stimmten die Staatsgrenzen nicht völlig mit den Sprachgrenzen überein. Die in den jeweiligen

Staaten lebenden Minderheiten waren aber bis auf die Ausnahme von Ungarn in Siebenbürgen und in der Slowakei in ihrem politischen und ökonomischen Einfluss unbedeutend geworden. Diese Entwicklung ging leider nicht mit einem Verschwinden des antidemokratischen Nationalismus einher. Wie das Judenpogrom im polnischen Kielce 1946 deutlich macht,¹³ war auch nach dem Krieg der Hass auf die „Anderen“ – insbesondere auf die jüdische Minderheit – präsent. Die alten Feindschaften bestanden weiterhin, auch wenn sie unter sozialistischer Fahne versteckt gehalten wurden.

4.1.3 *Kommunismus und Nationalismus*

Mit der Eingliederung der mittel- und osteuropäischen Staaten in den Machtbereich der Sowjetunion wurden sie einem Regime unterworfen, das seine Legitimität teilweise aus antinationalistischen und antifaschistischen Ideologien bezog. Die Spezifik der kommunistischen Herrschaftsweise in Mittel- und Osteuropa kann Weiss und Reiprecht zufolge mit Hilfe der Begriffe Unterdrückung, Instrumentalisierung und Übernahme auf den Punkt gebracht werden, wobei der Faktor der Unterdrückung der dominanteste ist (vgl. Weiss/Reiprecht 1998: 33).

Insbesondere in der Ära des Stalinismus, also bis ca. 1955, wurden in Mittel- und Osteuropa sowohl Fragen der nationalen Identität als auch Minderheitenfragen fast vollständig tabuisiert (vgl. ebd.). Mit der Tabuisierung war oft auch die Hoffnung verbunden, die Spannungspotenziale innerhalb der Länder und der sowjetischen Einflussphäre durch Verdrängung aus dem öffentlichen Bewusstsein „regulieren“ zu können. Besonders problematisch gestalteten sich für die Regierenden Grenzkonflikte, in denen es mitunter um Minderheitenfragen ging, so z. B. im Fall der polnisch-ukrainischen Grenzfrage zwischen 1945 und 1947. Die Minderheitenpolitik im Mittel- und Osteuropa lockerte sich allmählich mit zunehmender Liberalität und wachsendem Wohlstand in den 1970er Jahren. In manchen Ländern eröffneten sich für die Minderheiten sogar Möglichkeiten, sich jenseits einer staatlichen, häufig folkloristisch eingefärbten Förderung kultureller Identitäten zu artikulieren (vgl. ebd.).

13 Ausführlich hierzu siehe Kap. 5.5.

Als zweite Reaktionsform des Kommunismus nennen Weiss und Reinprecht die Instrumentalisierung (vgl. Weiss/Reinprecht 1998: 34). Wurde der Nationalismus dort bekämpft, wo er die nationale und ethnische Identität stärkte, und unterdrückt, wo die realen Machtverhältnisse und die sowjetische Hegemonie gefährdet schienen, so wurde er genutzt oder gar politisch adaptiert, wenn er der Stabilisierung der Macht diene. Ein anschauliches Beispiel für eine instrumentalisierende Vereinnahmung des Nationalismus zum Erreichen politischer Ziele der Kommunisten führen Weiss und Reinprecht den sog. „taktischen Antisemitismus“ (Weiss/Reinprecht 2007: 34) in den späten 1960er Jahren an:¹⁴

„Die Herrschaft der Kommunisten und die Macht des Faktischen der Homogenisierung hat aber den riesigen Verlust, die mit Vernichtung der ethnischen, religiösen und kulturellen Vielfalt in Polen verbunden war, der Vergessenheit bzw. der gezielten historischen Uminterpretation anheimgegeben Zusammen geschrieben im Original. Die katholische Kirche Polens hat ihren spezifischen Beitrag zur Überhöhung des Nationaldenkens geleistet, indem sie ethnische Polonisierung mit Rekatholisierung gleichsetzte.“ (Bingen 1992: 50)

Je mehr sich die Legitimationskrise des Regimes zuspitzte, umso stärker wurde es auf die nationale Karte als Mittel zur Selbstlegitimierung gesetzt. Dazu zählte auch das Ausnutzen nationaler Gegensätze und Ressentiments. Der Kommunismus trug somit wesentlich zur Überlieferung der mittel- und osteuropäischen Tradition des antidemokratischen Nationalismus bei.¹⁵

Jenseits dieser Praktiken begünstigte der Kommunismus ein Weiterleben des Nationalismus aufgrund struktureller Eigenheiten seiner Herrschaftsweise. Er bewirkte einerseits den lang ersehnten Modernisierungsschub, der nach dem Zweiten Weltkrieg in allen mittel- und osteuropäischen Ländern dringend notwendig war und schuf somit ein erfolgreiches Gegenbild zu dem westlichen Marshall-Plan. Durch den

14 Ausführlicher dazu siehe Kap. 5.5.

15 Die Instrumentalisierung national(istisch)er Traditionen stellte nach Weiss und Reinprecht ein Mittel „der Loslösung vom Sowjetkommunismus“ (Weiss/Reinprecht 1998: 35) dar, wie etwa in Jugoslawien unter Tito. Hinter diesem Nationalkommunismus standen meist die expansionistische Herrschaftsweise nationaler Eliten, was auf dem Balkan nach 1989 mit einem Krieg endete.

spezifischen Charakter der kommunistischen Herrschaftsweise (Verstaatlichung von Wirtschaft und Gesellschaft bei gleichzeitiger Kolonisierung des Staates durch die kommunistische Partei) wurde andererseits eine tiefe Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft geschaffen:

„Die Bindung an die (politische) Nation wurde einerseits durch das totalitäre Herrschaftsprinzip, andererseits durch die Orientierung an den informellen Verteilungs- und Kommunikationsnetzwerken, denen im Kontext von Mangelwirtschaft, Unterversorgung und zweiter Ökonomie große Bedeutung zukam, sukzessive untergraben.“ (Weiss/Reinprecht 1998: 35)

Die realsozialistische Herrschaftsweise „nährte die Existenz überkommener Feindbilder, nationalistischer Ressentiments und ethnisch-kultureller Konfliktpotentiale“ (ebd.). Die Traditionen wurden im „gesellschaftlichen Schattenbewusstsein“ (ebd.) wachgehalten, das genauso unterorganisiert, partikular und auf die engen Grenzen der jeweiligen Wir-Gruppe bezogen war wie die zweite Ökonomie. Die Tatsache, dass die Gesellschaften Mittel- und Osteuropas über keine Strategien für Interessenausgleich und Konfliktbewältigung verfügten und Formen öffentlicher Streitkultur sehr rudimentär waren, begünstigte auch nach 1989 die Kulturalisierung gesellschaftlicher Konflikte und Interessengegensätze. Herrschaftsnationalismus und Instrumentalisierungspolitik nationaler Argumente und Gefühle lieferten gemeinsam mit den strukturellen Eigentümlichkeiten des Regimes wiederum den Hintergrund für eine spezifische Ressentimentbildung, die nach der Systemtransformation die Schaffung nationalistischer Feindbilder erleichterte.

Während der 45 Jahre des Kommunismus wurde in Mittel- und Osteuropa eine Tabuisierungs- und Instrumentalisierungspolitik betrieben, in der die Geschichte und Gegenwart dort vereinfacht wurden, wo es nötig war, um die kommunistische Interpretation der Wirklichkeit aufrechtzuerhalten. Geschichte wurde als „form- und manipulierbares Instrument des Betrugs“ (Giordano 1994: 219) benutzt. In vielen Fällen wurde die reale Vergangenheit durch eine Konstruktion der

Historie, wie sie hätte verlaufen sollen, ersetzt.¹⁶ Diese systematischen „inventions of traditions“ (Hobsbawm 1983, zit. nach Giordano 1994: 220) dienten den Volkdemokratien Mittel- und Osteuropas zur Legitimierung einer Reihe neuer politischer Maßnahmen.¹⁷

Mit der Wende 1989 veränderte sich das Geschichtsbild radikal. Die kommunistische Deutung der Vergangenheit galt nun als verlogen und falsch. Gleichzeitig begann man den Kommunismus als historischen Fehler anzuprangern, mit dem speziell zu diesem Zweck eingerichtete Kommissionen prozessual abrechnen sollten.¹⁸

4.1.4 *Nationalismus im Kontext der Systemtransformation*

Im Jahre 1989 begann in Warschau die Aufhebung der Teilung Europas. Der sog. „Runde Tisch“, der fast allen Ländern des Ostblocks Nachahmer fand, stellte zweifellos „einen polnischen Beitrag zur politischen Kultur Europas“ (Holzer 2007: 96) dar. Doch der „Runde Tisch“ gab schon damals Anlass zu Kontroversen. Für die Anhänger des schwankenden Systems bedeutete die Einrichtung eine Kapitulation, die Vertreter der radikalen Opposition hielten den „Runden Tisch“ für einen Komplott der kommunistischen Eliten und der gemäßigten Opposition. Ein Argument, das gegen den „Runden Tisch“ bis heute gilt, lautet: Er stelle „keine eindeutige Zäsur“ (ebd.) dar, welche die kommunistische Epoche von der demokratischen trenne und habe „die moralische Abrechnung“ (ebd.) mit dem Kommunismus erschwert.¹⁹

16 Vgl. dazu die theoretische Unterscheidung zwischen wirklicher und gesellschaftlicher Vergangenheit bei Balibar/Wallerstein (1990), auf die im Kap. 4 eingegangen wird.

17 Exemplarisch, außerhalb Polens, ist die Erfindung einer bulgarischen Volkskultur mit monoethnischem Charakter, die mit der Politik der Zwangsbulgarisierung bzw. der Ausweisung der türkischen Minderheit zwischen 1960 und 1989 eng verbunden war. Die Fiktion einer „ur-rumänischen“ Volkskultur existierte ebenfalls während Nicolae Ceaușescus Repressionen in Siebenbürgen.

18 In Polen arbeitet seit 1992 die sog. „Durchleuchtungskommission“ [pl. Komisja Lustracyjna], die sich mit der „Durchleuchtung“ oder „Bereinigung“ politischer und kultureller Eliten des Landes im Hinblick auf ihre eventuelle Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit während des Kommunismus befasst. Ausführlich zur Dekommunisierung als Thema in politischen Kampagnen siehe u. a. Tatur (1994).

19 Allerdings blieb in Ländern, in denen keine „Runden Tische“ eingerichtet wurden, wie beispielsweise in Rumänien und der Sowjetunion, die radikale Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ganz aus. Die alten kommunistischen Kader und teilweise auch deren Ideologie konnten den Wandel hier wesentlich besser überdauern.

Diese Kritik ist in vielen Punkten berechtigt.²⁰ Fragwürdiger hingegen ist die Behauptung, der Kommunismus sei in den späten 1980er Jahren in Polen bereits so geschwächt gewesen, dass das System sowieso bald zusammengebrochen wäre, wenn die oppositionelle Massenbewegung ihm den letzten Stoß gegeben hätte (vgl. ebd.).

Die zu konzедierende vergleichsweise langsame Entfernung vom Kommunismus in Polen war einer latenten Angst und Unsicherheit gegenüber der Sowjetunion geschuldet. So war Polen das letzte postkommunistische Land, in dem freie Wahlen stattfanden, aber das erste mit einer Regierung, in der Vertreter der einst verbotenen Opposition die Oberhand besaßen. Tadeusz Mazowiecki, einer der wichtigsten Vertreter der Solidarność, wurde ihr Premierminister (vgl. ebd., 97).

Noch im gleichen Jahr sorgte ein anderer Umstand für maßvolle Reaktionen in Polen: Trotz eines offiziellen Staatsbesuches vom Bundeskanzler Helmut Kohl sowie seiner Gespräche mit Mazowiecki blieb die Grenzfrage zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen nach wie vor ungelöst. Auch später in den sog. „Zehn Punkten“ (ebd., 98) des Bundeskanzlers Kohl, die das offizielle Programm zur Wiederherstellung der deutschen Einheit darstellten, wurden außenpolitisch heikle Territorial- und Grenzfragen in Bezug auf den östlichen Nachbarn ausgespart. Die Bemühungen um eine erste Annähe-

20 Der Historiker Marcin Król machte 1991 im Essay „Revolution, Restauration, Amnesie. Über das Gedächtnis in der postkommunistischen Zeit“ auf das Problem des Gedächtnisverlustes in der Politik der 1990er Jahre aufmerksam. Je nach Verhältnis zur Vergangenheit unterschied er drei Modelle des politischen Umbruchs: 1) Das Konzept der „evolutionären Revolution“ Mazowieckis und der Liberaldemokraten verzichtete auf die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Einerseits erschien ihnen die Erinnerung an die heroisch-martyrologische Vergangenheit der Teilungszeit und der Okkupationsjahre, an die Symbolik der Oppositionsbewegung in den 1980ern für die Bewältigung anstehender Aufgaben wenig hilfreich, andererseits lehnten die Liberaldemokraten die Abrechnung mit der Nachkriegszeit als identitätsstiftenden Bezug aus pragmatisch-politischen, aber auch aus prinzipiellen Gründen ab. Die Erinnerung an die Blütezeit des polnischen Staates, an die multiethnische Adelsdemokratie als Muster eines toleranten Verfassungsstaates erschien insofern obsolet, als Polen als Ergebnis deutscher und russischer Politik nach dem Krieg eine monokulturelle Nation geworden war. Von dieser Position unterschied Król 2) die Vorstellungen einer „amnesischen Revolution“ der postkommunistischen Gruppierungen, die keinerlei Verantwortung gegenüber der Vergangenheit zu übernehmen bereit waren. Explizit machten dagegen 3) die „konservativen“ Gruppierungen den Rückgriff auf die Geschichte und die tradierte nationalkulturelle Identität zum Bezugspunkt ihres Denkens. Postuliert wurde hier das Modell einer „restaurativen Revolution“, die an die vorkommunistische Vergangenheit anknüpfen sollte (vgl. Król 1991 und Tatur 1994: 43).

zung zwischen beiden Ländern wurden ausgerechnet durch den Fall der Berliner Mauer zunächst einmal unterbrochen und als Thema von der politischen Agenda der BRD in den Hintergrund gerückt. Angesichts dieser radikalen geo- und soziopolitischen Veränderungen jenseits der Oder wurde das Paradigma des kollektiven Feindes im Westen im polnischen Bewusstsein erneut „aktiviert“. Bei denjenigen, die den Zweiten Weltkrieg erlebt hatten, kehrte vor dem Hintergrund der deutschen Wiedervereinigung die Angst vor einem mächtigen Deutschland wieder, das über das Schicksal Polens eigenständig entscheidet. Das kollektive Gedächtnis der Polen erinnerte an das Münchner Abkommen von 1938.²¹ Noch stärker wirkte die Erinnerung an die Konferenz von Jalta²² nach, deren Beschlüsse das Schicksal Polens für fast ein halbes Jahrhundert besiegelt haben (vgl. ebd.).

In Westeuropa und in den Vereinigten Staaten begegnete man den polnischen Ängsten mit Verständnis. Die Unantastbarkeit der Nachkriegsgrenzen wurde von den westlichen Staatshäuptern stets als indiskutables Faktum dargestellt. Die polnischen Einwände hielt man jedoch in den konservativen Kreisen in Deutschland, hier sei v. a. auf die Reaktionen der Vertriebenenverbände hingewiesen, für einen Versuch, den deutschen Einigungsprozess zu verhindern oder wenigstens zu verlangsamen. Erst 1990 gab die BRD – als Voraussetzung für die internationale Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung – alle Ansprüche auf die ehemaligen Ostgebiete auf.

Im Gegensatz zum relativ langsamen Tempo des politischen Wandels in Polen stand die Entschiedenheit, mit der man wirtschaftliche Reformen durchführte. Die ersten Schritte zum sog. Balcerowicz-Plan

21 Das Münchner Abkommen wurde im September 1938 von den Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und des Deutschen Reiches zur friedlichen Lösung der Sudeten-Krise unterschrieben. Die Bestimmungen des Abkommens verpflichteten die Tschechoslowakei, die vorwiegend von der deutschen Bevölkerung bewohnten Sudetengebiete zu räumen, die gleichzeitig von deutschen Truppen besetzt wurden. Vertreter der Tschechoslowakischen Republik wurden nicht eingeladen (vgl. Müller 1996: 279).

22 Die Konferenz von Jalta war ein diplomatisches Treffen der alliierten Staatshäupter Roosevelt (USA), Churchill (Vereinigtes Königreich) und Stalin (UdSSR), das im Februar 1945 stattfand. Es war das zweite von insgesamt drei alliierten Gipfeltreffen während des Zweiten Weltkrieges. Themen der Konferenz waren v. a. die Aufteilung Deutschlands und die Machtverteilung in Europa nach dem Ende des Krieges. Im Rahmen der Konferenz wurde u. a. ein Entwurf zur Änderung des polnischen Staatsgebiets vorgelegt (vgl. Müller 1996: 301).

erfolgten bereits Anfang der 1990er Jahre mit der Freigabe der Preise.²³ Die Reformen, die in der Geschichtsschreibung und Publizistik als „Schocktherapie“ (ebd., 100) bezeichnet werden, wurden später wegen ihrer teils harten Konsequenzen, v. a. wegen der steigenden Arbeitslosigkeit infolge der Schließung unrentabler Betriebe und der Verringerung der Beschäftigungszahlen, heftig kritisiert.

Wegen der Radikalität der durchgeführten Wirtschaftsreformen wurde die alte Teilung Europas in einen demokratischen und einen kommunistischen Sektor durch eine neue, entlang der wirtschaftlichen Einflussgebiete verlaufende Untergliederung in – wie es Holzer formuliert –, „drei Zonen“ ersetzt (ebd., 101). In der von ihm beschriebenen Neuordnung gehörte zur Zone eins das Europa, das in Teilen bereits zusammengewachsen war: die Mitgliedsländer der NATO, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie alle übrigen Staaten Westeuropas (vgl. ebd.). Bezeichnend für diese Gruppe war, dass sie den Begriff Europa ausschließlich für ihren Teil des Kontinents benutzten, als würde sein kommunistisch regierter Part nicht dazu gehören. Zur Zone zwei werden von Holzer fast alle Staaten gezählt, die nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden (vgl. ebd., 102). Trotz der stattgefundenen Systemtransformation blieben sie miteinander verbunden, auch institutionell u. a. im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), innerhalb derer die führende Rolle Russlands anerkannt wurde. Neben den Ländern des Baltikums und des Balkans wird Polen von Holzer zur Zone drei gezählt (vgl. ebd., 102). Die Staaten in der mitteleuropäischen Zone waren ebenfalls miteinander verbunden, durch weniger verbindliche Abkommen über eine Zusammenarbeit. Ihr gemeinsames Ziel war es, durch die europäische Integration einer neuen Marginalisierung auf der internationalen politischen Bühne zu entgehen. Insbesondere Polen fühlte sich, „bedingt durch seine Kultur und historische Tradition, dem Westen näher als dem Osten“ (vgl. ebd., 102f.). Nichtsdestoweniger standen der politisch gewollten und

23 Der im Untergrund vorbereitete Balcerowicz-Plan (Leszek Balcerowicz war von 1989 bis 1991 Vize-Ministerpräsident und Finanzminister) sah nach der Wende 1989 eine rapide Einführung der Marktwirtschaft und Privatisierungen vor, was heftige Einschnitte in soziale Leistungen zur Folge hatte.

notwendigen Öffnung des Landes nach Osten wie nach Westen nicht unbedeutende gesellschaftliche Ressentiments im Weg

Vor dem Hintergrund des Tempos, der Intensität und der Unüberschaubarkeit der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation in den Staaten Mittel- und Osteuropas zeigte sich schnell, dass ethnisch-kulturelle Kategorien als einzige Orientierung gelten und die „letzte Quelle“ sinnvoller sozialer Beziehungen darstellen. Die Bedeutung von kollektiven (religiösen, kulturellen, historischen und nationalen) Eigenschaften und Symbolen für die Stiftung von Identität in den jungen Demokratien wurde nach und nach manifest. In Polen stellte sich ebenso rasch heraus, dass die Prädominanz der Solidarność-Elite in der entstandenen demokratischen Landschaft nur vorübergehenden Charakters sein konnte. Mit wachsenden sozialen Spannungen und in der unmittelbaren Konfrontation mit dem Westen bekamen rechtskonservative, national-egozentrische Optionen neuen Zulauf. Der Meinung des polnischen Essayisten, Publizisten und Herausgebers der größten polnischen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ Adam Michnik zufolge befand sich die polnische Identitätsbestimmung in den 1990er Jahren auf dem für postkommunistischen Gesellschaften typischen Scheideweg zwischen „Zurück zu Europa“ und „Zurück zur Geschichte“ (Michnik 1992). Die noch 1989 zu kurz gekommenen rechtskonservativen politischen Strömungen

„ernten auf dem Feld, das von Blut der Nationalhelden gedüngt, von der national und messianistisch auftretenden katholischen Kirche geweiht und von einem weltanschaulich pervertierten Realsozialismus konserviert wurde. Dieser hatte Polen – ungeachtet der immer wieder betonten polnischen Freiheiten – von der Außenwelt abgeschlossen und nationale Egozentrik und Intoleranz gegenüber Minderheiten aller Art kultiviert.“ (Bingen 1992a: 3)

Hinzu kam noch die Entfremdung zwischen der neuen politischen Elite und breiten Schichten der Gesellschaft in der polnischen Innenpolitik, wovon die niedrige Wahlbeteiligungen im Verlauf der 1990er Jahre zeugen. Die katholische Kirche, die unter dem Kommunismus zu einem Schutzschirm für die demokratische Opposition geworden war, besann sich nach der Wende auf ihr Selbstverständnis als wertekonservative Ordnungsmacht mit einem ungeklärten Verhältnis zur modernen Gesellschaft. Die Kirche leistete als Institution teils durch

Ungeschicklichkeit, teils bewusst dem polnischen Nationalismus Vorschub. Kirchenvertreter warnten „vor dem Einfluß von angeblich der polnischen Nation und Tradition fremden Werten, wobei sie offenbar insbesondere an Agnostiker mit sozialdemokratischem und liberalem Ideengut und Intellektuelle jüdischer Herkunft“ (Bingen 1992a: 4) dachten.

Den sich in diesem Kontext konstituierenden Nationalismus als Neonationalismus zu bezeichnen, wäre jedoch zu einfach. Um das Phänomen des Nationalismus im Mittel- und Osteuropa adäquat zu skizzieren, bedarf es einer kontextualisierten Darstellung der gesellschafts-politischen Situation in der Region um 1990.

Nach zwei Staatsgründungen, einmal 1918 und einmal 1945 erlebten die Staaten Mittel- und Osteuropas 1989 zum dritten Mal einen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Neubeginn. Nach Bingen unterscheidet sich der Neubeginn des Jahres 1989 dennoch von den beiden vorangegangenen in entscheidender Weise und bekommt eine einmalige symbolische Bedeutung (vgl. Bingen 1992: 47). Die Besonderheiten des Datums lassen sich dem Autor zufolge in drei Punkten zusammenfassen:

Erstens: Im Vergleich zur Situation nach dem Ersten Weltkrieg hat sich die ethnogeographische Struktur der Länder Mittel- und Osteuropas seit Anfang des Jahrhunderts diametral gewandelt. Mit Ausnahme der Slowakei wurde für alle Länder der Region ein homogenes Nationalstaat-Modell konzipiert und übernommen. 1945 war Polen zum ersten Mal in seiner Geschichte zum national homogenen Staat geworden. Bis dahin war es stets die Heimat für Menschen unterschiedlicher Herkunft gewesen. Nach der nationalsozialistischen und stalinistischen Vernichtungs-, Vertreibungs- und Geopolitik wurde das Land ethnisch so weit homogenisiert, dass „ausgesprochener Nationalismus in der ersten Phase der Demokratisierung kein herausragendes Moment der Identitätsstiftung war“ (ebd.). Und es schien selbstverständlich, dass nationale Geschichte und Selbstbehauptung, historische Mythen und nationale Symbole eine große Rolle bei der Stärkung der kollektiven Identität spielen werden:

„Die Aufstandstradition, weiß-rote Fahnen, der weiße Adler mit der Krone, heilige Messen als patriotische Feldgottesdienste, Maria als

Königin Polens – das alles gehörte zu den notwendigen Accessoires der politischen Selbstbefreiung.“ (ebd., 57)

Zweitens: Der Neubeginn des Jahres 1989 entstand im mittel- und osteuropäischen Raum aus einem friedlich verlaufenen Systemwechsel heraus. Im Unterschied zu 1918 und 1945 war der Neuanfang weder eine Folge von kriegerischen Auseinandersetzungen noch von Großmachtpolitik (mit Ausnahme des ehemaligen Jugoslawien, das durch Nationalitätenkämpfe, Krieg, Traumatisierungen und Hegemonialstreben regionaler Mächte seine Probleme größtenteils bis heute nicht gelöst hat).

Drittens handelte es sich bei dem Systemwechsel 1989 um einen von den Bevölkerungen gestützten demokratischen Umbruch. Die mittel- und osteuropäischen Länder verstanden und verstehen sich als Demokratien auf der Basis von Rechtsstaatlichkeit, individuell einklagbaren Menschenrechten und Gewaltenteilung. Mit der Osterweiterung der Europäischen Union wurde die Mehrzahl von ihnen in politische und wirtschaftliche Strukturen Europas aufgenommen.

Trotz aller Europäisierung, Modernisierung und Pluralisierung in Polen kann „in dem polozentrischen Weltbild und dem religiös geschmückten Patriotismus“ (ebd., 72) eine symbolische Abwehrhaltung gegen eine „Verwestlichung“ (ebd.) des Landes diagnostiziert werden. Das Gefühl des Ausgeliefertseins an den Westen nährte jahrelang den Wunsch nach nationaler Abgrenzung und verstärkte die Suche nach Kompensation in Bereichen, in denen Polen seine Besonderheit und Überlegenheit über andere zu beweisen suchte, beispielsweise durch die Betonung von Patriotismus, Traditionalismus und Religion.

4.1.5 Polens EU-Beitritt. Zwischen Akzeptanz und Euro-Skepsis

Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen nach der Wende des Jahres 1989 waren in Polen „gewaltig“ (Jäger-Dabek 2003: 116) und „auch in den Köpfen waren Kraftakte zu bewältigen“ (ebd.). Polen hatte neue Nachbarn bekommen, denn nach der Wende zerfielen die Tschechoslowakei, die Sowjetunion und die DDR (vgl. ebd.). Angesichts der außenpolitischen Neuerungen begann man, die Beziehungen zu den Nachbarländern neu zu gestalten, den Worten des Publizisten Adam Krzemiński folgend: „Über Krieg und

Frieden wird nicht auf den Schlachtfeldern entschieden, sondern ausschlaggebend sei, was in den Köpfen der Menschen passiert.“²⁴ In dem Zusammenhang bekam das deutsch-polnische Verhältnis eine besondere Bedeutung. Nachdem es in Polen offiziell 40 Jahre lang keine deutsche Minderheit gegeben hatte, wurde nun der Raum geschaffen, damit sie wieder öffentlich wurde (vgl. Jäger-Dabek 2003: 116f.).

Vor dem Hintergrund der sukzessiven Öffnung der Politik und einer Liberalisierung des öffentlichen Lebens wurden die Ereignisse von 1989 häufig als Rückkehr Polens und einiger anderer Länder des Ostblocks nach Europa bezeichnet. Die Kritiker dieser Redensart betonten jedoch, dass von einer Rückkehr nicht die Rede sein könne, denn Polen habe immer schon in Europa – verstanden nicht als politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung des Westens, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestand, sondern als eine historische und geographische Bezugsgröße – gelegen, auch wenn es durch äußeren Zwang über Jahrzehnte daran gehindert worden sei, gleichberechtigt am politischen und gesellschaftlichen Leben des Kontinents teilzuhaben (vgl. Holzer 2007: 95). In diesem Sinne kann die Europäisierung des mittel- und osteuropäischen Raumes lediglich als Wiederherstellung des status quo (vgl. ebd.) verstanden werden. Zusätzlich zu diesem durch und durch idealistischen Denken einiger „Polenfreunde“ wurde in Europa überwiegend pragmatisch gedacht: Angesichts der wirtschaftlichen Katastrophe, vor der nach der Abschaffung der kommunistischen Sozialpolitik und der Einführung der freien Marktwirtschaft, Länder der Region standen, wurde allen Akteuren schnell klar, dass eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West auf kurz oder lang unvermeidlich ist. Die wirtschaftlichen Erfolge, welche die westeuropäischen Länder in den Jahrzehnten zuvor erzielt hatten, stellten im Bewusstsein der polnischen Bevölkerung mitunter das wichtigste Argument für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union dar (vgl. ebd., 103). Da die zerfallende Sowjetunion bei der Transformation mit noch gravierenderen Schwierigkeiten als die Staaten Mitteleuropas und des Balkans zu käm-

24 Krzemiński: Pokój między książkami. In: Polityka. Nr. 49/2002.

pfen hatte, boten Kontakte zu deren Zentrum Russland langfristig gesehen keine ernstzunehmende Alternative.

So stand zunächst die politische und militärische Integration Polens und einiger anderer osteuropäischen Staaten in die NATO auf der Tagesordnung. Dies rief in Polen kaum Kontroversen hervor, obwohl kleinere rechtsgerichtete Gruppen vehement gegen einen NATO-Beitritt plädierten. In den politischen Kreisen Westeuropas überwog eine Abneigung gegen eine Erweiterung der NATO nach Osten. Der wichtigste Grund hierfür war die Furcht vor russischen Reaktionen, v. a. vor einer internen Radikalisierung Russlands (vgl. ebd., 103f).

Anders stellten sich die Probleme im Vorfeld der Osterweiterung der EU dar. In Polen stieß die Eingliederung in ihre Strukturen auf recht breiten Widerstand. Die Argumente dafür wie dagegen waren zahlreich und unterschiedlich. Am meisten fürchteten sich die polnischen Landwirte. Von Populisten wurde, nicht ganz zu unrecht, immer wieder darauf hingewiesen, dass die polnische Landwirtschaft dem Konkurrenzdruck der höher entwickelten EU-Länder nicht Stand halten könnte und bankrott gehen würde. Sie warnten davor, dass die polnische Landwirtschaft wie Industrie an ausländische Investoren, v. a. die deutschen, ausverkauft werden würde. Nationalisten und konservative Katholiken brachten sogar religiöse Argumente ins Spiel. Für sie stand Westeuropa für moralische Demoralisierung und neues Heidentum. Betont wurde, dass Polen alsbald der Zerfall der Familie und der Vormarsch einer losen Sexualmoral drohe. Hinzu kam der seit der Wende neben der politischen und wirtschaftlichen Neuorientierung parallel stattfindende gesellschaftliche Wandel, der wie kein anderer die bisherigen Verhältnisse auf drei Ebenen veränderte: der von gesellschaftlichen Strukturen, der von sozialen Identitäten und der von persönlichen Lebensumständen (vgl. ebd., 104).

Da die „Rückkehr nach Europa“ (Bingen 1992: 74) zweifelsohne an gewisse Bindungen und Abhängigkeiten gekoppelt war und ist, stellt sie für Polen als eine Art archetypische Gemeinschaft schon per se etwas Bedrohliches dar. Dies ist unschwer dem Wandel in der Zustimmung der polnischen Bevölkerung gegenüber Europa zu beobachten. Bei dem Europa-Referendum 2003, das über den Beitritt Polens zur EU entscheiden sollte, betrug die Zustimmung knapp 80% bei einer

58% Wahlbeteiligung. Vor allem junge und gebildete Menschen sowie diejenigen, die sich von einem Beitritt wirtschaftliche Profite und neue Zugangsmöglichkeiten zum internationalen Arbeitsmarkt erhofften, gaben ihr „Ja“ zum Beitritt. Genau das, was in Polen als Hoffnung lebte, stellte sich in der EU eine Gefahr dar. Wie schon die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg mit den Römischen Verträgen 1957 ein Akt der Integration des „vormaligen Feindes“ (Deutschland) gegen den „neuen Feind“ (Ostblock) war (Rippel/Baier/Boehnke 2007: 9), gab es auch bei der Osterweiterung der EU historisch gewachsene Ressentiments gegen die neuen Beitrittsländer.

Generell lässt sich sagen, dass eine der größten strukturellen Schwächen der EU u. a. darin sichtbar wird, dass ihre Erweiterungen bislang nicht auf „Volkes Willen“ basierten, sondern vorrangig die Interessen der politischen und wirtschaftlichen Eliten verfolgten (ebd., 10). Die Osterweiterung entsprang vorrangig dem taktischen Gedanken, zwischen Russland und der EU keine instabilen Pufferstaaten entstehen zu lassen. Auch die Eindämmung möglicher neuer und in der Erinnerung noch sehr frischer Hegemonialansprüche Russlands stellte ein starkes Motiv für die schnelle Inangriffnahme der Integration europäischer Staaten in die EU dar.

Neben materiellen und wirtschaftlichen Interessen, die im Zentrum der Entscheidung für die Osterweiterung standen, wird in der Rückschau auf die 1990er Jahre deutlich, dass ebenfalls stabilitätspolitische Motive eine Rolle spielten. Politisch-moralische Gründe, wie oft betont wird, waren sekundär. Vielen galt die Erweiterung „nicht als feierlich-symbolischer Akt, sondern [war] das Ergebnis von sich hinziehenden, unübersichtlichen, kleinlichen, harten, wirtschaftlichen Verhandlungen“ (Márkus 2009: 9).

Der Unmut über die nüchterne Erkenntnis ist bis heute auf beiden Seiten erkennbar. Auf der Seite der alten EU-Länder wie Deutschland und Frankreich ist die Angst vor Veränderung vorhandener ökonomischer und politischer Ressourcenverteilung nach wie vor der Auslöser von großen Unsicherheiten, was man u. a. an der seit der Erweiterung

konservativ geführten Arbeitsmarktpolitik²⁵ erkennen kann. In ihrer 2007 erschienenen Studie „Europa auf dem Weg nach rechts? Die EU-Osterweiterung und ihre Folgen für politische Einstellungen in Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik“ machen Rippl, Baier und Boehnke die Ablehnung gegen die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU-Strukturen am Anstieg von rechtsextremen, nationalistischen, fremdenfeindlichen Einstellungen gegenüber den östlichen Nachbarn seit 2004, insbesondere in deutschen Grenzregionen, fest (Rippl/Baier/Boehnke 2007: 17).²⁶ Dass die EU-Osterweiterung kein Selbstläufer in Richtung Integration ist, sondern auch ein „Desintegrationspotenzial“ in sich birgt (ebd.), kann man ebenfalls der polnischen Politik der letzten Jahre ansehen.²⁷

Schon im Beitrittsjahr 2004 und im Wahljahr 2005 war in Polen die Stimmung der EU gegenüber alles andere als euphorisch. Insbesondere der Wahlherbst und der damit einhergehende Macht- und Regierungswechsel verstärkten die Befürchtungen über Polens Gebaren in der EU. Dazu genügte ein Blick ins Wahlprogramm der von den Brüdern Lech i Jarosław Kaczyński geführten siegreichen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ [pl. Prawo i Sprawiedliwość], die vor einer paneuropäischen Identität auf Kosten der Nationalstaaten und der Identität der europäischen Nationen, dem Verfassungsvertrag und einer Negierung der Rolle des Christentums warnte (vgl. Lang 2006: 83). Angesichts der tiefverwurzelten Deutschland-Aversion der Kaczyńskis, „ihrer rhetorischen Europaskepsis und ihres Plädoyers für eine harte Haltung gegenüber Russland“ (ebd.), schienen Dauerkonflikte der neuen Warschauer Regierung mit Brüssel und anderen europäischen Partnern vorprogrammiert. Diese der Mehrheit der polnischen Bevölkerung ungeheure Politik des Zwillingspaars führte zu einer tiefen Spaltung der polnischen Politik und der Gesellschaft in pro-westliche

25 Während Länder wie Großbritannien, Irland, Schweden (2004), Spanien, Portugal, Finnland und Griechenland (2006), Italien, die Niederlande und Luxemburg (2007) ihre Arbeitsmärkte für die Migranten aus den neuen EU-Länder geöffnet haben, machten Deutschland und Österreich von der 2–3–2-Übergangsregelung bis Mai 2011 Gebrauch. Lediglich für Fachkräfte und Absolventen deutscher Universitäten wurden die Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt bereits vor Ablauf dieser Frist vereinfacht.

26 An dieser Stelle sei auf die Wahlplakate der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit der Aufschrift „Polen-Invasion stoppen!“ im September 2009 verwiesen.

27 Weiteres dazu siehe Kap. 5.1.

„Sozial“-Liberales auf der Linken und nationale Traditionalisten auf der Rechten und in Konsequenz zu einer Vertiefung der Euro-Akzeptanz auf der einen und Euro-Skepsis auf der anderen Seite.²⁸ Dieses Nebeneinander von Mitarbeit und Widerstand, von Anpassungsfähigkeit in vielen Bereichen des politischen Tagesgeschehens und Unbeweglichkeit und Kompromisslosigkeit bei etwas heikleren Fragen sorgt immer wieder für Aufsehen und gibt Hinweise darauf, warum sich Polen im Vorfeld des Europa-Referendums aber auch danach immer wieder quer stellte.

Zweifelsohne besteht in Polen in Bezug auf Europa eine ausgeprägte „Marginalisierungsfurcht“ (ebd., 89). Die Angst in Europa v. a. von den Schwergewichten wie Deutschland und Frankreich entweder übergangen oder an den Rand der europäischen Politik und Wirtschaft gedrängt zu werden, wurde durch die EU-Mitgliedschaft keineswegs zerstreut. Bedenken lösen ferner Diskussionen über Kerneuropa und Formen der abgestuften Integration aus. Beobachter in Polen fürchten, dass Polen im Fall eines „Europas der unterschiedlichen Gemeinsamkeiten“ (ebd.) nicht an allen Projekten vertiefter Zusammenarbeit partizipieren kann. Ergänzt wird das alles durch Polens historisch gewachsene Disposition zu sicherheitspolitischem Misstrauen. Insbesondere dann, wenn Konstellationen, sei es in Form der Trilateralen Paris-Berlin-Moskau, sei es durch die Ostsee-Pipeline, entstehen, immer dann werden in Warschau Argwohn und Schutzreflexe ausgelöst. Zudem wird vor dem Hintergrund des polnischen Selbstverständnisses als großes, europäisches Land mit Ambitionen einer Regionalmacht, einem selbstbewussten politischen Auftreten und einer langen Geschichte und Tradition vor „einer naiven Nachahmung westlicher soziokultureller Muster“ und „einem provinziellen Kulturkonformismus“ (ebd.) gewarnt:

„[D]ie Formen der westeuropäischen Wohlstandsgesellschaft mit ihren verschiedenen Lebensstilen und dem dort herrschenden Wertelativismus, die für die bisher vergleichsweise geschlossenen und so-

28 Zu der politischen Zäsur, die das Land in den liberal eingestellten Westen und den konservativen Osten geteilt hat, siehe den Artikel von Janicki/Władyka: Dwie Polski. In: Polityka. Nr. 44/2007.

mit auch konservativen Gesellschaften des Realsozialismus fremd waren“ (Bingen 1992: 73),

stellen für das nationale Selbstbewusstsein und die Definition von polnischer Identität eine Herausforderung dar. Von der national-konservativen Regierung wurde daher konsequent für einen eigenen Weg in Europa geworben, dessen „Leitplanken gesellschaftliche Spezifika“ sowie „die Traditionen eines polnischen Republikanismus“ sein sollten (Lang 2006: 89). Als Ziel der patriotischen Außenpolitik wurde erklärt, Polens nationale Interessen in Europa zu verfolgen: Eine so verstandene Europa-Politik sollte „primär zu wirtschaftlicher Innovation und infrastruktureller Modernisierung, nicht aber zu identitätsgefährdendem gesellschaftlichen Modernismus führen“ (ebd.).

Im Hinblick auf die Gegenwart und Zukunft soll Polen durch eine vorausschauende und aktive Politik in der EU von einer Kultur der Verstocktheit endgültig Abschied nehmen und seine Politik des konstruktiven Engagements ausbauen. Polens Europapolitik steht vor der Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels, der den Verhinderungswillen in den Willen zur Gestaltung und Integration umwandelt.

4.2 Religion. Von Identitätsstifterin zur Rivalin der Politik

Der Katholizismus blickt in Polen auf eine lange Geschichte zurück. Seit der Christianisierung im 10. Jahrhundert musste sich das Land im Osten gegen Länder behaupten, die nicht katholisch, sondern orthodox waren. Nach der Reformation, die für das Land selbst eher eine marginale Erscheinung darstellte, war Polen von protestantischen deutschen Staaten im Westen, Schweden im Norden sowie von der Orthodoxie und dem Islam im Osten und Südosten regelrecht eingekreist. „Dabei ergab sich in Polen eine für das ehemalige Europa ungewöhnliche politisch-konfessionelle Situation. Polen war zwar katholisch, aber zu seinem Machtbereich gehörten riesige Gebiete“ (Holzer 2007: 131), in denen orthodoxe oder protestantische Bevölkerung lebte. Aus Angst vor innerpolitischen Konflikten wurde in Polen der Grundsatz „*cuius regio, eius religio*“ (ebd.) nicht angewandt. So blieb Polen ein religiös stark differenziertes, aber relativ tolerantes Land.

Erst mit der politischen Unterwerfung infolge der polnischen Teilungen²⁹ kam die religiöse Fremdheit sowie die auf die Entnationalisierung und Schwächung der katholischen Kirche gerichtete Politik Preußens und Russlands. Erstaunlicherweise wuchsen dem polnischen Katholizismus durch Repressionen, die sich ebenso gegen nationale Bestrebungen richteten, neue Kräfte zu. Allein die Tatsache, dass die Repressalien nicht nur von einem politisch, sondern auch konfessionell fremden Staatsapparat wie im Fall Russlands oder Preußens ausgingen, verlieh ihnen den Charakter eines Kampfes gegen das „Potentum“ und den Katholizismus zugleich (vgl. ebd., 132). Die Kirche wurde für die polnische Bevölkerung zum einzigen Raum, in dem man nationale Gefühle ausdrücken und um die polnische Kultur kämpfen konnte: „Nationale und religiöse Identität verschmolzen unter ständigem politischem Druck, bei Aufständen und täglicher Verteidigung des polnischen Besitzstandes“ (Grabowska 2006: 191). Vor dem Hintergrund der Teilungen und des Überlebenskampfes trat die semantische Gleichsetzung Pole = Katholik³⁰ hervor.

Nach dem Ersten Weltkrieg nahm der Katholizismus in Polen eine besondere Position ein. In der Verfassung von 1920 wurde er über andere Konfessionen gestellt: „Die römisch-katholische Konfession, welche die Religion der überwiegenden Mehrheit des Volkes darstellt, nimmt im Staat den höchsten Rang unter den gleichberechtigten Konfessionen an“ (Holzer 2007: 132). Dies entsprach dem Orwell'schen Satz „alle sind gleich, doch manche sind gleicher“ (ebd.) und implizierte eine Bevorzugung einer Konfession bei gleichzeitiger Benachteiligung anderer. In den 1920er Jahren wurde das Band zwischen der nationalistischen Bewegung und der katholischen Geistlichkeit immer fester. Dabei übersah man, dass sich der Nationalismus schlecht mit dem katholischen Universalismus vertrug, denn der polnische Nationalismus richtete sich überwiegend gegen Bevölkerungsgruppen, bei denen eine andere Konfession dominierte.

29 Infolge der drei polnischen Teilungen (1772, 1793 und 1795) wurde das Land in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter drei Staaten, dem katholischen Österreich, dem protestantischen Preußen und dem orthodoxen Russland geteilt (Müller 1996: 124f.).

30 Eine derartige Verbindung ist kein rein polnisches Phänomen. Ähnliche Verbindungsformen von nationaler und religiöser Identität gab es auch in Irland, den Niederlanden, Griechenland oder in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien.

Der Zweite Weltkrieg verstärkte die Position der katholischen Kirche in der Gesellschaft und somit das kulturell-religiöse Konstrukt Pole = Katholik zusätzlich. Die Kirche litt mit der Bevölkerung mit: Ihr wurde ihr Eigentum genommen, Priesterseminare wurden geschlossen und die Geistlichkeit wurde dezimiert. Meist jedoch bekämpfte der Nationalsozialismus den Katholizismus nur dort, wo er politisch zu werden versuchte und wo sich Bischöfe, Priester und katholische Intellektuelle für nationale Initiativen einsetzten. Viele von ihnen wurden bereits in der ersten Phase der Okkupation in Konzentrationslager geschickt und verloren dort ihr Leben (vgl. ebd., 134).

Repressionen gegen Gläubige kamen ebenfalls in den von Russland besetzten Gebieten Polens vor, in denen Atheismus propagiert werden sollte. Viele Katholikinnen und Katholiken, die sich zu ihrer Religion bekannten, verloren ihre Arbeit. Nicht wenige Priester und katholische Amtsträger wurden Opfer scharfer Repressionen. Sie endeten im Lager oder wurden deportiert (vgl. ebd., 135). Die Kriegserlebnisse bestärkten die polnische Bevölkerung in ihrer Überzeugung, dass der Katholizismus einen wichtigen Teil ihrer nationalen Identität ausmacht. Die Gleichung Pole = Katholik erlangte in diesem Umfeld rasch eine politische Dimension, zunächst im Kampf gegen die Sowjetunion, später gegen den Kommunismus: Die Kommunistinnen und Kommunisten schreckten nicht davor zurück, zur Unterstützung des polnischen Antisemitismus sich des Stereotyps der „Judenkommune“ zu bemächtigen. Obwohl sich die Kirche selbst vom Antisemitismus nicht distanzierte und vor der jüdischen Bevölkerung warnte, die angeblich dem Verfall der Sitten, der Kultur und der Wirtschaft Vorschub leisteten, verurteilten einige wenige Kirchenväter in Polen die offene Gewalt an der Minderheit.³¹ Trotz all dieser Missstände hob sich Polen durch seine besonders starke Bindung an den Katholizismus von allen anderen Ländern des Ostblocks ab. Katholische Bevölkerungsmehrheiten existierten sonst nur noch in der Tschechoslowakei und in Ungarn. Doch in keinem dieser Länder konnte die Kir-

31 Ausführlicher dazu siehe den Abschnitt zum Antisemitismus im Kap. 5.5.

che für sich beanspruchen, die Rolle einer nationalen Instanz zu spielen (vgl. ebd., 136).³²

Die Anfänge der kommunistischen Herrschaft in Polen waren von einer gewissen Nachgiebigkeit gegenüber der katholischen Kirche gekennzeichnet. Da die Mehrzahl der polnischen Bevölkerung gegen den Kommunismus war und es im Land eine bedeutende sowohl illegale als auch legale Opposition gab, wollte man die Kirche und die katholischen Kreise in der Gesellschaft davon abhalten, „politisch in Aktion zu treten“ (ebd.). Das friedliche Zusammenleben von kommunistischem Staat und katholischer Kirche wechselte sich im Kommunismus mit massiven Repressalien gegen die Kirche und ihre Anhängerinnen und Anhänger ab. Die schärfsten Sanktionen seitens des kommunistischen Regimes wurden 1953 als Antwort auf die allgemeine Weigerung großer Teile der polnischen Gesellschaft, an den Trauerfeierlichkeiten zu Ehren Stalins teilzunehmen, durchgeführt. Per Dekret übernahm die Regierung die Kontrolle über die Besetzung kirchlicher Ämter.³³ Die Situation verschlechterte sich noch einmal in den 1960er Jahren, zum ersten Mal, als die Kirche beschloss, den 1000. Jahrestag der Einführung des Christentums in Polen zu feiern und zum zweiten Mal, als die polnischen Bischöfe einen offenen Brief an ihre deutschen Kollegen richteten, in dem sie zur Teilnahme an den Feierlichkeiten einluden und mit den Worten „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ (ebd., 139) zur Versöhnung zwischen der BRD und Polen aufriefen.³⁴

Die Studentenbewegung 1968 und die antisemitische Stimmung in der kommunistischen Partei Ende der 1960er Jahre, die Tausende von pol-

32 Tschechien hatte in seiner Geschichte die Hussitenkriege erlebt, die Dominanz des Katholizismus konnte nur mit fremder Gewalt wieder hergestellt werden. In der Slowakei hatte sich im Zweiten Weltkrieg die Kirche dadurch kompromittiert, dass sie mit der nationalsozialistischen Diktatur kollaborierte. In Ungarn stellten die Protestanten einen erheblichen Teil der Bevölkerung sowie die politischen und kulturellen Eliten (vgl. Holzer 2007: 136).

33 Dagegen protestierte u. a. der polnische Primas Stefan Wyszyński, der aufgrund seines Widerstandes inhaftiert und später interniert wurde. Während der Krise der kommunistischen Machthaber wurde er 1956 aus der Haft entlassen. Heute gilt Wyszyński als Heldenfigur der katholischen Oppositionsbewegung (vgl. Holzer 2007: 138).

34 Auch wenn der Brief in einem religiösen und moralischen Ton abgefasst war, reagierten die staatlichen Behörden mit hysterischer Treibjagd auf das Episkopat und den Kardinal Wyszyński (vgl. Grabowska 2006: 192, Fußnote 2).

nischen Jüdinnen und Juden dazu zwang, das Land zu verlassen, verschärfte den Konflikt zwischen Kirche und Staat zusätzlich. Die Anhängerinnen und Anhänger des kommunistischen Regimes vermieden es das den Antisemitismus kritisierende Episkopat in direkter Konfrontation anzugreifen und zogen sich aus dem offenen Kampf immer mehr zurück. Die Wahl des Kardinal Wojtyła zum Papst und sein erster Besuch in Polen 1979, an dem Millionen von Menschen teilnahmen, wurde politisch weitestgehend ignoriert. Ein Jahr später, als es zu einer Streikwelle und zur Gründung der Gewerkschaftsbewegung kam, waren religiöse Akzente neben den sozialen und nationalen in den Aktionen der Opposition kaum zu übersehen. In den Büros der *Solidarność* hingen Kruzifixe an den Wänden, in den Industriebetrieben wurden Messen abgehalten, der Klerus diente nicht selten als Vermittler zwischen Staat und Opposition.³⁵ Mit der Einführung des Kriegsrechts im Dezember 1981 wurde die Bedeutung der Kirche noch größer. Die illegale *Solidarność*-Bewegung fand bei der Kirche Unterstützung. Man half Gefangenen und Internierten, bot verfolgten Funktionären Unterschlupf und stellte Räumlichkeiten für Versammlungen und Veranstaltungen zur Verfügung.³⁶ Vor einer Kritik an Gesetzesbrüchen, die sich der Staat zuschulden kommen ließ, scheute das Episkopat in den meisten Fällen zurück (vgl. ebd., 140).

Am Ende der kommunistischen Ära unterstrich man im Allgemeinen die Autorität und Bedeutung der Kirche für das gesellschaftliche Leben in Polen, sah jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit einer Trennung von Kirche und Staat:

35 Bekannt ist z. B. die Unterstützung, die Lech Wałęsa als Oppositionsführer von der Kirche erhielt. Diese war teilweise der persönlichen Sympathien zu verdanken. Wałęsa galt als ein „echter“, gut katholischer Pole. Er war Industriearbeiter der ersten Generation, vom Lande und vom einfachen bäuerlichen Volksglauben geprägt. Die Madonna von Tschenschochau [pl. Częstochowa, der bekannteste polnische Pilgerfahrtort; M.G.] trug er stets am Revers. Dieses Bild korrespondierte mit Erwartungen, welche die volkstümliche Kirche an Menschen in Polen stellte. Wertepluralistische und offene Persönlichkeiten wie der erste Premierminister Tadeusz Mazowiecki wurden geduldet, gar bewundert, aber nicht weiter unterstützt (vgl. Bingen 1992: 63).

36 Diese Hilfswelle unterbrach jedoch die Ermordung von Jerzy Popiełuszko durch den Staatsapparat, der ein scharfer Kritiker des Systems und Seelsorger der *Solidarność* war (vgl. Holzer 2007: 140f.). Durch seinen brutalen Tod wurde Popiełuszko zu einer wichtigen Symbolfigur des Kampfs gegen den Kommunismus.

„Der polnische Katholizismus verzichtete nicht darauf politisch eine Rolle zu spielen, rechtfertigte sich jedoch damit, dass es ein diktatorisches Regime gegeben habe und es notwendig gewesen sei, nicht nur die Religion, sondern auch die ethischen Grundlagen der Gesellschaft zu verteidigen – eine solche Haltung wurde überall in Europa postuliert, als Reaktion auf die negativen Erfahrungen mit Nationalsozialismus und Faschismus.“ (ebd., 141)

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus änderte sich die Lage des polnischen Katholizismus beinahe schlagartig. Die Funktion der Kirche als „Sachwalterin der Gesellschaft“ (ebd., 142) schwand von einem Tag auf den anderen. Vor diesem Hintergrund geriet sie immer mehr in Versuchung sich in die Angelegenheiten der Politik einzumischen, bestimmte Politiker und Parteien zu unterstützen und andere öffentlich zu kritisieren. Die Kirche protestierte beispielsweise nicht, als 1991 eine rechtsgerichtete Gruppierung unter dem Namen „Katholische Wahlaktion“ [pl. Wyborcza Akcja Katolicka] zur Wahl antrat. Das erweckte den Eindruck, dass religiöse Inhalte und nationalistische Slogans Hand in Hand gingen und das alte Stereotyp Pole = Katholik wieder aufgefrischt wurde. Erst der Wahlerfolg der postkommunistischen Linken 1993 alarmierte die Kirche, sich aus den gesellschaftspolitischen Zusammenhängen zurückzuziehen.

So entschieden die Kirche bei ethischen Fragestellungen an die Öffentlichkeit trat, so z. B., als es um die Frage des Abtreibungsverbots und die Ratifizierung des 1993 unterzeichneten Konkordats³⁷ ging, so konsequent vermied sie in den Folgejahren zu politischen Themen Stellung zu nehmen. Gleichzeitig bot gerade dieser partielle Rückzug der Kirche aus der politischen Offensive ein Betätigungsfeld für solche katholischen Gruppierungen, die nicht nur nationalistisch, sondern auch noch antisemitisch waren und fundamentalistische Akzente setzten. Zum wichtigsten Medium dieser ideologischen Spielart avancierte der Sender „Radio Maryja“, der 1991 von dem Pater des Redemptoristen-Ordens Tadeusz Rydzyk gegründet wurde. Der Sender setzte schnell den Anfang für die Entstehung eines ganzen Medien-Imperiums: des Fernsehsenders „TV Trwam“, einer Tageszeitung und einer

37 Das Konkordat garantierte eine völlige Unabhängigkeit der Kirche vom Staat und den Religionsunterricht an Schulen. Weiteres dazu siehe Tatur 1994.

Hochschule für Journalisten (vgl. ebd., 143) Mit seiner Mischung aus volkstümlichem Katholizismus und politischem Fundamentalismus nahmen Rydzyks Ansichten insbesondere Einfluß auf das Denken der Menschen auf dem Land und in den Kleinstädten.³⁸

Der Sender „Radio Maryja“ trat vehement gegen den Beitritt Polens zur EU ein, in deren Strukturen die Verantwortlichen des Senders eine Gefahr für den polnischen Katholizismus witterten. Ferner unterstützte er die katholisch-radikale Partei „Liga der polnischen Familien“ [pl. Liga Polskich Rodzin], die der europäischen Integration ebenfalls ablehnend gegenüber stand. Im Wahlkampf 2005 gesellte sich der Sender an die Seite der national-konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ [pl. Prawo i Sprawiedliwość]. Er beteiligte sich sogar am Wahlkampf und wurde nach dem Sieg der Partei quasi zum offiziellen Organ der Regierungspropaganda.

Abschließend kann diagnostiziert werden, dass der heutige Katholizismus in Polen nach wie vor stark von Traditionalismus und Volkstümlichkeit geprägt ist. Eine wichtige Ursache dafür liegt in der Zusammensetzung der polnischen Geistlichkeit: Sie rekrutiert sich hauptsächlich aus dem ländlichen und kleinstädtischen Umfeld. Trotz der fortschreitenden Säkularisierung des Landes – davon zeugen u. a. die zurückgehenden Kirchengängerzahlen, die immer später geschlossenen Ehen, die steigenden Scheidungsraten und die seit 20 Jahren fallenden Bevölkerungszahlen – gilt Polen nach wie vor als eines der religiösesten Länder Europas. Nicht ganz unbegründet: Abgesehen von den relativ kleinen konfessionellen Minderheiten, die sich häufig mit den nationalen Minderheiten decken (orthodoxe Bevölkerung weißrussischer und ukrainischer Herkunft), bekennt sich der Großteil der polnischen Bevölkerung zum Katholizismus. Trotz Modernisierung und Globalisierung gibt es wenig Anhaltspunkte für eine rasche Laizierung des polnischen Lebens.³⁹ Die hohe Religiosität beeinflusst nach Grabow-

38 Mehr zum umstrittenen Sender siehe u. a. Lesser: Radio Rassenhass bleibt auf Sendung. In: TAZ vom 24. Juli 2007 sowie Łazarewicz: Dzieła zebrane ojca Rydzyka. In: Polityka. Nr. 32/2009.

39 Eine neue Diskussion um die Bedeutung und Macht der Kirche und ihrer Symbole in Polen entfachte sich 2010, nachdem 96 Personen bei einem Flugzeugabsturz auf dem Weg nach Russland am 10. April verunglückt waren – darunter der polnische Präsident Jarosław Kaczyński mit seiner Frau. Nach der umstrittenen Beisetzung des Präsidentenpaares auf dem

ska nach wie vor bedeutend „die individuelle Moral, soziale Werte und gesellschaftliches Engagement“ (Grabowska 2006: 191).

Die Evidenz des Katholizismus ist im Alltag kaum zu leugnen. Das verdankt er v. a. seinem stark zeremoniellen Charakter, der durch den stark ausgeprägten Marienkult in vielen polnischen Orten und an vielen Straßen in Form von kleinen, liebevoll geschmückten Altären hervorsteht. Ein anderer Charakterzug des polnischen Katholizismus besteht auch darin, dass er sich seit Jahrhunderten als „belagerte Festung“ (Holzer 2007: 144), als letzte Bastion von Moral und Anstand, versteht. Dabei wird oftmals auch das messianistische Element betont, das sich auf der Theologie bzw. Philosophie vom kollektiven Opfer (hier: vom auserwählten polnischen Volk) bezieht (vgl. Woźniakowski 1996: 103). Das Stereotyp Pole = Katholik mag zu Beginn des 21. Jahrhunderts – wie Holzer schreibt – „anachronistisch erscheinen“ (Holzer 2007: 145) – doch es ist in der polnischen Gesellschaft nach wie vor tief verwurzelt.

4.3 Kultur. Zwischen altem und neuem Europa⁴⁰

Daran, dass die polnische Kultur über Jahrhunderte ein Teil des europäischen Kulturerbes war, besteht kein Zweifel. Dies kann man auf

Wawel, die bislang polnischen Königinnen und Königen sowie Nationalheldinnen und Nationalhelden vorenthalten war, spielte sich auf dem Vorplatz des Präsidentenpalastes in Warschau ein merkwürdiges Spektakel ab: Ein monatelanges Gedränge zwischen tiefgläubigen Katholiken, die dem verstorbenen Präsidenten ein Denkmal in Form eines riesigen Holzkreuzes setzen und den Demonstranten, die das Kreuz von dem öffentlichen Platz entfernen wollten. Am 16. September 2010 wurde das Kreuz vor dem Präsidentenpalast in die Palastkapelle gebracht. Zukünftig soll es in einer Warschauer Kirche stehen. Treffend wurde der Streit ums Kreuz im deutsch-polnischen Magazin „Dialog“ beschrieben: „Der Kampf um das Kreuz wurde zum Kampf um die Akzeptanz des Kultes um den Nationalhelden Lech Kaczyński, und dadurch der Versuch, die Akzeptanz dieses Bildes von der Nation, das die national-katholische Ideologie in ihrer sich gerade herausbildenden Form trägt, zu erzwingen. Die Konstruktion eines Heldenkults ist nur der Träger vieler Bedeutungen. Sie betreffen erstens den Inhalt des Nationalbewusstseins, zweitens eine stärker operationalisierte Art, das nationale Interesse zu definieren; drittens den Ort und die Funktion von Religion und katholischer Kirche in der Politik und im Agieren des Staates.“ (Krzemiński: Masse, Zivilgesellschaft und Nationalkirche. Der polnische Streit um Symbole und nationale Identität des Jahres 2010. In: Dialog. Nr. 39/2010). Mehr dazu siehe auch Bota: Krieg ums Kreuz. In: Die Zeit. Nr. 33/2010.

40 Der Begriff Kultur bezeichnet im Folgenden die Gesamtheit aller Kulturgüter des polnischen Staates im Sinne eines Kulturerbes.

den ersten Blick an der Architektur der meisten polnischen Großstädte erkennen; die Einflüsse der Gotik und der italienischen Renaissance sowie des Barock und Klassizismus sind allgegenwärtig. Wie überall im westlichen und mittleren Teil Europas war auch in Polen das Lateinische lange Zeit die Sprache der Kultur. Im 18. Jahrhundert wurde es insbesondere im Bildungsbürgertum durch das Französische ersetzt (vgl. ebd., 147f.).

Geschichtlich gesehen wurde die polnische Alltagskultur in ihrer volkstümlichen und zeremoniellen Ausprägung v. a. stark durch den Katholizismus beeinflusst. Der Geschmack bildete sich oft an der Architektur der Kirchen, ihrer überbordenden Ausstattung mit Skulpturen und Malereien. Außerhalb der religiösen Sphäre der Kultur existierte noch die weltliche Folklore: mündlich überlieferte Legenden und Märchen, Gesänge, Tänze und Lieder sowie Festtagstrachten. Weder im religiösen noch weltlichen Leben unterschied sich die polnische Literatur, Musik und Kultur sowie die Alltagskultur sonderlich von der anderer europäischer Länder, insbesondere der katholischen.

Ein gewisser Wendepunkt im Verhältnis der polnischen und europäischen Kultur erfolgte im 19. Jahrhundert mit dem Einbruch der Romantik. Der polnische Staat verschwand zwar von der politischen Karte Europas, aber es blieben die polnische Sprache, die polnische Literatur und die polnische Kultur. Mit der sog. großen Emigration stieg ihre Präsenz in Europa. Bekannt sind die Namen des Pianisten Frédéric Chopin oder des Dichters Adam Mickiewicz. Der erste Pole, der nach ihnen wieder ins Zentrum des europäischen Kulturmarkts trat, war Henryk Sienkiewicz an der Wende vom 19. ins 20. Jahrhundert. 1905 erhielt er den Nobelpreis für Literatur, für ein Werk „in der Sprache eines Landes, das nicht existierte“ (ebd., 149).⁴¹ Das Thema Heimat spielte nach wie vor eine wichtige Rolle im Schaffen der polnischen Autoren, auch wenn sie sich ihm auf verschiedene Art und Weise näherten. Das wichtigste Merkmal der Kultur im Polen des 19. Jahrhunderts war zweifelsohne ihre politische Funktion. Für ein nationales Kollektiv, das staatenlos geworden war, hatte die Kultur die

41 Es handelte sich um den Roman Sienkiewiczs „Quo Vadis“ (1896), eine Liebesgeschichte, die im antiken Rom spielt.

Bedeutung eines Bindemittels. Sie bildete eine unverzichtbare kollektive Identitätsgrundlage. Insbesondere im 19. Jahrhundert, der Zeit der Teilungen, sollte die Eigenheit der Kultur einen „Schutzwall gegen die Germanisierung und Russifizierung“ (ebd., 153) bilden. Hätte sich die Bevölkerung nicht mit der polnischen Kultur und Sprache identifiziert, wäre dies womöglich als Bestätigung dafür gesehen worden, dass die polnische Sprache nur noch „ein regionaler Dialekt“ (ebd.) ist.

Die Wiederentstehung des polnischen Staates im Jahre 1918 und seine 20 Jahre währende Unabhängigkeit zwischen den beiden Weltkriegen verbesserten die Bedingungen für die kulturelle Entwicklung Polens zwar sehr, indem vom Staat unterstützte Kultureinrichtungen entstanden, der kulturelle Austausch verlief aber weiterhin hauptsächlich in Richtung Westen: Polnische Künstler pilgerten in den 1920 Jahren hauptsächlich nach Frankreich als einem Zentrum neuester ästhetischer Entwicklungen und Trends.

Der Zweite Weltkrieg bedeutete sowohl für die polnische wie für die europäische Kultur eine Katastrophe. In allen Ländern stellte er nicht nur das grundlegende Wertesystem in Frage, sondern hatte auch konkrete und messbare Zerstörungen bedeutender Kulturgüter zur Folge. In Polen geschah beides in einer außergewöhnlich größeren Dimension. Nirgends wurden Kulturgüter in solchem Ausmaß geraubt wie das in Polen der Fall war. Auch wurde mit Künstlern, Wissenschaftlern und den intellektuellen Eliten nirgends so gründlich abgerechnet wie in Polen (vgl. ebd., 155f.). Zwei Faktoren spielten bei der Vernichtung der polnischen Nationalkultur eine Rolle: Der erste ist mit der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung verbunden, die neben den polnischen Intellektuellen einen erheblichen Teil des Bildungsbürgertums in Polen ausmachte. Der zweite Faktor betraf die deutsche und sowjetische Politik gegenüber dem polnischen Staat im Allgemeinen. Beide Mächte hatten sich nach der Besetzung des Landes 1939 entschlossen, v. a. die intellektuellen Eliten und somit alle Identitätsgrundlagen in Form von Literatur, Musik und Kunst zu vernichten (vgl. ebd., 156).

Die polnische Kultur ging aus dem Zweiten Weltkrieg schwer geschädigt hervor. Es ist schwer zu beurteilen, ob man es als Vorteil oder als

Nachteil werten soll, dass zahlreiche Kulturvertreter aus Angst vor weiteren Repressionen und Abneigung gegen den Kommunismus nicht mehr aus ihren Exilländern nach Polen zurückgekehrt sind. Anfänglich verhielt sich das kommunistische Regime recht tolerant gegenüber den Kulturschaffenden. Zwar litten sie auch unter Verfolgungen, aber nur dann, wenn sie sich oppositionell engagierten. Die Zensur beschäftigte sich hauptsächlich damit, Äußerungen, die sich gegen die Sowjetunion und gegen die Kommunisten richteten, zu unterbinden (vgl. ebd., 157). Die neuen Machthaber eröffneten Hochschulen und hatten zunächst nichts dagegen einzuwenden, dass dort Professoren aus der Vorkriegszeit oder jüngere, schnell beförderte Wissenschaftler eine Anstellung fanden. Kunst und Wissenschaft fanden also vielfältige Bestätigungsmöglichkeiten. Es konnten herausragende literarische Werke, eine Schule des polnischen Films unter Andrzej Wajda, Musik und bildende Kunst entstehen (vgl. ebd., 159). Ähnliches war in der Forschung zu beobachten, wobei es bei den Geisteswissenschaften durchaus politisch „verminte“ Themen gab, deren man sich nicht annehmen durfte, wenn man im universitären Kontext als Studentin und Student oder Wissenschaftlerin und Wissenschaftler in tätig bleiben wollte.

Einen wichtigen Einschnitt in der polnischen Kulturgeschichte stellte die zweite Hälfte der 1960er Jahre dar. Das Jahr 1968 gilt als regelrechter „Exodus polnischer Kultur und Wissenschaft“ (ebd., 160). Aufgrund nationalistischen und antisemitischen Ressentiments, die sich gegen Intellektuelle jüdischer Herkunft richteten, wanderten nicht nur jüdische, sondern auch polnische Künstlerinnen und Künstler aus. So verließen beispielsweise der Philosoph Leszek Kołakowski und der Schriftsteller Stanisław Mrożek das Land (vgl. ebd.). Neue Freiheiten eröffneten sich erst in den 1970er Jahren mit der Herausbildung des sog. zweiten Umlaufs, eines illegales Publikationswesens (vgl. ebd., 161). Zu Beginn der 1980er Jahre entfiel die Zensur fast vollständig. Später konnten inoffizielle Kulturveranstaltungen, teilweise unter dem Patronat der Kirche, organisiert werden. Neue Impulse für das kulturelle Schaffen kamen nicht zuletzt aus der Gewerkschaftsbewegung *Solidarność*. Die kulturellen Prozesse zwischen 1976 und 1989 schufen nicht nur Voraussetzungen für die allmähliche Veränderung der von den Zensurbehörden überwachten literarischen und künstlerischen

Produktion, der wachsende Widerstand der Produzenten gegen eine als absurd empfundene Kontrolle erwies sich selbst als Träger einer Neuorientierung an ethischen Werten, die Ende der 1970er Jahre einsetzte. In den letzten Jahrzehnten des Kommunismus war die polnische Literatur thematisch stark mit der Politik verbunden (vgl. ebd., 161f.). Aber ebenfalls in anderen Ländern Europas konnte man besonders nach den Studentenunruhen 1968 eine Politisierung des kulturellen Lebens in der Literatur, im Theater und Film beobachten.

Eine nächste bedeutende Zäsur für das polnische Kulturleben stellte das Jahr 1989 dar.⁴² Mit dem Ende des kommunistischen Regimes ging eine mehr als vier Jahrzehnte dauernde Ära der zensierten Meinungsbildung im offiziellen Kulturbetrieb zu Ende. Und diese Befreiung der Kultur hatte schwerwiegende Konsequenzen. Die nach der Wende entstandene polnische Republik konnte den Kulturschaffenden keineswegs bessere materielle Voraussetzungen für ihre Tätigkeit bieten:

„Der katastrophale Zustand der meisten Bereiche von Wirtschaft, Industrie und Dienstleistung und die damit verbundene Pauperisierung des Kultursektors führten [...] zu einem starken Rückgang der produzierten Bücher und Spielfilme wie auch der inszenierten Theaterstücke“ (Schlott 1999: 20).

Parallel zur erheblichen Einschränkung der literarischen und künstlerischen Produktion in den staatlichen Organisationen wurde der polnische Büchermarkt nach der raschen Entstehung der privaten Verlagsagenturen mit einer Flut von Trivilliteratur überschwemmt. Eine ähnliche Entwicklung führte in den Kinos zum Verdrängen polnischer Produktionen. Die meist aus den USA stammenden Produkte sollten einen Nachholbedarf an aufgereizten Phantasien und den zu Zeiten des Kommunismus nicht gesättigten Hunger nach Trivialsensationen einer fast 40 Mio. Bürgerinnen und Bürger zählenden Bevölkerung befriedigen. Die polnische Kulturlandschaft weist heute eindeutige Merkmale der Globalisierung und einer fortschreitenden Trivialisie-

42 Kurczewska spricht in diesem Zusammenhang von „Konversion“, einem radikalen, epochalen Wandel, der erstens den „Wandel der Identität“, zweitens die „schöpferische Transformation des individuellen Bewusstseins“ und drittens den „Wandel des Kulturuniversums“ (Kurczewska 1999: 116) umfasst.

rung auf. Man kann sagen, dass die Globalisierung in der Kulturindustrie über die Grenzen Europas weit hinausgeht und somit „mehr Amerikanisierung als Europäisierung“ (Holzer 2007: 162) bedeutet. Das Ergebnis ist eine Homogenisierung der Kultur mit Hilfe zweier Mittel: der englischen Sprache und elektronischen Medien (vgl. ebd.). In den Geisteswissenschaften gewinnt oft der Relativismus an Stärke. Intellektuelle Debatten und Reflexionen stagnieren. Es zeigt sich eine geringe Bereitschaft unbequeme Themen wie der Antisemitismus oder der Umgang mit sexuellen Minderheiten aufzugreifen und zu diskutieren.

Vor diesem Hintergrund findet auf vielen Ebenen gleichzeitig ein spannender Wandel von Jugendkulturen statt. In erster Linie betrifft er den Lebensstil und die Werteordnung. Im Lebensstil von Jugendlichen kann zunehmend ein Prozess der Entkoppelung von Autoritäten und etablierten Rollen festgestellt werden. Die allgegenwärtige Individualisierung, Relativierung und Liberalisierung steht in starker Opposition zu den meist traditionellen und konservativen Werten der älteren Generation. Auf diesen radikalen Wertewandel und die ihm folgende Orientierungslosigkeit, in der Tomasi ein typisches Phänomen von gesellschaftlichen Übergangsperioden sieht (vgl. Tomasi 1999: 244), lassen sich zum Teil zunehmende Ausbrüche von jugendlicher Gewalt zurückführen. Individuen wie Gruppen befinden sich in einem permanenten Status einer verschwommenen, flexiblen, kaleidoskopischen Identität, die auf der einen Seite ausschließt und isoliert, auf der anderen Seite anfällig ist für eine Vielzahl von Rollen und Mustern, den sog. „Identitätsmodellen“ (Jasłowska 1999: 251).

Da kulturelle Identität vorerst durch die Wahl, erst dann durch die Anerkennung der Bezugspunkte bestimmt wird, kann sie jederzeit geändert werden. Angesichts eines radikalen, qualitativen Wandels der Bezugspunkte sowie einer immer größer werdenden Schwierigkeit der Selbstbestimmung in einer komplexen und sich verändernden Welt können Identitätskrisen entstehen. In der gegenwärtig stattfindenden Revision der Identitäten in Polen spielt die Massenkultur eine wichtige Rolle. Die Idole der Massenkultur, befördert durch verschiedene Stile und Moden, neue Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit, zufällige und widersprüchliche Rollen konstruieren ein neues, für

die postkommunistischen Länder signifikantes Identitätsmodell, die sog. „Konsumidentität“ (ebd.)

4.4 Schlussfolgerungen für die internationale Austauschpädagogik

Durch Ursprungsmythen sowie ein spezifisches Symbolsystem bestehend aus gemeinsamer Sprache, Kultur, Religion und Tradition soll dem Individuum eine nationale und kulturelle Zugehörigkeit suggeriert werden. Es wird verlangt, sich mit einem bestimmten Geschichtsbild zu identifizieren und seine Haltung an jene des Kollektivs anzupassen. Für die Selbstverortung des Einzelnen jenseits der aufgezeigten „Identitätsmodelle“ (Jasłowska 1999: 251) wie Pole-Katholik und Pole-Patriot bleibt wenig Raum. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass „die Zahl der Menschen, deren Erfahrungen und Gefühle, deren Lebenswirklichkeit im offensichtlichen Widerspruch mit der Dichotomie vorherrschender von außen angelegten Zuordnungen steht“ (Winkelmann 2004: 27), permanent wächst:

„Für zunehmend mehr Menschen wird die subjektiv relevante Verbundenheit mit mehr als einem sozial-symbolischen Raum, der eine geographische Referenz hat, zu einem alltäglichen Gesichtspunkt ihrer Lebensrealität und ihres Selbstverständnisses.“ (Mecheril 2000: 231, zit. nach Winkelmann 2004: 27)

Im Kontext der internationalen Jugendarbeit im Zeitalter von Globalisierung, Migration und Modernisierung muss davon ausgegangen werden, dass sich verschiedene Gruppen durch die unterschiedlichsten Formen „kontextueller Mehrfachverbundenheit“ (ebd.) charakterisieren. Im Fall Polens, das sich in den letzten Jahren von einem Europa-Skeptiker zu einem überzeugten Verfechter der europäischen Politik entwickelt hat, gehören Mehrfachzugehörigkeiten, insbesondere unter jungen Menschen, der Normalität an:

„Die häufigen Reisen, die Arbeitsaufnahme im Ausland, die Freundschaft oder Partnerschaft zwischen Menschen unterschiedlicher (nationaler und kultureller Herkunft), die Migration, die Re-Migration oder das Aufwachsen in einer von der elterlichen Herkunft differenten Lebenswelt“ (ebd.).

gehen mit pluralen Zugehörigkeitserfahrungen und -gefühlen einher. Auch in der Praxis der internationalen Jugendarbeit kann angesichts

der beschriebenen Veränderungen und Anforderungen von einem geschlossenen und stabilen Identitätsverständnis kaum die Rede sein. Statt einer homogenen kollektiven Identität muss bei Jugendlichen vielmehr von im Prozess befindlichen Teilidentitäten bzw. von miteinander konkurrierenden, flexiblen Selbstzuschreibungen ausgegangen werden, die nicht vorgegeben werden können, sondern vielfältig und subjektiv wählbar sind. Die pädagogische Aufgabe lautet in diesem Zusammenhang einerseits, auf die Konstruiertheit der im Rahmen einfacher Ordnungsschemata vorgegebenen Zugehörigkeiten hinzuweisen und andererseits

„Offenheit in bezug auf das eigene Selbstkonzept zu fördern und eine offene und wertschätzende Haltung gegenüber anderen Individuen und dessen Lebensentwurf als different von dem Eigenen anzuerkennen, ohne jedoch zwangsläufig auf den Maßstab des Eigenen zurückzugreifen“ (Hartmann 2002: 272, zit. nach Winkelmann 2004: 90).

5 Identitätspolitiken

Im Folgenden sollen Identitätspolitiken vorgestellt werden. Die Pluralform des gewählten Terminus impliziert, dass es nicht die eine (richtige) Art und Weise der Identitätsbetrachtung und -auslegung gibt, sondern dass die Auseinandersetzung mit kollektiver Identität wie sie selbst stets einen dynamischen, offenen, flexiblen Prozess darstellt, der wohl nie abgeschlossen werden kann. Mit dem Begriff Politiken sind also diverse Arten und Wege des Umgangs und der Stellungnahme gegenüber kollektiver nationaler Identität gemeint, die kulturalisiert wie politisiert in aktuelle gesellschaftspolitische Debatten, Phänomene oder Ideologien Eingang finden. Die Umgangspolitiken wurden subjektiv gewählt und sollen lediglich als Exempel einer besseren Veranschaulichung dienen.

Sie sind nicht als separate Phänomene zu betrachten, sondern als an vielen Stellen miteinander verbunden und sich gegenseitig konstituierend anzusehen. Aus diesem Grund ist die gewählte Reihenfolge, vom Populismus über den Nationalismus, Ethnozentrismus und Rassismus sowie Umgang mit Minderheiten bis zum Antisemitismus und Sexismus nicht wertend, sondern dient lediglich einer besseren Strukturierung des folgenden Abschnitts. Dort, wo zur Erläuterung der Spezifik eines Phänomens in der Gegenwart eine sozialgeschichtliche oder soziopolitische Grundlage notwendig ist, wird eine solche Kontextualisierung vorgenommen.

5.1 Populismus

Mit dem Begriff Populismus, der etymologisch auf das lateinische „populus“ also „Volk“ zurückgeht, wird die um eine Volks- oder Bürgernähe bemühte Politik bezeichnet, die Unzufriedenheit, Ängste und aktuelle Konflikte für ihre Ziele und Interessen instrumentalisiert (vgl. Reinhold 1997: 500). Kennzeichnend für den Populismus ist die Proklamation politisch relevanter Inhalte, existentieller Befindlichkeiten oder „Wahrheiten“ meist nationaler, moralischer oder ökonomi-

scher Art, wobei unterstellt wird, dass sie – wie alle Mythen – im Bewusstsein eines Kollektivs bereits vorliegen und daher keiner weiteren rationalen Erörterung und Begründung bedürfen. Nationale Mythen können somit als gegeben, natürlich, statisch, unveränderbar, nicht weiter auslegbar oder gar hinterfragbar gelten. Zielgruppe des Populismus sind in der Regel soziale Schichten und gesellschaftliche Gruppen, die sich durch die bestehende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Ordnung oder ihre Entwicklung benachteiligt sehen (vgl. ebd.). Als Ursache des Populismus können komplexe gesellschaftliche Problemlagen angeführt werden (vgl. ebd.), wobei, wie die Arbeit am Beispiel Polens zeigen wird, häufig ein akutes Modernisierungsproblem als Hauptgrund für populistische Strömungen gilt. Alle auf der kulturellen, sozialen und ökonomischen Ebene entstehenden und bestehenden Bedrohungsängste, Entwurzelungserfahrungen und Unsicherheiten werden auf ein ins Visier genommenes und als besonders prekär empfundenen Problem zurückgeführt (vgl. ebd.).

Die Karriere des Populismus in Polen beginnt 2005. Bereits ein Jahr nach dem Beitritt Polens zur EU übernehmen im Land antieuropäische und nationalistische Parteien die Regierung. Kaum an der Macht angelangt, werden von Seiten der neuen Koalition aus der regierenden national-konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ [pl. Prawo i Sprawiedliwość], der katholisch-radikalen „Liga der polnischen Familien“ [pl. Liga Polskich Rodzin]¹ und der rechtspopulistischen „Selbstverteidigung“ [pl. Samoobrona] Ressentiments gegen Andersdenkende laut (vgl. Bachmann 2006: 14). Präsident wird ein Mann, der „alte Feinde“, d. h. Deutsche, Russen und diejenigen, die ihnen in Polen angeblick „in die Hände arbeiten“ (ebd., 25), zu neuen Feinden

1 Verblüffend ist, dass bei den Wahlen 2005 mit der „Liga der polnischen Familien“ ehemalige Mitglieder der rechtsextremen Organisation „Allpolnische Jugend“ [pl. Młodzież Wszechpolska] in die polnische Regierung Eingang gefunden haben. Beide, sowohl die „Liga“ als auch die „Allpolnische Jugend“ huldigen der nationalistischen Tradition der Zwischenkriegszeit in ihrer Kombination aus antisemitischen, antideutschen und klerikalen Ideen und wenden sich gegen alle, die nicht dem Parteibild entsprechen. Nach den ersten Misserfolgen der Koalitionsregierung aus „Recht und Gerechtigkeit“, „Liga der polnischen Familien“ und „Samoobrona“ und wegen gesellschaftlicher Unruhen wurden bereits 2007 vorgezogene Parlamentswahlen durchgeführt. Die Liga erhielt nur 1,3% der Wahlstimmen (2005 erzielte sie noch knapp 8%) und scheiterte an der 5%-Klausel des polnischen Parlaments [pl. Sejm]. Sie ist somit in der jetzigen Legislaturperiode nicht im Parlament vertreten.

erklärt. Nach Anzeichen für verdächtige, gar verschwörerische Elemente [pl. „układ“]² werden sowohl im Ausland wie im Inland gesucht (vgl. Loew 2006: 36ff.).³

Besonders auffällig ist für die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ von Anfang an ihre skeptische Haltung gegenüber Europa und ihren Strukturen sprich dem Westen im Generellen sowie dem Osten in Gestalt Russlands. Überhaupt ist es ein wichtiges Merkmal von populistischen Parteien, dass zunächst das archetypische Bild der kollektiven Bedrohung, im Fall Polens entweder des westlichen oder des östlichen Nachbarn, aktiviert wird, um im nächsten Schritt mit der parteieigenen Politik – meist einem Versprechen auf Sicherheit, sei es durch die Verschärfung der Strafgesetze oder durch den Kampf gegen die Korruption – programmatisch wieder besiegt zu werden.

Die Definition der Fremdgruppe, die ausgegrenzt werden soll, schließt für Polens populistische Parteien in erster Linie die Nachbarstaaten ein, aber auch Mitglieder des eigenen politischen Establishment. Da das Verständnis des Fremden im Populismus äußerst flexibel und pragmatisch ist, werden zur Konstruktion neuer Feindbilder immer wieder neue Polarisierungen, Provokationen und Grenzen aufgetan (vgl. Bachmann 2006: 26 und Loew 2006: 36f.). Die Politisierung kultureller Unterschiede gilt als „universelles Patentrezept, das immer geeignet ist, Stimmungen zu entfachen, die sich in Stimmen oder Zustimmung“ (Meyer 2002: 37f.) für politische Kräfte ummünzen lassen, die zu dem, was Politik eigentlich zu leisten hat, wenig beitragen können:

„Frisiert man [...] zugeschriebene Unterschiede, die im Alltagsleben der Menschen kaum je als Gegensätze erfahren werden, jedenfalls nicht

-
- 2 „Verschwörungstheorien entstehen meist vor dem Hintergrund nationaler, nicht selten militärischer Niederlagen. Die Suche nach dem Sündenbock wird zur Hexenjagd“, schreibt Krzemiński im Artikel „Z układem przez wieki“. In: Polityka. Nr. 33/2011.
 - 3 Bereits 2004 erklärte Jarosław Kaczyński als Abgeordneter vor dem polnischen Parlament: „In Polen gab und gibt es – und das muss man deutlich sagen – eine richtige Front zur Verteidigung deutscher Interessen. Man muss sich auch klar sagen, dass diese Front einerseits aus den Aktiva der deutschen Geheimdienste besteht, auch solchen, die von der Stasi übernommen wurden. Das ist eine große Gruppe von Leuten, die vom deutschen Geld leben, und die so tun, als wären sie unabhängige Gelehrte und Publizisten.“ (Protokoll der 82. Sitzung des Sejm der 4. Sitzungsperiode vom 25.8.2004). Die Fortsetzung der Rede siehe <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf/5c30b337b5bc240ec125746d0030d0fc/a9e04e04e00c00c7c12574790032c144?OpenDocument>.

zwangsläufig erfahren werden müssen, mit den Mitteln symbolischer Politikinszenierung, gesteuerter Kampagnen oder gewalttätiger Provokationen zu Fragen von Leben und Tod, Würde oder Erniedrigung, Lebensglück oder Entfremdung, sozialer Sicherheit oder Gefährdung um, lassen sich hochfliegende Hoffnungen wecken, vermeintliche Hindernisse markieren und Emotionen entfachen wie bei keinem wirklich politischen Thema. Diffuse politische Loyalitäten werden mittels kultureller Ausgrenzungsstrategien zu Freund-Feind-Gegensätzen zugeordnet. Die wirklichen Herausforderungen und Verantwortlichkeiten verschwinden bei diesem Vorgang wie von selbst aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Das ist für Politik und Politiker auf der ganzen Welt eine mächtige Versuchung. Kulturelle Identitätspolitik, die Verdrängung der Anderen aus ihren Rechten, erscheint in dieser Perspektive als Grundlage des Gemeinwohls der ‚Eigenen‘.“ (ebd.)

Selbstverständlich ist die Instrumentalisierung von Feindbildern kein Novum im politischen Geschehen Europas und sicherlich keine polnische Erfindung. Dennoch erfährt sie in der polnischen Politik eine besondere Bedeutung und Behandlung. Ein wichtiger Grund hierfür sind „die historischen Prägungen“ (Loew 2006: 43) der polnischen Bevölkerung:

„Rund 200 Jahre lang war die Nation [...] unfrei, [...] ausgeradiert, fremdbestimmt. Es war leicht eine Dichotomie ‚wir – die anderen‘ herzustellen, wenn jene, die herrschten keine Polen waren, sondern Preußen, Deutsche, Österreicher, Russen, Nazis, Kommunisten.“ (ebd.)

Jederzeit konnten diese Feindbilder von den politischen Eliten abgerufen, politisch instrumentalisiert werden und dienten auch zur Kategorisierung und Orientierung in der eigenen Gesellschaft (beispielsweise zur Unterscheidung von Oppositionellen, Mitläufern und Veräthern). Aufgrund ihrer Omnipräsenz, Hartnäckigkeit und instrumentellen Verwendung im öffentlichen Diskurs wurden sie zu einem bewussten wie unbewussten Bestandteil des politischen Denkens in Polen (vgl. ebd.). Vor dem Hintergrund der Aufnahme Polens in die NATO und des Beitritts zur EU wurden viele von ihnen wieder aktiviert und konnten quasi als Taktik zur Bestimmung der Öffentlichkeit genutzt werden. In erster Linie appellierten die Feindbilder an das Gefühl der gesellschaftlichen Ungerechtigkeit: Von dem Machtwechsel 1989 und den darauf folgenden Wirtschaftsreformen profitierte v. a. die städtische Bevölkerung, die ihre Qualitäten sowie die neuen Mö-

glichkeiten des Marktes wie Bildung, Zugang zu Mobilität und moderner Kommunikation sowie bestehende Auslandskontakte gezielt einsetzen konnte, während die Landbevölkerung in fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu den Verlierern der Transformation zählte. Zudem kam noch die Enttäuschung über die mangelnde Transparenz oft fragwürdiger politischer Beschlüsse und für die Bevölkerung gravierender wirtschaftlicher Entscheidungen sowie unzählige unaufgeklärte Korruptionsskandale. Es wurde klar,

„dass die liberalen Reformen zwar zu funktionierenden demokratischen Institutionen und einer florierenden Wirtschaft geführt haben, die Mechanismen des politischen Lebens aber nichts mit den Vorstellungen einer transparenten Demokratie zu tun haben. Nepotismus und Klientelismus gibt es weiterhin; Qualifikation und Ehrlichkeit scheinen sich in Politik und staatlich kontrollierter Wirtschaft nicht auszuzahlen. Moralische Argumente finden immer größere Resonanz, da sie die Konstruktion von ‚Guten‘ und ‚Bösen‘ erlauben.“ (ebd., 44)

Die populistischen Parteien haben die wirtschaftliche Spaltung der Gesellschaft zwischen Stadt und Land wie zwischen Ost und West genutzt für ihre Zwecke. Wie die Wahlergebnisse von 2005 zeigen, war die Zustimmung für die Partei der Brüder Kaczyński in den wirtschaftlich schwachen Regionen Polens (östliche und östlich-südliche Woiwodschaften mit der Ausnahme von Warschau) sowie auf dem Land am größten, während der Westen, der Nordwesten sowie der Südwesten den Konkurrenten, der christlich-demokratischen und wirtschaftsliberalen „Bürgerplattform“ [pl. Platforma Obywatelska] oder aber den „Linken und Demokraten“ [pl. Lewica i Demokraci] seine Stimme gab.⁴ Umfragen zufolge hat zudem die „Recht und Gerechtigkeit“ das bereits seit 1989 in der Bevölkerung existente Misstrauen gegen den Staat und seine Institutionen, aber auch gegen Fremde, Minderheiten wie Nachbarn genutzt. Nach der Korruptionsaffäre der postkommunistischen Linken [pl. Sojusz Lewicy Demokratycznej] war es ein leichtes Spiel, die sowohl politisch enttäuschte als auch wirtschaftlich wie gesellschaftlich unsichere Bevölkerung für neue Hoffnung stiftende (demagogische und unrealistische) Versprechungen⁵

4 Vgl. dazu Janicki/Władyska: Dwie Polski. In: Polityka. Nr. 44/2007.

5 Das Spezifische am Populismus ist, dass populistische Parteien selbst nur selten in der Lage sind, die Probleme, die sie zum Thema machen, zu lösen. Die „Front National“ in Frank-

zu begeistern. Dass die populistische Koalition aus „Recht und Gerechtigkeit“ und der „Liga“ nur ein halbes Jahr gehalten hat, ist ein Beweis dafür, dass sie das konstatierte gesellschaftliche Vakuum mit ihren Hetzkampagnen nicht zu füllen vermochte. 2007 wurde sie von der wirtschaftsliberalen Bürgerplattform [pl. Platforma Obywatelska] abgelöst.

5.2 Nationalismus und Traditionalismus

Das Phänomen des Nationalismus in Polen ist so alt wie die Idee des polnischen Nationalstaates. Solange eine Tradition des Föderalismus (die sog. Adelsrepublik 1569–1791) und der bis 1918 nicht existente polnische Vielvölkerstaat, der zu 30% von Minderheiten bewohnt wurde und eine große kulturelle Heterogenität aufwies, bestanden, war der Nationalismus politisch wie gesellschaftlich eine marginale Erscheinung. Er stellte jedenfalls keine organisierte Bewegung dar. Die Situation änderte sich mit der Gründung des polnischen Nationalstaates 1918, der in seinem Bildungsstadium den Nationalismus als ideologischen Hintergrund benötigte und was durch die zunehmende Nationalisierung der politischen Szene wiedergespiegelt wurde.⁶ Durch den Zweiten Weltkrieg wurden die nationalistischen Bestrebungen der Zwischenkriegszeit mehr auf eine ungewisse Zeit aufgehalten als beendet. Nach 1945 entluden sie sich rasch in den von der polnischen national-konservativen Opposition einerseits und von den kommunistischen Kräften andererseits manipulierten antisemitischen Stimmungen. Während der kommunistischen Herrschaft wurde die nationalistische Ideologie immer mehr zur Staatsdoktrin erhoben, laut der die nationale Selbstständigkeit Polens durch einige, „objektive“ kulturelle Züge begründet werden sollte und dass die solche Züge charakterisier-

reich hat das Problem der Integration von Einwanderinnen und Einwanderern ebenso wenig gelöst wie der „Vlamm's Belang“ (ehem. Vlamm's Blok) in Belgien das Problem der Kriminalität in Armenvierteln. Mehr zum Populismus im europäischen Vergleich siehe beispielsweise Bachmann 2006 sowie die Arte-Dokumentation „Die Populisten-Maschine“ von 2007.

- 6 Als Väter des „allpolnischen“ Nationalismus (mit starken antideutschen und antisemitischen Zügen) gilt Roman Dmowski (1864–1939), eine der Hauptfiguren der „National-Demokratischen Partei“ [pl. Endecja] sowie Bolesław Piasecki (1915–1979), der Gründer des „Nationalradikalen Lagers“ [pl. Obóz Narodowo-Radykalny] und Vorsitzender der „Nationalradikalen Bewegung Falange“ [pl. Ruch Narodowo-Radykalny Falanga] (vgl. Encyklopedia Popularna PWN 1991: 179 und 633).

te Bevölkerung ein gegebenes, klar definiertes Territorium bewohnen sollte. Der neue ideologische Entwurf verlangte nach Erfindung neuer Muster politischer Rituale und Symbole, die der Nation kollektiven Ausdruck verleihen. Daneben schuf er Gründungsmythen, welche die Nation mit ihrem Territorium verbanden.

Spätestens mit der Wende 1989 wird der polnische Nationalismus unüberschaubar. Vor dem Hintergrund einer Gegenläufigkeit der stattfindenden gesellschaftspolitischen Prozesse wie dem Willen zur europäischen Integration und politischer Globalisierung auf der einen und dem Wiederaufleben des Nationalismus mit Ethnizität „als Kern nationaler Identität“ (Kempny 1999: 195) auf der anderen Seite wird der Charakter des polnischen Nationalismus als gesellschaftliches Phänomen und politische Ideologie schwer fassbar.⁷ Im öffentlichen Leben treten Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit vermehrt in verschlei-erter Gestalt zutage. Als Tarnung benutzen sie häufig die Begriffe na-

7 Für die post-sozialistischen Länder stellt Kiss drei Typen des Nationalismus fest: den struktur-modernisierenden Nationalismus, den „neuen“ restaurativen Nationalismus des post-sozialistischen Transformation und den romantisch-autopoietischen Nationalismus. Der erste Typus des Nationalismus kam unmittelbar nach dem Ende des Sozialismus als eine Art „Gegenideologie“ und/oder direkte Alternative zum ausgehenden real existierenden Sozialismus auf. Für alle Länder Mittel- und Osteuropas, also auch für Polen, trifft zu, dass sie in ihrem frühen Antikommunismus die Elemente des strukturmodernisierenden Nationalismus durchaus aufgenommen haben. Man denke nur an die Ideen des Prager Frühlings oder im Fall Polens an die Solidarność-Bewegung. Paradox erscheint die Tatsache, dass der Aufstieg der politischen Parteien die Artikulation der nationalistisch geprägten Forderungen sowohl verstärkt als auch abgeschwächt hat. Es entstanden sowohl nationale als auch antinationale Parteien, was zu Folge hatte, dass die ersteren den Weg des struktur-modernisierenden Nationalismus verließen, während letztere ihre Zielsetzungen nicht mehr im antinationalistischen Rahmen formulierten. Der Aufstieg des nicht-demokratischen Nationalismus beschleunigte sich v. a. in der Zeit der Gespräche am „Runden Tisch“. Der zweite Typus des Nationalismus war der „neue“ restaurative Nationalismus der post-sozialistischen Transformation. Seit der ersten Stunde des Systemwechsels verbreitete sich die Auffassung, dass der Untergang des real existierenden Sozialismus von einem neuen Nationalismus begleitet wird. Eine neue auf Vollständigkeit Anspruch erhebende Historiographie einerseits und das in der noch nicht demokratischen Öffentlichkeit verbreitete Bild von einem neuen nationalsozialistischen Gespenst andererseits bestimmten die politische und gesellschaftliche Debatte innerhalb und außerhalb Polens. Der dritte und letzte Typus des Nationalismus war der romantisch-autopoietische Nationalismus. Er entsprang aus den Kreisen der Intelligenz, den politischen Aktionisten und Epigonen des realen Sozialismus. Allen drei Gruppen war gemeinsam, dass sie sich in ihrer besonderen politischen und sozialen Bedeutung für die neu formierende Gesellschaft sahen und durch ihren Einfluss auf das kulturelle und gesellschaftspolitische Leben die weitreichendste Ausstrahlung hatten (vgl. Kiss 1997: 199–205).

tional und patriotisch.⁸ Geschickt appellieren sie einerseits daran, was den Menschen für Jahrzehnte weggenommen wurde, nämlich den Stolz auf einen eigenen Staat,⁹ andererseits heben sie allgemein bekannte traditionelle Werte der Gesellschaft hervor und versuchen über eine starke kulturelle Identifikation mit der katholischen Kirche und den „patriotischen Werten“ die nationale Identität zusätzlich zu stärken. Da in Polen generell etwas ungerne der Politik vertraut wird, wird das Vertrauen um so mehr auf abstrakte, ferne Mächte wie die Kirche oder die Nation gerichtet. Beide sind im öffentlichen Diskurs zwar omnipräsent, haben aber wenig Einfluss auf das konkrete Alltagsleben. Eine große Skepsis wird folglich gegenüber allerlei individualisiertem wie institutionalisiertem Fremden gehegt, was sich in der ablehnenden Haltung gegenüber internationalen Bündnissen wie der NATO oder der EU manifestiert.

Trotz fortschreitender Demokratisierung und Pluralisierung wird ein Teil der polnischen Politikszene und der Öffentlichkeit bis heute von einer Atmosphäre des Revisionismus, einer antideutschen Obsession, einer Ablehnung gegen den Westen, bei gleichzeitiger Propagierung des Panславismus und antisemitischer Tendenzen gesteuert. Ein Teil der polnischen Gesellschaft und Politik lebt auf einer komplexen, explosiven Mischung aus einzelnen nationalistischen Ideen, tief wurzelnder Xenophobie, alten Nationalvorurteilen, Erinnerungen an das Unrecht und Verbrechen aus der Vergangenheit sowie Angst vor neuer Ausbeutung.

-
- 8 Die Neigung zum Nationalismus lässt sich in Polen laut Rippl, Baier und Boehnke nicht unbedingt an der politischen Orientierung ablesen: „Während in Deutschland Nationalismus eindeutig mit einer Selbsteinschätzung der eigenen politischen Orientierung als „rechts“ in Beziehung steht, ist es in der Tschechischen Republik genau umgekehrt; dort artikulieren Personen, die von sich selbst sagen, sie stünden links einen höheren Nationalismus. In Polen wiederum besteht zwischen der politischen Selbstverortung und nationalistischen Einstellungen überhaupt gar kein Zusammenhang.“ (Rippl/Baier/Boehnke 2007: 185)
- 9 Problematisch gestaltet sich der Umgang mit kollektiver Identität ebenfalls dort, wo Staatsbürgerinnen und Staatsbürger keinen oder nur wenig Stolz in Bezug auf ihre Geschichte und kulturelle Tradition empfinden, wenn sie mit Scham oder Distanz auf ihre nationale Zugehörigkeit reagieren. Dies gilt insbesondere für Länder mit faschistischer Vergangenheit wie Deutschland und Österreich. So sah sich die deutsche Bevölkerung, zumindest bis 1989, als eine Nation, deren Geschichte es den Bürgern nicht erlaubte, auf ihre Herkunft stolz zu sein. Damit verbindet sich die interessante Überlegung, ob eine Nation ohne Nationalstolz eine „kollektive Störung“ (vgl. Weiss/Reinprecht 1998: 60) aufweist und was das nun für die nationale Identitätsbildung bedeuten kann.

5.3 Minderheitenpolitik

Spricht man über Minderheiten¹⁰ in Mittel- und Osteuropa, spricht man ein wichtiges, aber ein weitestgehend unbekanntes Thema an. In der Zeit des Kommunismus wurde die Existenz von Minderheiten politisch wie gesellschaftlich entweder geleugnet, ignoriert oder für verschiedene Zwecke instrumentalisiert. Dieser Umstand hatte zur Folge, dass sich das Nationalitäten- und somit das Minderheitenproblem in der Region nach der Wende 1989 als eins der gravierendsten, aber unbeliebtesten innerpolitischen Probleme in der Region und als eine der größten außenpolitischen Herausforderungen für die mittel- und osteuropäischen Staaten erwiesen. Bedenkt man den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren, das politische Konstrukt der multinationalen Russischen Föderation oder das Problem der Minderheit der Roma in Bulgarien und der Slowakei, zeichnet sich die Bandbreite und Komplexität des Problems ab.

Polen, dem in dieser Arbeit das Hauptaugenmerk der Betrachtung gilt, kommt in dieser Reihe von Ländern eine besondere Bedeutung zu: Das Land stellt einen Sonderfall dar, weil es trotz seiner Homogenität ein vergleichsweise großes Maß an ethnischer Intoleranz aufweist. Das Besondere an dem Umgang Polens mit seinen Minderheiten liegt bereits an der relativ strikten theoretischen Unterscheidung zwischen nationalen und ethnischen Minderheiten, also „Minderheiten mit und ohne die dazugehörige Titularnation“ (Gawrich 2003: 18). Das wichtigste Merkmal einer nationalen Minderheit [pl. mniejszości narodowe] stellt die Zuordnung zu einem gegenwärtig existierenden Staat. Die Möglichkeit einer solchen Identifikation fehlt im Fall einer ethnischen Minderheit [pl. mniejszości etniczne]. Für die nationale wie die ethnische Minderheit gilt, dass sie „zahlenmäßig kleiner ist als der Rest der Bevölkerung eines Staates und dennoch eine noteworthy number

10 Der Terminus Minderheit orientiert sich im Folgenden an der Definition der Vereinten Nationen, die besagt, dass „[als] Minderheit [...] eine Gruppe [gilt]: die zahlenmäßig kleiner ist als der Rest der Bevölkerung eines Staates und demnach eine 'notworthy number of persons' darstellt, die nicht die Macht im Staat ausübt, die sich durch Gemeinsamkeiten primär ethnischer, religiöser oder sprachlicher Natur auszeichnet und durch diese von der sonstigen Bevölkerung unterscheidet, deren Mitglieder die Staatsangehörigkeit des Staates besitzen, in dem sie leben und deren Angehörige sich solidarisch zu dieser Gruppe bekennen, die sich deshalb durch Stabilität auszeichnet.“ (vgl. Gawrich 2003: 17)

of persons“ (ebd., 17) darstellt und dass sie den Staat, auf dessen Territorium sie leben, seit mindestens 100 Jahren bewohnt. Dieser Definition folgend, zählen zu den größten nationalen Minderheiten in Polen Menschen deutscher, weißrussischer, ukrainischer, litauischer, russischer, slowakischer und jüdischer Herkunft, während Menschen lemischer, tatarischer, karaimischer Herkunft sowie die Minderheit der Roma die größten ethnischen Minderheiten bilden (vgl. ebd., 23).

Wie sehr die Minderheitenfrage mit der Geschichte Polens verbunden ist, kann anhand der Ergebnisse der Volkszählung von 1931, die Bogdan Koszel in seinem Aufsatz „Nationale Minderheiten in Polen nach 1945“ (Koszel 1994: 210) anführt, veranschaulicht werden. Koszel zufolge gehörte in den späten 1930er Jahren beinahe ein Drittel der polnischen Bevölkerung, ca. 10 Mio. Menschen einer Minderheit an. Den größten Teil davon bildete mit ca. 15% die Bevölkerung ukrainischer Herkunft. Die zweitgrößte Gruppe stellte mit ca. 10% die jüdische Bevölkerung dar. Es folgten die Bevölkerung weißrussischer (ca. 5%) und deutscher Herkunft (ca. 3%) (vgl. ebd.).

Durch den Zweiten Weltkrieg wurden diese Zahlenverhältnisse gravierend verändert: Zwischen 1939 und 1945 sind ca. 6 Mio. polnische Bürgerinnen und Bürger – die Hälfte von ihnen waren Menschen jüdischer Herkunft – ums Leben gekommen oder wurden ermordet. Auch die polnischen Romas fielen der regulären Massenvernichtung durch das NS-Regime, dem Porajmos, zum Opfer (vgl. ebd., 211).

Infolge der Verschiebung der polnischen Staatsgrenzen verlor Polen das ethnisch gemischte, mehrheitlich von Menschen ukrainischer und weißrussischer Herkunft bewohnte Drittel seines Staatsgebietes an die Sowjetunion. Infolge der Bestimmungen des Potsdamer Grenzabkommens wurde ferner die im Osten ansässige polnische Bevölkerung in die mehrheitlich von deutscher Bevölkerung bewohnten Westgebiete umgesiedelt, woraufhin ca. 5 Mio. Deutsche Schlesier, Pommern, Ost- und Westpreußen verlassen mussten (vgl. ebd.). Obwohl einige Oberschlesier, Masuren und Deutsche als Minderheit zurückblieben, konnte von einer nationalen und kulturellen Heterogenität, wie sie im Polen der 1920er und der 1930er Jahre existierte, nach 1945 keine Rede mehr sein:

„Die Kriegereignisse – Überfall Hitlers auf Polen, das Zusatzabkommen im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, die nationalsozialistische Vernichtungspolitik, die radikal neuen Grenzziehungen des Jahres 1945 wie Westverschiebung und Verlust der Ostgebiete, die Vertreibungs- und Umsiedlungspolitik sowie die darauffolgende Assimilierungs- bzw. („Re-“) Polonisierungspolitik führten in Polen letztlich dazu, dass die Zahl der nationalen Minoritäten nach 1945 extrem zurückging.“ (Steier-Jordan 2003: 58)

Die verbliebenen nationalen und ethnischen Minderheiten wurden in der Volksrepublik Polen „je nach innenpolitischer Bedeutsamkeit und außenpolitischer Abhängigkeit“ (ebd.) entweder geduldet oder geulnet. Offiziell fanden Minderheiten sowohl in der Propaganda als auch in den Schulbüchern keine Erwähnung. Mit der Politik der Bagatellisierung und Verdrängung wurde „die polnische Staatsdoktrin von einem ethnisch einheitlichen Staat untermauert“ (ebd.).

Erst nach der Systemtransformation 1989 wurde die Minderheitenfrage als gesellschaftspolitisches Thema aufgegriffen und ein neuer politischer Umgang damit angestoßen (vgl. ebd., 59). Die Etablierung eines neuen Paradigmas des Umgangs mit dem langen vernachlässigten Thema Minderheiten wurde in Polen zum integralen Bestandteil der neuen Außenpolitik, was sich schnell und positiv auf die Herstellung der diplomatischen Beziehungen mit Ländern wie Litauen, Weißrussland, der Ukraine und Israel sowie auf die Normalisierung und Entspannung der Beziehungen mit Deutschland auswirkte.

Als institutioneller Ausdruck dieser Politik wurde im August 1989 die Kommission für nationale und ethnische Minderheiten [pl. Sejmowa Komisja Mniejszości Narodowych i Etnicznych] im polnischen Parlament [pl. Sejm] gegründet.¹¹ Wie Steier-Jordan bemerkt, finden Minderheitenfragen in der Arbeit des polnischen Sejms seitdem „einen festen Platz“ (vgl. ebd.). Im gleichen Jahr wurde die Zuständigkeit für Minderheiten aus dem Ministerium für innere Angelegenheiten in das Ministerium für Kunst und Kultur übertragen. Dort wurde eine „Arbeitsgruppe zu Fragen der nationalen Minderheiten“ [pl. Zespół ds. Mniejszości Narodowych] berufen, die 1992 in das „Büro für

11 Der Gründungsakt wird oft als eine der ersten Maßnahmen der demokratischen Regierung unter Tadeusz Mazowiecki genannt (vgl. Steier-Jordan 2003: 58f.).

Fragen der Kultur der nationalen Minderheiten“ [pl. Biuro ds. Kultury Mniejszości Narodowych] und später noch einmal in das Büro „Department für Kultur der nationalen Minderheiten“ [pl. Departament Kultury Mniejszości Narodowych] mit dem Sitz im Kulturministerium [pl. Ministerstwo Kultury i Dziedzictwa Narodowego] umbenannt wurde (vgl. ebd.).

Der Tätigkeitsbereich des Departments umfasst „die Koordinierung der Minderheitenpolitik und den Informationsaustausch zwischen den einzelnen Ministerien und zentralen Behörden“ (ebd.). Darüber hinaus konzentriert er sich auf „die Datenerfassung von Minderheiten sowie auf die Einhaltung des internationalen Minderheitenschutzes (vgl. ebd.). Die Schwerpunkte seiner Arbeit liegen, wie Steier-Jordan anführt, hauptsächlich in der „Förderung diverser kultureller Aktivitäten“ (ebd.) der Minderheiten und ihrer Verbände. Kritisch hinterfragt werden kann, dass das Department über „fast keine politischen Befugnisse und ein recht kleines Budget“ (ebd.) verfügt und somit eine nur begrenzte Wirkung nach außen erzielt.

Neben dem „Department für Kultur der nationalen Minderheiten“ arbeitet beim Ministerpräsidenten seit 1997 eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe [pl. Międzyresortowy Zespół ds. Mniejszości Narodowych]. Sie setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Ministerien zusammen. Zu ihren Aufgaben gehört „die Erarbeitung von Regierungsprojekten zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für nationale Minderheiten, die Koordinierung von Aktivitäten der Regierung, die Evaluation und Formulierung von Vorschlägen zur Umsetzung der Rechte und Bedürfnisse nationaler Minderheiten [...] sowie die Initiierung von Aktivitäten, die zur Popularisierung des Wissens über die Minoritäten und ihre Kultur beitragen, bis hin zur Initiierung von Forschungsprojekten“ (ebd., 60).

Auf der kommunalen bzw. lokalen Verwaltungsebene entstanden 2000 auf Minoritätenfragen spezialisierte Ämter der Sonderbeauftragten. Diese fungieren in der Regel als „Bindeglied zwischen staatlichen Organen auf der Ebene der Woiewodschaft“ (ebd., 61) und den Minderheiten. Ihre Kompetenzen erstrecken sich auf das Monitoring der ethnischen Beziehungen in der Woiewodschaft, die Konfliktpräven-

tion, Mediation und die allgemeine Informationspolitik über die Situation der Minderheiten.

Rechtlich ist der Status der Minderheiten in Polen durch die seit 1997 geltende Verfassung geregelt:

„1. Die Republik Polen gewährleistet den polnischen Staatsangehörigen, die nationalen und ethnischen Minderheiten angehören, die Freiheit der Erhaltung und der Entwicklung der eigenen Sprache, der Erhaltung von Bräuchen und Traditionen sowie der Entwicklung der eigenen Kultur.

2. Nationale und ethnische Minderheiten haben das Recht auf Bildung eigener Ausbildungs- und Kultureinrichtungen sowie der Einrichtungen, die dem Schutz der religiösen Identität dienen. Sie haben auch das Recht an Entscheidungen in solchen Angelegenheiten beteiligt zu werden, die ihre kulturelle Identität betreffen.“ (Verfassung der Republik Polen von 2. April 1997, Art. 35)¹²

Auch in anderen gesetzlichen Regelungen finden die Minderheitenrechte Ausdruck und Berücksichtigung. Besondere Bedeutung kommt dabei Banaszak zufolge folgenden Gesetzen zu: 1) dem Gesetz über das Bildungssystem (1991) und der aufgrund dieses Gesetzes 1992 erlassenen „Rechtsverordnung des Ministers für Volksbildung über die Organisation der Ausbildung, welche die Erhaltung des Gefühls der nationalen, ethnischen und sprachlichen Identität bei den Schülern, die einer nationalen Minderheit angehören, betrifft“ (Banaszak 1999: 86f.), 2) dem Gesetz über Rundfunk und Fernsehen (1992) zur Berücksichtigung von Interessen der nationalen und ethnischen Minderheiten bei der Programmzusammenstellung, 3) der Wahlordnung zum Sejm (1993), laut der die Vertreter der Minderheiten von der 5% Sperrklausel befreit sind, sowie 4) dem Gerichtsverfassungsgesetz aus dem Jahre 1985 in der Fassung von 1994, das jeder Person, die des Polnischen nicht mächtig ist, „die kostenlose Hilfe eines Übersetzers für ihre Muttersprache vor dem Gericht gewährt“ (ebd., 87).

Als externe Rechtsakte zum Schutz der Minderheiten werden von Banaszak folgende nach der Wende 1989 unterzeichnete Konventionen genannt: 1) der Internationale Pakt über bürgerliche und politische

12 <http://www.sejm.gov.pl/prawo/konst/niemiecki/kon1.htm>.

Rechte, 2) der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie auf der Ebene des Europarates sowie 3) das regionale europäische Abkommen EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) (vgl. ebd., 88).

Zum Minderheitenschutz ist Polen ferner durch zahlreiche bilaterale Verträge verpflichtet. Die Minderheitenklausel sehen für die Angehörigen von Minderheiten beispielsweise das Recht auf

„den Unterricht in ihrer Muttersprache, den freien Gebrauch der Muttersprache im privaten und öffentlichen Leben, die Führung von Vor- und Nachnamen in der Schreibweise der Muttersprache, das freie Bekenntnis zu ihrer Religion und deren freie Ausübung, die Gründung eigener Organisationen und Gesellschaften sowie die ungehinderte Pflege von Kontakten mit anderen Angehörigen einer Minderheit innerhalb des Landes und mit Bürgern anderer Staaten“ (ebd., 89)

vor. Trotz der Enttabuisierung und fortschreitenden Normalisierung des Umgangs mit Minderheiten durch die Politik in den letzten 20 Jahren weist die Entwicklung der Minderheitenproblematik in Polen bis heute markante Asymmetrien auf. Diese sind insbesondere auf Diskrepanzen zwischen Entscheidungen der Politik einerseits und der öffentlichen Meinung andererseits zurückzuführen. Vergessen wird dabei oft, dass offizielle Entscheidungen der Politik in Bezug auf Minderheitenfragen zwar den rechtlichen Rahmen vorgeben können, aber als Ersatz für eine ehrliche und intensive Auseinandersetzung der polnischen Gesellschaft mit dem Thema nicht dienen können.

Die Politik allein kann weder die seit Jahrzehnten bestehenden Vorurteile der Bevölkerung gegenüber Minderheiten abbauen noch strukturelle Diskriminierungsmechanismen beseitigen. Die öffentliche Meinung und ein neues Verhältnis zu Minderheiten kann nur im Prozess einer aktiven, reflektierten und selbstkritischen Auseinandersetzung der Gesellschaft mit dem eigenen Selbstbild und -verständnis als Kollektiv gebildet werden. Mit Bagatellisierung der negativen gesellschaftlichen Phänomene wie Xenophobie und Antisemitismus wird eine vorurteilslose Begegnung mit Minderheiten verhindert. Sollte das konservative Verständnis der eigenen Nation und der nationalen Identität in Polen nicht hinterfragt werden, wird eine gleichberechtigte Begegnung und Annäherung zwischen den Angehörigen der Mehrheits-

gesellschaft und ihren Minderheiten nicht möglich sein. Doch gerade nach dem Systemwechsel 1989 konnte im öffentlichen Diskurs statt einer Öffnung eine Art ethnic revival der Mehrheitsbevölkerung beobachtet werden. So wurden die Minderheiten als vorübergehende Phänomene, als „Gäste“ in der „gastgebenden Gesellschaft“ und nicht als gleichwertige Mitglieder der polnischen Gesellschaft betrachtet.

Laut Statistik¹³ gehörten im Jahre 2002 dem 38 Mio. Bürgerinnen und Bürger zählenden Land ca. 235.000 Menschen (0,62% der Gesamtbevölkerung) einer nationalen und ca. 53.000 Menschen (0,05%) einer ethnischen Minderheit an, wobei angemerkt werden muss, dass es sich bei diesen Angaben meist um Minderheiten handelt, die bereits seit Jahrzehnten im Land leben. Dies betrifft v. a. die deutsche, litauische und ukrainische Minderheit, jene Bevölkerungsgruppen also, die das Land nach 1945 trotz Repressionen nicht verlassen haben.

In den frühen 1990er Jahren wurde Polen für eine kurze Zeit zwar zu einem Transitland für Migranten, aber die schlecht prosperierende Wirtschaft und die restriktive Migrationspolitik verhinderten große Migrationsbewegungen. Selbst nach dem Beitritt Polens zur EU im Jahre 2004 wurden keine gravierenden Veränderungen in den Migrationsraten verzeichnet. So waren es Weinar zufolge 2004 ca. 85.000 Menschen, also ca. 0,2% der Gesamtbevölkerung, die in Polen den Status eines Migranten besaßen (Weinar 2008: 105):

“Most of the permits issued are very recent and only for temporary stay. Only 38% of foreigners hold a settlement permit (this requires a longer period of residence in Poland). The number of naturalizations is also quite low – in 2006 the number of naturalized foreigners reached 989.” (ebd.)

Die größten Migrantengruppen in Polen bilden zurzeit Menschen vietnamesischer und ukrainischer Herkunft, aber “[t]heir precise numbers are unknown, as these groups comprise not only permanent residence, but also temporary migrants, visitors and those who have overstayed their visa.” (ebd.) Da die Gruppen kaum direkte finanzielle Unterstüt-

13 Die Angaben richten sich nach den Daten des Statistischen Amtes [pl. Główny Urząd Statystyczny, GUS] von 2002. Vgl. http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcrgus/PUBL_nsp2002_tab11_mn.xls.

zung vom Staat bekommen, gelten ihre Organisationsstrukturen in der Regel als rudimentär oder sind nicht bekannt. Gut organisiert sind in Polen hingegen nationale und ethnische Minderheiten wie die deutsche, weißrussische und ukrainische Minderheit, in die Migrantinnen und Migranten der jeweiligen Nationalität aufgenommen werden können. Die aktuelle Situation der Migrantinnen und Migranten in Polen führt Weinar u. a. auf das Verständnis von Nation und Nationszugehörigkeit durch Abstammung (*ius sanguinis*) und fasst sie zusammen wie folgt:

“Polish citizenship policy focused on the questions of nationhood and ethnic ties. The main concern is in accommodating the needs and expectations of Polish communities living abroad, especially through *jus sanguinis*, repatriation, and semi-citizenship. The concepts of Polishness and Polish origin have become central for these policies. Their definition serves to define the boundaries of an ethnic Pole – the emphasis is mainly put on descent and cultural literacy. Such an ideology translates into nationalist practice and policy, where the question of naturalization and integration of immigrants is neglected. It can be explained, on the one hand, by the marginal importance of immigration in Poland, and by the lack of pressure of settled migrants to obtain citizenship, on the other. The most migrants groups in Poland have mainly socio-economic interest, and they largely ignore civic or political participation.

For the moment, the numbers and the character of immigration to Poland do not allow for a well-grounded and meaningful analysis of naturalized immigrants, let alone a serious study of the impact of naturalization policies on social cohesion. However, with Poland becoming an increasingly attractive destination for potential immigrants, this situation is likely to change.” (ebd., 106)

Vor dem Hintergrund der seit den 1990er Jahren in Polen zu beobachtenden demographischen Veränderungen und des EU-Beitritts 2004 erscheint die betriebene Migrationspolitik Polens als anachronistisch. Bedenkt man, dass die Geburtenraten in Polen zu den niedrigsten, die Auswanderungsraten aber zu den höchsten in Europa gehören,¹⁴ ist es

14 Nach Angaben des Statistischen Amtes (GUS) von 2007, 2008 und 2009 sinken die Geburtenraten in Polen kontinuierlich seit 1984. Die niedrigste Geburtenrate seit 50 Jahren wurde 2003 mit 1,23 Kinder pro Frau verzeichnet. Im Jahr 2007 betrug sie 1,31 Kinder pro Frau. Seit Polens EU-Beitritt haben sich die Migrationsraten mehr als verdoppelt, von ca. 1 Mio.

leicht abzusehen, dass das Land langfristig sowohl demographisch als auch wirtschaftlich auf die Einwanderung angewiesen ist. Deshalb muss schon heute innenpolitisch daran gearbeitet werden, dass die Einwanderungsbedingungen bezüglich der Rechtslage und Infrastruktur verbessert werden, damit Polen für potentielle Migrantinnen und Migranten als Zielland langfristig attraktiver werden kann.

5.4 Ethnozentrismus und Rassismus

Ethnische Intoleranz gilt im Allgemeinen als die nach innen gerichtete Form des Nationalismus. Die Suche nach dem Feind außen, so beispielsweise außerhalb der staatlichen Grenzen oder der eigenen Nation, wird im Ethnozentrismus auf die Suche nach dem inneren Feind verlagert und fortgesetzt. Der Ethnozentrismus richtet sich meist gegen nationale Minderheiten und ethnische Gruppen, die lange im Land leben, sowie gegen neue Zuwanderergruppen. Betrachtet man das Phänomen des Ethnozentrismus vor dem Hintergrund der kollektiven Identitätsbildung, so scheint es wichtig zu betonen, dass die Stigmatisierung des wie auch immer begriffenen Fremden, also auch der ethnischen Minderheiten, nicht nur eine „Sündenbock- und Entlastungsfunktion“ (Weiss/Reinprecht 1998: 38) erfüllt, sondern eindeutig „eine Selbsterhöhung durch ethnische Kategorisierung anderer“ (ebd.) darstellt.

Dem Ethnozentrismus in Polen liegen drei hausgemachte Feindbilder zugrunde: die Minderheit der Roma, die ausländischen Arbeitskräfte und die Menschen jüdischer Herkunft, die wie keine andere Minder-

im Jahr 2004 auf 2,2 Mio. in 2007. Die Angaben beziehen sich ausschließlich auf die sog. zeitliche Migration mit einer Aufenthaltsdauer im Ausland von weniger als einem Jahr (die saisonale Migration, die in der Regel nicht registriert wird, ausgenommen). Die permanente Auswanderung mit einer Aufenthaltsdauer von über einem Jahr wird durch die Statistik nicht erfasst. Die Hauptauswanderungsländer für die polnische Bevölkerung sind Großbritannien, Irland und Schweden, hauptsächlich aufgrund der Öffnung ihrer Arbeitsmärkte für Migranten und Migrantinnen aus den neuen EU-Beitrittsländern bereits 2004. Vgl. http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_LU_podsta_info_o_rozwoju_demograf_polski_do_2008_r.pdf, http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_proгноza_ludnosci_PL_2008-2035.pdf, http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_sytuacja_demograficzna_w_polsce_2007.pdf, http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_Informacja_o_rozmiarach_i_kierunk_emigracji_Polski_w_latach_2004_2007.pdf.

heit an der Geschichte, Kultur und Tradition der Länder Mittel- und Osteuropas beteiligt war. Im Folgenden wird lediglich auf die zwei ersten Gruppen eingegangen. Das Problem des Antisemitismus wird in einem separaten Abschnitt dieser Arbeit diskutiert. Wie Weiss und Reinprecht für die mittel- und osteuropäischen Länder konstatieren, stellen „die Beziehungen zwischen Mehrheitsbevölkerung und den nationalen Minderheiten ein Konfliktpotential dar, das durch die ungleiche soziale Verteilung der Transformationskosten wiederbelebt wurde.“ (ebd.) Der Wandel belastet insbesondere diejenigen, so die Autoren, die „zu den schwächeren und marginalisierten der Gesellschaft gehören“ (ebd.).

Die kollektive Abneigung, bedingt einmal durch die politischen und sozialökonomischen Transformationsprozesse nach 1989 und einmal durch neue Nationalismen und die damit einhergehende Ethnisierung ist in Mittel- und Osteuropa besonders häufig gegen die Minderheit der Roma gerichtet.

Gehörten die Roma in Bulgarien, der Slowakei oder in Polen bereits unter sozialistischen Bedingungen zu den am stärksten von Armut und geringen Bildungs- und Erwerbschancen betroffenen Bevölkerungsgruppen, so hat sich die Marginalisierung der Minderheit nach der Wende erheblich verschärft. Die Privatisierung der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion, die Massenentlassungen und die Entstehung eines unregulierten Arbeitsmarktes hatten nach 1989 eine noch höhere Arbeitslosigkeit und eine allgemeine Verarmung der Roma zur Folge. Kombinierte Noterwerbsweisen wie kleiner Handel, Sammeln und Aufarbeiten von Resten, Gelegenheitsjobs und kleinere Delinquenz stellten und stellen seitdem oft die einzige Verdienstmöglichkeit für sie dar.

Die Gruppe steht nicht nur ökonomisch wegen hoher Arbeitslosigkeitsraten und schlechter oder gar gänzlich fehlender Bildungsabschlüsse als Verlierer der Transformation da, sondern fungiert aufgrund der nicht geklärten Staatsangehörigkeit als schwarzer Fleck in den die Minderheiten erfassenden Statistiken. Viele Angehörige der Minderheit werden sowohl aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit als auch aufgrund ihrer sozialen Situation marginalisiert und stehen so im Schnittpunkt zweier Formen gesellschaftlicher Ausgrenzung. Roma-

Frauen sind in besonderer Weise diesen Veränderungen ausgesetzt, da sie nicht nur von materieller Not und sozialer Benachteiligung betroffen sind, sondern zugleich geschlechtsspezifischer Diskriminierung ausgesetzt werden.

Ethnische Stereotypisierungen in Mittel- und Osteuropa betreffen Weiss und Reinprecht zufolge jedoch gleichermaßen ausländische, insbesondere asiatische oder afrikanische Arbeitskräfte, die bereits in der Zeit des Kommunismus ins Land eingewandert sind, sowie seit 2004 Arbeitskräfte aus „der östlicher liegenden Peripherie“ (ebd., 39). Es sind v. a. Menschen aus der Ukraine, für die der polnische, slowakische und ungarische Arbeitsmarkt seit der EU-Osterweiterung attraktiv geworden ist. Nicht zuletzt ist die Einwanderung der ukrainischen Arbeitskräfte nach Polen nur eine arbeitsmarktpolitische Folge der polnischen Auswanderung in die westlichen EU-Länder von Spanien bis Schweden, die ebenfalls seit 2004 vermehrt stattfindet.

Paradoxerweise seit der Einleitung des Demokratisierungsprozesses 1989 und der damit einhergehenden Öffnung der Grenzen und Intensivierung der Auslandskontakte wird in Polen ein Anstieg von rechts-extremistischen und rassistischen Stimmungen und Vorfällen beobachtet. Während der oftmals als Patriotismus verkappte Nationalismus und Ethnozentrismus teilweise in die Rhetorik manch eines Politikers Eingang findet und salonfähig wird – hingewiesen sei beispielsweise auf die Parteiprogramme der „Recht und Gerechtigkeit“, der „Liga der Polnischen Familien“, aber auch vieler anderer, kleinerer Parteien wie der „Nationalen Wiedergeburt Polen“ [pl. Narodowe Odrodzenie Polski],¹⁵ der „Polnischen Nationalen Partei“ [pl. Polska Partia Narodowa] und des „Radikalen Nationalen Lagers“ [pl. Obóz Narodoworadykalny] –, wird der Rassismus als „profanes“ Phänomen wahrgenommen, das überwiegend in Fußballstadien präsent ist. Dieser Auffassung nach richtet er sich gegen ausländische, meist schwarzhäutige,

15 Die faschistoide „Nationale Wiedergeburt Polen“ arbeitet den Angaben des Sprechers der Initiative „Nie Wieder“ [pl. Nigdy Więcej] Jacek Purski zufolge „mit der deutschen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) zusammen. Beide gehören, so Purski, zu der „International Third Position“, einem internationalen faschistischen Netzwerk, das auf der europäischen Ebene arbeitet. Vgl. http://www.bpb.de/themen/11XY3W,0,0,Rassismus_auch_in_Polen_ein_Problem.html.

Fußballspieler, sowie gegen ausländische Fans, die sowohl direkt durch Gewalt oder verbale Angriffe als auch indirekt durch rassistische Gesten, Kleidung und faschistische Symbole¹⁶ angegriffen werden.

Die Verbindungen zwischen Hooligans und Rassismus sind in Polen sehr deutlich. Viele der Hooligans waren früher in der Neonazi-Szene aktiv. Heute unterwandert die rechtsextreme Szene die Popkultur und versucht sie durch antisemitische Texte zu beeinflussen. Der Rassismus in den polnischen Stadien scheint im Hinblick auf die Europa-Fußballmeisterschaft, die 2012 in Polen und der Ukraine stattfindet, durchaus problematisch. Die polnischen Hooligans, die mit rassistischen und antisemitischen Parolen skandieren, gilt es nicht nur von den Sportveranstaltungen mit aller Konsequenz fernzuhalten. Wichtig ist ebenfalls eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für rassistische Vergehen. Daran arbeitet u. a. der 1996 gegründete Verein „Nie wieder“ [pl. Nigdy więcej]. Seine Kampagne „Wir kicken den Rassismus aus den Stadien“ [pl. Wykopmy rasizm ze stadionów] ist als Antwort auf die gleichgültige Haltung der Politik und das Fehlen eines gesellschaftlichen Widerstands, der gegen „eine ständig wachsende Fremdenfeindlichkeit, gegen [das] Wiederaufleben alter Konflikte und [den] um sich greifenden Chauvinismus“¹⁷ Position bezieht, zu verstehen.¹⁸

Schwierig gestaltet sich in Polen auch die Situation von Flüchtlingen. Seitdem Polen als demokratischer Staat den Kerngedanken der Menschenrechte anerkennt, können Menschen dort Schutz vor Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen suchen. Dies garantiert der folgende Artikel der polnischen Verfassung: „Einem Ausländer, der in der Republik Polen Schutz gegen Verfolgung sucht, kann gemäß den für die Republik Polen verbindlichen völkerrechtlichen Verträgen der Flücht-

16 Vgl. ebd.

17 http://www.bpb.de/themen/11XY3W,0,0,Rassismus_auch_in_Polen_ein_Problem.html.

18 Der Verein „Nigdy Więcej“ ist der Mitbegründer des FARE-Netzwerks (“Football Against Racism in Europe”) und ein Mitglied des niederländischen “United of Intercultural Action”, eines der größten Antirassismus Netzwerke in Europa. Als einzige Organisation in Polen erfasst er rechtsextreme Straftaten und veröffentlicht eine Liste solcher Vorfälle in der vereinseigenen Zeitschrift und auf der Website. Nach Angaben des Vereins gab es in Polen zwischen 1987 und 2010 ca. 3.000 Vorkommnisse mit rechtsextremem oder xenophobem Charakter, darunter über 50 Mordverbrechen. Mehr zur Arbeit des Vereins siehe Jarkowicz: Hitler wiecznie żywy. In: Przekrój. Nr. 35/2011, <http://www.nigdywiecej.org/>, http://www.bpb.de/themen/11XY3W,0,0,Rassismus_auch_in_Polen_ein_Problem.html.

lingsstatus zuerkannt werden“ (Art. 56 der Verfassung der Republik Polen).¹⁹

Flüchtlinge haben zwei Möglichkeiten, in Polen Schutz zu suchen und zu bekommen: Der Status als Flüchtling wird zuerkannt, wenn der Asylsuchende die Bedingungen der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllt. Zum Anderen kann der sog. subsidiäre Schutz beantragt werden, wenn Abschiebehindernisse (Gefahr von Folter, Zwangsarbeit, Bedrohung von Freiheit und Leben etc.) auf der Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonvention bestehen.²⁰

Seit dem EU-Beitritt hat der migrationspolitische Druck auf Polen deutlich zugenommen: Zum Einen wurde Polen dadurch zum Land mit der längsten EU-Außengrenze und somit zum Zielland für Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten aus Osteuropa (v. a. der Ukraine) und dem Kaukasus (Georgien, Tschetschenien). Zum Anderen hat die EU-Zuständigkeitsregelung für die Asylprüfung, die Dublin II-Verordnung, in der „Kriterien und Mechanismen formuliert wurden, die festlegen, welcher EU-Staat einen Asylantrag zu bearbeiten hat“,²¹ zusätzlich einen großen Einfluss auf die polnische Flüchtlingspolitik genommen. Von der sog. Drittland-Regelung machen die Fluchtzieländerer oft und gern Gebrauch. Seit dem Inkrafttreten des Abkommens in Polen sind die polnischen Behörden für eine große Anzahl von Flüchtlingen zuständig. Für die Flüchtlinge bedeutet das, dass sie oft in Länder zurückgeschickt werden, die meist keinerlei politische, rechtliche und soziale Erfahrung mit Flüchtlingen (von entsprechend interkulturell ausgebildetem Personal ganz zu schweigen) haben und über ein nur rudimentär aufgebautes Ausländer- und Asylrecht verfügen, was die Lage der Betroffenen häufig zusätzlich verkompliziert.

Noch 2006 wurde beispielsweise dem Großteil der tschetschenischen Asylsuchenden aus der Russischen Föderation entgegen den Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 kein Flüchtlingsstatus in Polen zugestanden, sondern lediglich eine Duldung ge-

19 <http://www.sejm.gov.pl/prawo/konst/niemiecki/kon1.htm>.

20 Vgl. <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/polen?destination=node%2F2999>.

21 <http://www.amnesty.de/umleitung/2007/deu05/005?lang=de&mimetype=text/html&destination=node%2F2999>.

währt.²² Laut des Berichts des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge (UNHCR) vom Mai 2008

„besuchte nur wenig mehr als die Hälfte der schulpflichtigen Kinder unter Asylsuchenden eine Schule. Personen mit ‚Duldungsstatus‘ erhielten nicht die gleichen Sozialleistungen wie Asylsuchende und kamen nicht in Genuss der Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge“.²³

Im selben Jahr wurde das Gesetz über Flüchtlinge und Asylsuchende unter Einbeziehung von EU-Gesetzen geändert. Dabei wurde subsidiärer Schutz²⁴ für Personen eingeführt, die keinen Anspruch auf Flüchtlingsstatus haben, jedoch in ihrem Herkunftsland von ernst zu nehmenden Gefahren bedroht sind. Parallel dazu wurde für Personen unter subsidiärem Schutz und anerkannte Flüchtlinge ein Integrationsprogramm gestartet.²⁵

5.5 Antisemitismus

Der Antisemitismus spielt in Mittel- und Osteuropa eine besondere Rolle. Seine Intensität und Formen sind in der Region zwar von Land zu Land unterschiedlich, sein Spezifikum lässt sich aber fast immer aus den nationalen Traditionen der Länder erklären. In Polen ist der Antisemitismus ein rätselhaftes und paradoxes Phänomen, das aus der Geschichte heraus gewissermaßen in die Gegenwart hineinwirkt und im politischen und gesellschaftlichen Alltag eine unübersehbare Präsenz erfährt. Um seine Spezifik zu veranschaulichen, sei ein kurzer historischer Rückblick erlaubt.

Die erste Einwanderung der jüdischen Bevölkerung Juden nach Polen fand, wie Holzer schreibt, bereits im Spätmittelalter statt und war teils „ökonomischen Gründen“ (Holzer 2007: 115) geschuldet, teils „eine Folge von Pogromen oder Vertreibungen aus einzelnen Staaten oder

22 Vgl. <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2008/polen?destination=node%2F2999>

23 <http://www.amnesty.de/umleitung/2007/deu05/005?lang=de&mimetype=text/html&destination=node%2F2999>.

24 Vgl. <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/polen?destination=node%2F2999>.

25 Die Daten sind den Berichten von Amnesty International zu entnehmen. Mehr dazu siehe <http://www.amnesty.de/umleitung/2007/deu05/005?lang=de&mimetype=text/html&destination=node%2F2999>, <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2008/polen?destination=node%2F2999>, <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/polen?destination=node%2F2999>.

Städten“ (ebd.). Polen war zu dieser Zeit ein großes, dünn besiedeltes und tolerantes Land, das neue Siedler aufnehmen und gebrauchen konnte. Obwohl die jüdische Bevölkerung relativ offen aufgenommen wurde und „eine gewisse Freizügigkeit“ (ebd.) genoss, wohnte sie von vorn herein „in gesonderten Vierteln“ (ebd.) und musste verschiedene „Einschränkungen“ (ebd.) erdulden. Seit dem Spätmittelalter wurden jüdische Einwanderer, die hauptsächlich aus deutschsprachigen Ländern stammten und die jiddische Sprache mitbrachten, vom Adel bevorzugt als Vermittler bei Handelsgeschäften eingesetzt. Da sich diese Verhandlungen häufig gegen das polnische Bürgertum richteten und dessen Position schwächen sollten, war es später gerade das Bürgertum, dem die jüdische Bevölkerung ein Dorn im Auge war (ebd.). Trotz bestehender Feindschaften unter miteinander konkurrierenden Kaufleuten wurde die jüdische Bevölkerung von der polnischen Bevölkerung als Mitbürgerinnen und Mitbürgern geachtet und bildete dort im 18. Jahrhundert die größte jüdische community in Europa (vgl. ebd., 116). Dieses Zusammenleben wurde erstmalig in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erschüttert.

Infolge der drei Teilungen gelang neben der polnischen Bevölkerung auch die Bevölkerung jüdischer Herkunft in russische, österreichische und preußische Gewalt. Zeitgleich fand unter der jüdischen Bevölkerung eine kulturelle Neuorientierung statt. Die Haskala (Aufklärung/Säkularisierung) bedeutete „einen tiefgreifenden Akkulturationsprozess, also die Aneignung von Errungenschaften einer weltlich-europäischen Kultur und, damit einhergehend, die Aufgabe gesonderter Brauchtümer und einer gesonderten Sprache“ (ebd.).²⁶ Langfristig führte sie zu einer weitgehenden kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Assimilierung der jüdischen Bevölkerung mit der Bevölkerung des Landes, auf dessen Territorium sie lebte.

Hinzu kam die Tatsache, dass Polen zu dieser Zeit ein Vielvölkerstaat mit litauischen, ukrainischen, weißrussischen und deutschen Minderheitengruppen war, deren Angehörige nicht selten in Konflikt miteinander standen. Die Assimilierungsbestrebungen der jüdischen Bevöl-

26 In vielen Regionen Europas blieb die jüdische Bevölkerung ihrer Tradition treu und modifizierte sie in eine mystische Bewegung, den sog. Chassidismus (vgl. Holzer 2007: 116).

kerung warfen die Frage auf, „mit welcher Gruppe sie sich identifizieren und gegen wen sie sich abgrenzen sollte“ (ebd.). Zudem verlief in den polnischen Gebieten der Prozess der Akkulturation und Assimilation äußerst uneinheitlich: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigte sich in Gebieten, die zu Russland gehörten, so Holzer, sogar ein doppelter „Trend“ zur nationalen Assimilierung. Dort, wo die polnische Bevölkerung in der Mehrheit war, fand eine Polonisierung, dort, wo das nicht der Fall war, eine Russifizierung „der jüdischen Eliten“ (ebd., 117) statt.

Wie Holzer für das 19. Jahrhundert weiter diagnostiziert, verloren „[m]it der fortschreitenden Säkularisierung der europäischen Gesellschaften [...] antisemitische Argumente religiöser Provenienz zunehmend an Überzeugungskraft [...]. Allerdings verstärkten sich auf dem gesamten Kontinent nationalistische Tendenzen und der Antisemitismus bildete fast immer einen Grundstein nationalistischer Ideologien.“ (ebd.) Mit Blick auf ihre Migrationsgeschichte und ihre grenzübergreifende, weder staatlich noch ethnisch gebundene, Solidarität wurde Menschen jüdischer Herkunft oft „eine große Neigung zu kosmopolitischen Ideologien wie dem Sozialismus oder dem Linksliberalismus“ (ebd.) nachgesagt.

Im 19. Jahrhundert war der „traditionelle“, religiös motivierte Antisemitismus in den polnischen Gebieten im Vergleich zu Ländern wie Russland, Böhmen, Ungarn, Frankreich oder Deutsch-Österreich nicht so stark ausgeprägt.²⁷ Allerdings wurde dieser aggressiver, je mehr die nationalistischen Strömungen in Form einer organisierten nationalistischen Bewegung an Bedeutung gewannen. Da im polnischen Nationalismus der Katholizismus als „Grundlage der polnischen Identität“ (ebd., 118) galt, wurden Christen anderer Konfessionen sowie Menschen jüdischen Glaubens als polnische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in der Regel nicht akzeptiert. Ebenfalls jüdische Konvertiten wurden skeptisch beäugt und oft beschuldigt, „sich durch die Taufe

27 Verwiesen sei hier insbesondere auf die Dreyfus-Affäre in Frankreich (1894) und die Hetzparolen des Wiener Bürgermeisters Karl Lueger (1844–1910) in Deutsch-Österreich. Beide exemplifizieren die antisemitische Stimmung in Europa an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert (vgl. zu diesen und weiteren Beispielen siehe Holzer 2007: 118).

den Weg zum sozialen Aufstieg ebnen zu wollen“ (ebd.), sei es zur beruflichen Karriere oder einer vorteilhaften Ehe.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der Antisemitismus in Polen im Wirtschaftssektor sichtbar. Seine wirksamste Methode wurde der wirtschaftliche Boykott unter der Parole „swój do swojego“ [dt. ein jeder nur zu den seinigen] (ebd., 119), womit jüdische Händler und Handwerker ruiniert werden sollten. Diese Aktion hatte für die Betroffenen zunächst kaum ökonomische Folgen, konstruierte aber einen neuen kollektiven Feind und entfesselte antijüdische Emotionen in breiten Kreisen der polnischen Gesellschaft. Parallel dazu gewannen zwei Bewegungen an Kraft: der Zionismus, die Herausbildung eines jüdischen Nationalgefühls, sowie der Sozialismus, der sich zuweilen mit einer nationalen jüdischen Identität verband.²⁸ Beide, sowohl der Zionismus als auch der Sozialismus, fanden am Anfang des 20. Jahrhunderts immer mehr Befürworterinnen und Befürworter unter den jüdischen Eliten (vgl. ebd.). Dies lieferte den Nationalisten zusätzliche Argumente für das Stereotyp eines „jüdischen“ Sozialismus. Das negativ konnotierte Bild der sog. „Judenkommune“ [pl. żydokomuna] war geboren.

Das unabhängige Polen wurde 1918 als Staat mit demokratischer Verfassung gegründet, die der jüdischen Minderheit die gleichen Rechte garantierte wie allen. Und dennoch stand ein großer Teil der polnischen Bevölkerung ihr ablehnend gegenüber. Dem nicht assimilierten Teil der jüdischen Bevölkerung, der weder politisch noch kulturell „einzuordnen“ war, wurde Kollaboration mit dem, entweder deutschen oder russischen, Feind vorgeworfen: Als es darum ging, aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrags Teile des Grenzverlaufs zwischen Deutschland und Polen, so beispielsweise in Oberschlesien und Ostpreußen, mittels Volksabstimmungen zu klären, unterstützte die jüdische Bevölkerung die deutsche Seite. Gleichzeitig sympathisierte

28 Ein Beispiel dafür kann der 1897 in Vilnius gegründete „Allgemeine Jüdische Arbeiterbund“ gelten, der seine Klientel als nationale Minderheit verstanden wissen wollte und das Jiddische als „Nationalsprache“ propagierte (gegen das zionistische Projekt einer Wiederbelebung des Hebräischen). Zudem wollte er sich mit der russischen Revolution verbünden, um Demokratie und Sozialismus in Russland zu erreichen. Davon erhofften sich die Bundisten eine Anerkennung als Nation mit gesetzlichem Minoritätenstatus. Die Pläne einer Emigration nach Palästina lehnten sie hingegen als Eskapismus ab (vgl. Holzer 2007: 119).

die jüdische Bevölkerung mit den sowjetischen Truppen, als sie 1920 auf polnisches Gebiet vorrückten (vgl. ebd., 120). Ebenfalls im östlichen Polen kam es aufgrund von Kollaborationsvorwürfen mit der ukrainischen Bevölkerung zu „organisierten Pogromen“ (ebd.) an Jüdinnen und Juden, u. a. in Lemberg und in Pińsk.²⁹

In dieser hitzigen Atmosphäre entwickelte sich der Antisemitismus immer mehr zu „einer europäischen Psychose“ (ebd., 121), um schließlich in systematischen Einschüchterungs- und offenen Gewaltaktionen seitens der Nationalisten zu münden. Diese Entwicklung war im Europa der 1930er Jahre nicht ungewöhnlich, aber in Polen kam ihr eine besondere Bedeutung zu: In einem Land, dessen Bevölkerung zu rund zehn Prozent jüdischer Herkunft war, durfte die Art des Umgangs mit der Minderheit „eine Frage von gesamtstaatlicher Bedeutung“ (ebd., 122) sein.

Hitlers Angriff auf Polen im September 1939 barg von Anfang an große Erschwernisse und Gefahren für die jüdische Bevölkerung, obwohl auf den von den Nationalsozialisten besetzten polnischen Gebieten die antijüdischen Ressentiments insgesamt wenig Anklang fanden. Anders sah die Lage im sowjetischen Herrschaftsbereich aus: Insbesondere in den einstigen „Hochburgen des polnischen Nationalismus“ (ebd.) wurden die antisemitischen Stimmungen in der Bevölkerung stärker. Gerade in diesen Gebieten kam es 1941 zu von Polinnen und Polen verübten Morden an den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.³⁰

In allen polnischen oder teilweise von Polen bewohnten Gebieten wurden Juden in Ghettos gezwungen. Auf diese Weise vertiefte sich die

29 Nicht anders verliefen Pogrome, die von der ukrainischen Bevölkerung organisiert waren, die der jüdischen Bevölkerung wiederum vorwarfen, mit der polnischen Bevölkerung zu kollaborieren (vgl. Holzer 2007: 120).

30 Das Massaker von Jedwabne war ein Pogrom an jüdischen Einwohnerinnen und Einwohnern der Kleinstadt Jedwabne in Nordosten Polens am 10. Juli 1941. Damals wie heute wird die Aufarbeitung der Geschehnisse von extrem rechten Kreisen abgelehnt, die ein Geschichtsbild nicht anerkennen, in dem die polnische Bevölkerung die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht in einigen Fällen unterstützte und mit ihnen kollaborierte. Ausführlich siehe dazu die in Polen kontrovers diskutierten Veröffentlichungen des US-amerikanischen Historikers und Soziologen Jan Tomasz Gross zum polnischen Antisemitismus u. a. „Nachbarn: Der Mord an den Juden von Jedwabne“ (2001) sowie „Golden Harvest“ [Złote żniwa] (2011). Weiterführend zur öffentlichen Debatte über die polnisch-jüdischen Beziehungen siehe auch Garlicki: Wymazywanie i przywracanie. In: Polityka. Nr. 36/2010.

bereits weit vorangeschrittene Isolation beider Bevölkerungsgruppen weiter. In den ersten Jahren der deutschen Okkupation interessierte sich die Mehrheit der polnischen Bevölkerung nicht für das Schicksal der Menschen in den Ghettos. Auch die Gruppe derer, die sich entschieden haben, Juden ohne Rücksicht auf ihre eigene Person zu helfen,³¹ war relativ gering. Das Verhältnis war mehrheitlich von Angst gekennzeichnet, manchmal aber auch von offenen antisemitistischen Ressentiments begleitet. Die Antwort auf die Frage, ob sich die Haltung der polnischen Bevölkerung gegenüber dem Schicksal der Juden während des Zweiten Weltkriegs tatsächlich als gleichgültig beschreiben oder als Fortsetzung der antisemitischen Stimmungen der Vorkriegszeit erklären lässt, bleibt bis heute aus.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Nachkriegszeit brachten Holzer zufolge eine unerwartete Wende in der jüdischen Frage in Polen: Obwohl nur wenige der polnischen Juden überlebt hatten, lebte der Antisemitismus wieder auf (vgl. ebd., 124). Für Polen bedeutete die kommunistische Herrschaft eine tiefe Enttäuschung. Für die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung war sie hingegen eine Rettung vor dem Tod und Rückkehr zu einem menschlichen Dasein. Die mit der neuen kommunistischen Regierung sympathisierende jüdische Bevölkerung wurde zum neuen alten Kollektivfeind. In der Politisierung des Antisemitismus kamen alte und neue antisemitistische Vorurteilsstrukturen zum Tragen, um in einer bedrückenden Atmosphäre mit ungewissen Zukunftsperspektiven einen Sündenbock stigmatisieren und verantwortlich machen zu können.³² Noch in den 1940er Jahren kam in vielen polnischen Städten zu pogromartigen Ausschreitungen gegen diejenigen, die das NS-Regime überlebten. Brennende Synagogen, verwüstete jüdische Einrichtungen, geplünderte Häuser, Morde, Verletzungen und Bombenlegungen in jüdischen Waisenhäusern waren

31 Diese Personen, sobald sie bekannt sind, tragen den Titel „Gerechte unter den Völkern“. Der Titel wurde in Israel nach der Staatsgründung 1948 für nichtjüdische Einzelpersonen eingeführt, die während des Nazi-Regimes Juden vor Ermordung gerettet haben. Von ca. 22.000 Menschen, die den Titel bisher verliehen bekommen haben, sind über 6.000 polnische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

32 Die Sündenbock-Hypothese gehört zu den grundlegenden Hypothesen der Soziologie der Fremdenfeindlichkeit (vgl. dazu u. a. Nick 2002, Reiterer 2004 und Stolz 2000).

im Polen der ersten Nachkriegsjahre keine Seltenheit.³³ Bis Ende der 1950er Jahre verließen ca. 80.000 Juden das Land (vgl. Kosmala 2000: 51).

Im Jahr 1968 trat der Antisemitismus unter der Maskierung des sog. Antizionismus auf. Polen war das einzige Land des Sowjetblocks, das die antiisraelische Position Moskaus im Sechstagekrieg 1967 für eigene antizionistische Kampagne ausnutzte. Jüdinnen und Juden wurden per se mangelnder Loyalität und Zuverlässigkeit bzw. verbotener Sympathien für Israel verdächtigt. Zugleich gab es Unruhen unter den Studenten, unter denen viele jüdischer Herkunft waren. Dies führte dazu, dass die studentischen Proteste nicht selten als jüdische Verschwörung diffamiert wurden. Im gleichen Jahr wurden zwar keine politisch motivierten Morde bekannt – sieht man von den 40 bekannt gewordenen Selbstmorden von Menschen jüdischer und nichtjüdischer Herkunft ab, deren Leben und Zukunft zerstört wurde – aber Tausende von Polen jüdischer Herkunft wurden ihrer Existenzgrundlage beraubt und unter entwürdigenden Bedingungen zum Leben im Exil gezwungen (vgl. ebd., 64). Die erzwungene Emigration des Jahres 1968 markiert nahezu das Ende jüdischen Lebens in Polen.

Das Charakteristische und gleichzeitig Verblüffende am polnischen Antisemitismus nach 1945 ist, dass „die antijüdischen Animositäten einen offiziellen, verbindlichen Charakter“ (Holzer 2007: 128) annahmen und von den staatlich kontrollierten Medien weitestgehend propagiert wurden. Den antisemitischen Kampagnen 1956 und 1968 lag „die Überzeugung der kommunistischen Machthaber zugrunde, Ressentiments anzusprechen, die von großen Gruppen der Bevölkerung geteilt wurden und sich benutzen ließen, um die Vergangenheit zu rechtfertigen“ (ebd.).

Dass antisemitische Stimmungen heute, über 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, über 40 Jahre nach der Vertreibung der Juden aus Polen und über 20 Jahre nach dem Ende des Kommunismus nicht ausgestorben sind, ist in erster Linie ein Ausdruck von Hartnäckigkeit kollektiver Vorurteile, vor allem aber ein Indiz auf die man-

33 Den Höhepunkt der Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung war die Pogromaktion in Kielce im Juli 1946. Ausführlich dazu siehe Wetzel 2000 sowie Kosmala 2000.

gelnde Auseinandersetzung der polnischen Bevölkerung mit der eigenen Geschichte und deren romantischer Mythenbildung. Es hat den Anschein, als würde Polen zum Einen auf seinen Status als makelloser Kriegsheld nur ungern verzichten oder gar die moralisch einwandfreie Passivität seiner Opferrolle nicht verlassen, zum Anderen will es sein Verhältnis zum Judentum nicht unabhängig von dem deutsch-polnischen Verhältnis sehen. Insbesondere Letzteres würde ein Schuldbekenntnis bedeuten und den polnischen Opfermythos relativieren.

Nach dem heftig diskutierten Dokumentarfilm des französischen Regisseurs Claude Lanzmann „Shoah“³⁴ wagte 1987 der Literaturhistoriker Jan Błoński mit seinem Artikel „Die armen Polen blicken aufs Ghetto“ [pl. Biedni Polacy patrzą na Getto] den polnischen Antisemitismus als moralisches Problem an- und auszusprechen und ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Błoński schrieb darin:

„Wir sollten aufhören, uns zu verteidigen, zu rechtfertigen und zu feilschen, hervorzuheben, was wir nicht tun konnten – in der Okkupationszeit und davor. Wir sollten aufhören, die Schuld den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Umständen zuzuschreiben, sondern zuerst sagen: Ja, wir sind schuld. [...] Statt aufzurechnen und uns zu entschuldigen, sollten wir zuerst uns selbst prüfen, an unsere Sünde, unsere Schwachheit denken. Eben diese moralische Umkehr ist in unserem Verhältnis zur polnisch-jüdischen Vergangenheit unbedingt notwendig.“ (Błoński 1987, zit. nach Pelc 2000: 136)

Der 1987 in der katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ veröffentlichte Artikel war ein Meilenstein in der polnisch-jüdischen Verständigung. Błońskis Worte leiteten einen Umbruch ein, weil sie den polnischen Antisemitismus von einer kollektiven nationalen Apologetik befreiten und ihn auf eine individuelle, menschliche Ebene brachen. Sie gaben Anlass, erste Ansätze zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in der Öffentlichkeit zu schaffen. Wie mühsam sich jedoch der polnisch-jüdische Dialog gestaltet und welche Rückschläge ihm widerfahren, lässt sich beispielsweise an den

34 „Shoah“ ist ein zweiteiliger Dokumentarfilm des französischen Regisseurs Claude Lanzmann aus dem Jahre 1985, der überwiegend auf Zeitzeugen-Interviews basiert und zum größten Teil an den Vernichtungsplätzen der jüdischen Bevölkerung in Polen gedreht wurde.

Kontroversen um die Begehung des 50. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau 1995 aufzeigen.

Bereits im Vorfeld der Feierlichkeiten in Auschwitz-Birkenau offenbarte sich der Unterschied zwischen kollektiven Geschichtsbildern auf der jüdischen und der polnischen Seite. Es wurde deutlich, dass „die polnische Seite ihre Leidensgeschichte neben die der jüdischen stellen wollte“ (Pelz 2000: 138). Auch seitens der polnischen katholischen Kirche in Person des Primas Glemp wurde darauf hingewiesen, dass in Auschwitz [pl. Oświęcim] „überwiegend Polen“ (ebd.) und in Birkenau [pl. Brzezinka] „überwiegend Juden“ (ebd.) zu Tode kamen. In Anbetracht der Tatsache, dass das kommunistische Regime den Anteil an den jüdischen Opfern in Polen Jahrzehnte lang verschleiert hatte, empfanden die Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Seite, dass das offizielle Gedenken die jüdischen Opfer des Zweiten Weltkrieges nicht gebührend hervorhob. So kam es zu einer gesonderten jüdischen Gedenkfeier in Birkenau: „Und am Ende sah es so aus, als hätte sich Auschwitz hinter einen Schleier konkurrierender Ethnohistoriographien und rivalisierender moralischer Programme zurückgezogen.“ (Webber 1996: 49, zit. nach Pelz 2000: 138) Ähnliche Vorfälle stellten in den 1990 Jahren in Polen keine Seltenheit dar.

Betrachtet man den Antisemitismus als aktuelles gesellschaftliches Phänomen, so fällt auf, dass der Glaube an den imaginären Einfluss der jüdischen Bevölkerung auf das politische und kulturelle Leben in Polen, der einst in der Zwischenkriegszeit seinen Ursprung hatte, immer noch weit verbreitet ist. Die Neigung, ihn als etwas Folkloristisches und Volkstümliches zu verharmlosen, ist beschämend und verantwortungslos allemal, weil man damit antisemitische Klischees, Vorurteile und Stereotype für folgende Generationen festigt. Je salonfähiger sie werden, umso größere Rolle drohen sie im öffentlichen Diskurs und in der Politik zu spielen. Ein Exempel hierfür liefern die 2005 stattgefundenen polnischen Parlamentswahlen. Im Wahlkampf der national-konservativen „Recht und Gerechtigkeit“ [pl. Prawo i Sprawiedliwość] sowie der nationalklerikalen „Liga der polnischen Familien“ [pl. Liga Polskich Rodzin] sowie im Sender „Radio Mary-

ja“³⁵ wurden häufig antisemitische Ansichten verkündet und offen, unter Berufung auf die polnische Vergangenheit und die nationalstaatliche Tradition, für politische Zwecke instrumentalisiert.

Das Paradoxe an dem polnischen Antisemitismus ist zudem, dass es sich um einen „Antisemitismus ohne Juden“ (Weiss/Reinprecht 1998: 85) handelt. Während der Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung weniger als 1% ausmacht, beträgt die Ablehnungsrate gegen sie über 30% (ebd.). Menschenverachtende Graffiti-Aufschriften wie „Juden raus“ [pl. Żydzi won] oder „Juden ins Gas“ [pl. Żydzi do gazu] an öffentlichen und privaten Gebäuden stellen keine Seltenheit dar. Es scheint, als würde die antijüdische Propaganda immer noch in den Köpfen herumspuken und den polnischen Alltag mitbestimmen. Doch das heutige Stereotyp des „Jüdischen“ ist mehr denn je ein Anachronismus, ein durch das kollektive Gedächtnis deformiertes Gespenst, ein Ergebnis von Verallgemeinerung, Verdrehungen und Auslassungen.

„Die Juden sind für das polnische Selbstverständnis zweifelsohne ein Problem geblieben – ein moralisches für diejenigen, die die eigene Geschichte verstehen und sich von der Verantwortung nicht abwenden wollen. Der Antisemitismus in Polen hat nicht aufgehört zu existieren, er trifft allerdings auf immer mehr Gegenstimmen.“ (Pelz 2000: 140)

Dieses Stück der polnischen Geschichte, das polnische Verhältnis sowohl zu den kommunistischen als auch zu den nationalistischen Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung aufzuarbeiten, sich von der eigenen Unschuld und vom eigenen Selbstverständnis als „Opfer der Geschichte“ (ebd.) zu befreien und „eine sensibilisierte Öffentlichkeit herzustellen, die rasch auf antisemitische Ausfälle reagiert“ (ebd.), gilt als die wichtigste Voraussetzung für eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und Antisemitismus. Erst dann kann auch in breiteren Schichten der polnischen Bevölkerung ein gesellschaftliches Klima entstehen, in dem antisemitische Äußerungen nicht mehr geduldet werden.

35 Vgl. Lesser: Radio Rassenhass bleibt auf Sendung. In: TAZ vom 24. Juli 2007.

5.6 Sexismus

Der Sexismus, also die Diskriminierung und Unterdrückung von Menschen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit oder der Unangepasstheit zum als traditionell gültigen Geschlechterkonzept, ist wie alle anderen referierten -ismen „eine Form gesellschaftlicher Unterdrückung, in der sich asymmetrische Machtverhältnisse und Handlungsmöglichkeiten zwischen den Geschlechtern ausdrücken“ (Leiprecht 2001: 53). Ähnlich wie im Fall von Nationalismus, Ethnizismus oder Rassismus handelt es sich beim Sexismus um ein breites, unspezifisches, naturalisierendes oder kulturalisierendes Phänomen, in dem das Individuum aufgrund bestimmter Eigenschaften einem Kollektiv mit vermutlich gleichen Eigenschaften zugeordnet wird (vgl. ebd., 57f.).

Um das Phänomen des Sexismus in der polnischen Gesellschaft zu veranschaulichen, muss zunächst auf das Verständnis und die Erfolge des polnischen Feminismus eingegangen werden. Der Umgang damit steht stellvertretend für den Grad der Beschäftigung mit dem Sexismus sowohl in seiner kulturellen und institutioneller Verankerung als auch in seiner Verinnerlichung bei jedem einzelnen Mitglied der polnischen Gesellschaft. Die Kulturwissenschaftlerin Magdalena Dąbrowska unterscheidet in ihrem Artikel “What does it mean to be a feminist in Poland?” in Bezug auf die Feminismusdebatten in Polen zwei Strategien des Umgangs mit dem Phänomen (vgl. Dąbrowska 2006: 163): Die erste, die mit den Begriffen Profanisierung und Ghettoisierung beschrieben werden kann, bezeichnet eine Verbannung der Fragen der Gleichberechtigung in den Bereich von Frauenzeitschriften und somit in die Nachbarschaft von alltäglichen, trivialen Themen. Hier werden Fragen der Frauenrechte und der häuslichen Gewalt mit Modeberichten, Kochrezepten und Tipps zur Haushaltsführung vermischt. Dies führt zur inhaltlichen Entwertung und Stigmatisierung der Anliegen des Feminismus als Frauenangelegenheiten. Die zweite Strategie des Umgangs mit Feminismus kann als Exklusion aus allen politischen und gesellschaftlichen Belangen bezeichnet werden. Der Ausschluss von Frauen aus ernsthaften, öffentlichen (und traditionell von Männern dominierten) Debatten hat zur Folge, dass Frauen an den öffentlichen Debatten nur selten partizipie-

ren können und Männer von den o.g. Problemen nicht erfahren (vgl. ebd.).

Ein Grund für das gesellschaftliche Desinteresse bzw. die Abneigung gegen den Feminismus in Polen ist das Unwissen darüber, das als Folge der besagten Ghettoisierung und Profanisierung des Problems verstanden werden kann. Der Mangel an Informationen, die der Großteil der polnischen Bevölkerung aus den Medien bezieht, führt zu merkwürdigen Vorstellungen und Assoziationen: “Stereotypes, fears, imaginations, and fragmented definitions exist as one entity under the name of feminism. The lack of knowledge about feminism often causes ist negative evaluation” (ebd., 171). Dąbrowska zufolge wird der Feminismus häufig mit unbeliebten, heiklen, gesellschaftlich verpönten Themen wie Abtreibungsrecht und Homosexualität in Verbindung gebracht und von der konservativen Mehrheit der polnischen Gesellschaft von vorn herein als verstörend empfunden und eine Diskussion darüber im Regelfall abgelehnt (vgl. ebd., 171f.).

Bezugnehmend auf die Autorin, Übersetzerin und Dozentin Agnieszka Graff,³⁶ stellt Dąbrowska in ihrem Aufsatz fest, dass die politische Wende 1989 keine Aufrüttelung des patriarchalen Systems in der polnischen Gesellschaft gebracht, sondern eher dessen Reetablierung bewirkt hat. Insbesondere in der Politik der *Solidarność* sieht die Autorin eine Politik des Ausschlusses von Frauen aus der Öffentlichkeit und eine Verfestigung der jungen Demokratie als eines von Männern dominierten politischen Systems. Während die streikenden Gewerkschafter auf der Stettiner und Danziger Werft für Freiheit kämpften, wurden Frauen von beinahe allen oppositionellen Tätigkeiten ferngehalten, was bedeutet, dass

“a traditional hierarchy is re-established. Men fight for Poland and women are excluded from this occupation. They wait for brave warriors at home, they cry and pray. Finally, the world is like it used to be, with the public sphere for men and the private, domestic for woman. Together with freedom, patriarchal values were introduced into the new political system.” (ebd., 165)

36 Eine Betrachtung der polnischen Systemtransformation in den 1990er Jahren aus einer feministischen Perspektive findet sich u. a. in Graffs Werk „Welt ohne Frauen“ [pl. *Świat bez kobiet*] (2001).

Die Tabuisierung der politischen Szene für Frauen betraf allerdings nicht nur die Opposition, sondern war schon im Kommunismus die übliche Praxis. Hinzu kam, dass polnische Frauen in der Volksrepublik Polen neben der ihnen seitens der katholischen Kirche auferlegten Rolle der Ehefrau und Mutter fast ausnahmslos berufstätig waren. Allerdings hatte diese Entwicklung wenig mit der Gleichberechtigung von Frau und Mann im heutigen Sinne zu tun, sondern war ein Bestandteil der kommunistischen Propaganda, laut der mit der Abschaffung des Kapitalismus und dem Ende der Klassengesellschaft auch die Unterdrückung der Frauen enden würde. Die Berufstätigkeit von Frauen hatte somit zwar eine formale Gleichberechtigung zur Folge, indem Frauen in der Produktion gleiche Rechte, Löhne und Aufstiegschancen erhielten, aber im Alltag und in den Privathaushalten waren sie weiterhin patriarchalen Strukturen unterworfen:

“During communism two seemingly contradictory powers were [...] patriarchal structures in the society: the state and the Catholic Church. Both institutions created certain imagines of femininity. Dependent on the economic situation, the model of the professionally working women could not choose but were forced to fit into ready-made roles.” (ebd.)

Das wichtigste und gleichzeitig verblüffendste Merkmal der geschlechterbedingten Benachteiligung von Frauen im heutigen Polen ist die mangelnde Transparenz des Problems in der Öffentlichkeit. Das Wissen um institutionelle Benachteiligung von Frauen ist gering. Kaum jemand weiß, dass die weitgehendste Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt stattfindet. Polnische Frauen verdienen im Durchschnitt ca. 30% weniger als ihre männliche Kollegen in vergleichbaren Positionen (vgl. ebd., 168). Die Gründe dafür sind, wie Dąbrowska anführt, vielfältig:

“Women’s oppression is nor caused by a lack of rights, deliberate discrimination, or male chauvinism. Reasons are inherent, deeper – in gender stereotypes, in the network of roles, institutions, structures, and conceptions created by patriarchal culture. Most of the positively evaluated social roles or economic institutions reflect a male point of view, male interests, and male values.” (ebd.)

Trotz Komplexität des Problems wird schnell klar, dass die Maskulinisierung der soziopolitischen Debatten sowie die Unterrepräsentanz von Frauen in der polnischen Politik, Wirtschaft, Kultur, Vereinen und

Gremien zugleich die Ursache und die Folge der Benachteiligung von Frauen darstellen. So wurde 2005 das neu berufene Amt des „Beauftragten der Regierung für die Gleichstellung von Frauen und Männern“ [pl. Pełnomocnik Rządu do spraw Równego Statusu Kobiet i Mężczyzn], dessen Schaffung eine der Voraussetzungen für den Beitritt Polens zur EU war, von der konservativen Regierung aufgelöst. Die Aufgaben des Amtes bestanden darin, jeglicher Form von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, Herkunft, Religion, Weltanschauung sowie sexueller Orientierung entgegenzuwirken. Zwei Jahre lang, bis zu den Wahlen 2007 war Polen das einzige EU-Land ohne eine solche Einrichtung und missachtete somit die geltenden EU-Richtlinien über die Antidiskriminierung.³⁷

In der Legislaturperiode der „Recht und Gerechtigkeit“ [pl. Prawo i Sprawiedliwość] und der „Liga der polnischen Familien“ [pl. Liga Polskich Rodzin] wurde ferner das Thema Homosexualität immer öfter instrumentalisiert und gegen den konservativen Wertekatalog des Katholizismus ausgespielt. Beispiele dafür sind zahlreich, man denke nur an das Verbot für die Organisation der „Parade für Gleichheit“ [pl. Parada Równości] in Warschau im Jahre 2005 oder des Marsches für Gleichheit [pl. Marsz Równości] in Posen im gleichen Jahr, der trotz Verbots durchgeführt und von der von der rechtsradikalen „Allpolnischen Jugend“ [pl. Młodzież Wszechpolska] mit Parolen wie „Schwule ins Gas“ beschimpft wurde.³⁸

Der 2008 von der neuen christlich-demokratischen und wirtschaftsliberalen Regierung vorgelegte Entwurf eines neuen Antidiskriminierungsgesetzes, der die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, ethnischer Abstammung, Nationalität, Religion, politischer Überzeugung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung sowie Familienstand behandelt, ist ein großer Schritt zur Anpassung der polnischen Gesetze an die europäischen Normen der Antidiskriminierung. Aber auch er hat Lücken: Die polnische Gesetzesvorlage verbietet zwar „Diskriminierung wegen Geschlecht, Rasse und ethnischer Abstammung

37 Mehr zur Arbeit des Beauftragten der Regierung für die Gleichstellung von Frauen und Männern siehe u. a. Siedlecka: Równość bez pieniędzy. Gazeta Wyborcza vom 17.02.2011.

38 Vgl. <http://www.amnesty.de/umleitung/2006/deu05/072?lang=de&mimetype=text/html&destination=node%2F2999>.

[...] im Hinblick auf den Zugang zu öffentlichen Grundleistungen, Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung und Bildung“,³⁹ er sieht jedoch keinen Schutz vor multipler Diskriminierung oder Diskriminierung durch Verbindung mit einer diskriminierten Person oder Gruppe vor.

Den Angaben von Amnesty International zufolge sahen sich Angehörige sexueller Minderheiten in Polen noch 2007 erheblicher Diskriminierung und Intoleranz ausgesetzt. In den Aussagen des damaligen Staatspräsidenten Lech Kaczyński sowie des amtierenden stellvertretenden Ministerpräsidenten und Bildungsministers Roman Giertych kam es zu offenen homosexuellenfeindlichen Äußerungen.

Der Menschenrechtskommissar des Europarates übte u. a. Kritik an den Plänen der damaligen Regierung, „jeden zu bestrafen, der Homosexualität oder anderes abweichendes Verhalten sexueller Natur in Bildungseinrichtungen fördert“. ⁴⁰ Der Kommissar fand die „Porträtiertung und Darstellung von Homosexualität [...] beleidigend, im Widerspruch zu den Prinzipien von Gleichheit, Vielfalt und Respekt für die Rechte der Menschen.“⁴¹ Er bedauerte alle Fälle von Hassreden gegen Homosexuelle und forderte die polnischen Behörden auf, ähnlich zu reagieren. Problematisch gestaltet sich der Zugang zu Abtreibungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen. Trotz einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte aus dem Jahr 2007,⁴² derzufolge es Pflicht der Regierung ist, wirksame Mechanismen einzurichten, die Frauen den Zugang zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen garantieren, bietet dies offensichtlich weiterhin Anlass zur Sorge. Die öffentliche Stigmatisierung der betroffenen Frauen, seitens der Politik oder der katholischen Kirche stellen nach wie vor keine Ausnahme dar.

39 <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/polen?destination=node%2F2999>.

40 <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2008/polen?destination=node%2F2999>.

41 Vgl. ebd.

42 Vgl. <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/polen?destination=node%2F2999>.

5.7 Schlussfolgerungen für die internationale Austauschpädagogik

An den dargestellten Beispielen wurde deutlich, wie das Wir-Gefühl als Werkzeug zur Forcierung politischer und wirtschaftlicher Interessen sowohl im positiven wie im negativen Sinne benutzt werden kann. Durch die suggerierte ethnische und/oder kulturelle Homogenität der Angehörigen eines Kollektivs wird gleichzeitig ein System von Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit, erzeugt. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Europäisierung und Modernisierung werden auch allen Verfechtern des Nationalstaatsmodells zum Trotz auf nationaler und transnationaler Ebene neue Machtverhältnisse und Bedeutungskonstellationen herausgebildet. „Nationalstaaten lassen sich angesichts der Pluralität konkurrierender „Organisationen“ nicht mehr als mit ihren „Nationalgesellschaften“ identisch erklären“ (Winkelmann 2004: 18, bezugnehmend auf Scheunpflug 2003: 160). Während die Nationalstaaten zunehmend ihre Souveränität verlieren, wächst gleichzeitig die Vielfalt an Angeboten der globalen Medien und sozialen Bewegungen. „Die neuen globalen Herausforderungen, Risiken und Fragen können von der nationalstaatlichen Seite allein längst nicht mehr aufgefangen werden.“ (Winkelmann 2004: 18). Diese Entwicklungen stellen nicht nur die Sozialisationsinstanzen Schule und Familie in den Ländern Mittel- und Osteuropas vor neue Herausforderungen. Sie müssen auf die einzelnen Individuen, die angesichts der Entwicklungen in einer „globalisierten Welt“, in der „transkulturelle Kommunikations- und Lebensformen, Zurechnungen, Verantwortlichkeiten, Selbst- und Fremdbilder von Gruppen und Individuen hergestellt werden bzw. aufeinander treffen (Beck 1998: 89, zit. nach Winkelmann 2004: 20), nach einer Orientierung suchen, reagieren.

Vermutlich werden im Zuge der miteinander konkurrierenden Identitätsangebote die Identifikationen auf national-kultureller Ebene immer mehr in den Hintergrund treten, denn „[t]endenziell lösen sich Identitäten im Zuge der globalen Entwicklungen zunehmen von spezifischen Orten und Zeiten, von Geschichten, Traditionen und Vergangenheiten und scheinen als relativ frei beweglich (Winkelmann 2004: 21). Die Frage der Ablösung von nationalen Loyalitäten zugunsten zunehmend bedeutungsvolleren Bindungen, Beziehungen und Zugehörigkeiten stellt eine interessante Fragestellung für eine konkrete in-

ternationale Begegnungssituation dar, nicht nur im mittel- und osteuropäischen Kontext. Mehr noch ist der umgekehrte Fall, also die Fixierung auf die national-kulturelle Identität als Abschottung gegenüber der Pluralität von Kulturen und Identitäten, als Thema im Rahmen der Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit aufzugreifen und gemeinsam zu reflektieren.

6 Kollektive Identität und die internationale Austauschpädagogik

Wie in den vorangegangenen Kapiteln dargelegt, befindet sich Polen seit 1989 auf dem sprichwörtlichen Scheideweg.

Das Land steht vor gesellschaftlichen Veränderungsprozessen wie Globalisierung, Modernisierung, europäische Integration und Migration, die seitens der polnischen Gesellschaft gleichermaßen von Begeisterung wie Skepsis begleitet werden. Spätestens seit 2004, dem Jahr des Beitritts Polens zur europäischen Gemeinschaft, wird die polnische Bevölkerung mit einer sozialen Realität konfrontiert, die von der bislang gekannten und etablierten abweicht. Die neue Realität, entstanden in Zeiten „des europäischen Abenteuers“ (Baumann 2008: 28) ist gekennzeichnet von Heterogenität, wachsender Komplexität von Lebensverhältnissen und von umfassender Mehrdimensionalität. Neue Möglichkeiten bringen neue Chancen und wecken Hoffnungen, aber sie sind angesichts des rasanten Tempos der Veränderungen fast zwangsläufig mit wirtschaftlichen Notlagen, gesellschaftlichen Unsicherheiten und allgemeiner Desorientierung verbunden. All diese Entwicklungen stellen das System des Nationalstaates zunehmend in Frage.

Paradoxerweise ist Polen seit 1989 das Land im Europa, das sich häufiger noch mehr auf seine Vergangenheit als auf die Zukunft besinnt. Die Verklärung der eigenen Geschichte steht einem selbstbewusstem und -kritischem Auftreten heute sowie einem komplexfreien Auftreten in der Zukunft im Weg. Zugunsten einer Identitätsstiftung spielen beispielsweise schwierige Fragen nach den weißen Flecken in der Geschichte und kollektiven Erinnerung im öffentlichen Diskurs eine immer noch geringe Rolle. Kritisches Hinterfragen gilt oft als Ausdruck von Unzufriedenheit, Undankbarkeit oder gar Verrat. Dort, wo über Jahrzehnte keine Nation existierte, wird alles daran gesetzt, die Vorstellung von einem einheitlichen Ursprung und einer gemeinsamen kontinuierlichen Geschichte hervorzuheben. Die innerhalb der Nation bestehenden Differenzen werden nivelliert: „Dass Nationen als eine natürliche, gottgegebene Art der Klassifizierung von Menschen

gelten – als ein in der Weltgeschichte angelegtes, wenn auch lange aufgeschobenes politisches Geschick – ist ein Mythos.“ (Gellner 1991: 77) Doch, wie Assmann erwidert, stützen typischerweise Gruppen das Bewusstsein ihrer Einheit und Eigenart gerade auf Ereignisse der Vergangenheit (Assmann 1992: 132):

„Gesellschaften brauchen die Vergangenheit in erster Linie zum Zwecke ihrer Selbstdefinition. [...] Die Imagination nationaler Gemeinschaft ist angewiesen auf die Imagination einer in die Tiefe der Zeit zurückreichenden Kontinuität.“ (ebd., 132f.)

Die Frage der Identifikation mit der eigenen Nation ist also einerseits für die Konstituierung eines nationalen Kollektivs und seiner Symbole ausschlaggebend, andererseits bestimmt sie das Selbst- und Weltverhältnis sowie das Selbst- und Weltverständnis. Der Motor dieser „gefühlten“ nationalen Gemeinschaft können „eine bestimmte Tradition, gewisse Handlungs- und Lebensweisen, Orientierungen und Erwartungen sein, die nicht zuletzt eine gemeinsame Zukunft erhoffen oder befürchten lassen.“ (Straub 1998: 104)¹

Im Fall Polens kommen noch andere Spezifika des Landes wie seine gesellschaftliche Homogenität hinzu. Die Unerfahrenheit mit Heterogenität jeglicher Art, sei es mit der nationalen, ethnischen, kulturellen oder sexuellen, erschweren einen respektvollen Umgang damit, wecken Voreingenommenheiten und führen zu Frustrationen. Angesichts des seit 1989 stattfindenden gesellschaftlichen Wandels und einer wachsenden Orientierungslosigkeit werden standfeste „Identitätsmodelle“ (Jasłowska 1999: 251) nötig. Wie diverse Studien zur Identitätsbildung bei Jugendlichen in Polen zeigen, stellt das Nationale immer noch eine starke Identitätskategorie dar.² In Anbetracht dieser kon-

1 Die Konstruktion eines kollektiven Feindes scheint, wie am Wahlerfolg der populistischen Parteien 2005 exemplarisch aufgezeigt werden konnte, die in der polnischen Bevölkerung unverarbeiteten Traumata des Zweiten Weltkrieges und des Kommunismus zu aktivieren (vgl. Loew 2006: 43 und 53f.).

2 Eine bereits 1995 durchgeführte Studie zur nationalen Identität unter den polnischen und deutschen Jugendlichen bestätigt dies. Zwischen den deutschen und den polnischen Stichprobe wurden erhebliche Unterschiede in der Betrachtungsweise der eigenen Nationalität ermittelt. Die polnischen Befragten wiesen ihrer nationalen Zugehörigkeit mehrheitlich (zu fast 80%) eine große, beziehungsweise eine sehr große Bedeutung zu. Mit der eigenen Nation verbanden sie ferner hauptsächlich positive Konnotationen. Ihre nationale Selbstidentifikation hielten sie zudem zur Hälfte für unveränderbar. Interessanterweise gab es zwi-

trären Entwicklungen – Nation und Nationalismus als beliebtes und erfolgreiches Identifikationsangebot einerseits, gesellschaftliche Entwicklungsprozesse mit ihrem immer breiteren Spektrum an Zugehörigkeiten, Positionierungen und Identitäten andererseits – stellen die Austauschpädagogik in Bezug auf Länder Mittel- und Osteuropas vor gänzlich neue Aufgaben und Herausforderungen.

Wie der Blick auf die einschlägige Forschung der letzten zehn Jahre deutlich macht, gehen die Ansätze und Konzepte der internationalen Austauschpädagogik in der Regel von der Situation der west- bzw. nordeuropäischen Einwanderungsgesellschaften aus (vgl. Elverich/Kalpaka/Reindlmeier 2006, Winkelmann 2004, Winkelmann 2006).³ Nur in einigen wenigen Publikationen werden Fragen zum Umgang mit der Multikulturalität und Diversität aus der Perspektive der mittel- und osteuropäischen Länder untersucht (vgl. Leiprecht/Riegel/Held/Wiemeyer 2006). Der Schwerpunkt der bereits entstandenen Forschungsarbeiten liegt in der Regel auf den multiethnischen Ländern wie Kroatien und Lettland. Untersuchungen zum Umgang mit Heterogenität und Diversität in noch weitgehend ethnisch homogenen Gesellschaften wie der polnischen, der ungarischen oder der tschechischen stehen in der Forschung noch aus.

Angesichts eines fortschreitenden Wandels der Gesellschaftsstruktur in diesen Ländern werden sie früher oder später jedoch unentbehrlich. Schon heute üben Prozesse wie „die Ausdehnung des Weltmarktes für Arbeit und Kapital, die Verringerung realer Distanzen durch die Medien und die modernen Kommunikationstechnologien“ sowie „die weltweiten Wanderungsbewegungen“ (Winkelmann 2004: 1) direkten

schen der polnischen städtischen und ländlichen Stichprobe keine signifikanten Unterschiede in der Einstellung zur eigenen Nationalität. Die Antworten aller polnischen Probanden konnten auf eine gemeinsame polnische Tradition zurückgeführt werden. Die Vergangenheit implizierte für die polnische Nation also ein besonderes Bild der Eigengruppe. Der Stolz auf die polnische Nationalität war bei den Jugendlichen sehr präsent. In der deutschen Stichprobe war die Betonung der Sympathie zu Menschen deutscher Herkunft weniger stark und die Bewertung der Eigengruppe sehr distanziert. (vgl. Wilberg 1995; Ähnliches zeigen Studien von Nowicka/Nawrocki 1996 und Weiss/Reinprecht 1998).

- 3 In Ländern wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien kann die Disziplin auf eine vergleichsweise lange Geschichte zurückblicken, was wiederum auf eine fortgeschrittene theoretische Reflexion von Bildungsarbeit in Globalisierungs- und Internationalisierungskontexten hindeutet. Einen Überblick über die Geschichte der internationalen Jugendarbeit bietet Winkelmann 2006.

wie indirekten Einfluss auf das Leben und Zusammenleben der Menschen in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas und tragen zur Veränderung der bestehenden Lebenswelt bei.

6.1 Herausforderungen und Aufgaben

Im Hinblick auf die sich massiv verändernden Lebensverhältnisse spielen Bildung und Erziehung eine außerordentlich wichtige Rolle: „Wenn sich die unmittelbare Lebenswelt der Einzelnen im Zuge der Globalisierung und Migration zunehmend als komplex, vielfältig und divers darstellt“ (ebd.), dann muss eine entsprechende „Vorbereitung auf das Leben in einer pluralen Gesellschaft“ (Gomolla 2003: 7 zit. nach Winkelmann 2004: 1) in den Vordergrund jeglicher pädagogischer Arbeit gerückt werden. Im mittel- und osteuropäischen Kontext scheinen sich hierfür besonders die internationale Jugendarbeit als „Oberbegriff für alle Maßnahmen und Initiativen der Jugendarbeit im Kontext des Internationalen“ (Thimmel 2001: 9)⁴ sowie ihr Fachbereich die internationale Austauschpädagogik zu qualifizieren. Sie leisten einen gewichtigen Beitrag zum interkulturellen, internationalen und interreligiösen Dialog.

Durch die Popularisierung und Etablierung beider in Mittel- und Osteuropa relativ unbekannter Arbeitsfelder können internationale Lern- und Bildungsprozesse begünstigt und antirassistische⁵ Tendenzen

4 Unter dem Begriff internationale Jugendarbeit wird im Folgenden in Anlehnung an die Definition von Winkelmann „das Feld der Begegnungsmaßnahmen auf der internationalen Ebene verstanden, bei denen Jugendliche aus verschiedenen Nationalstaaten aufeinander treffen, eine gemeinsame Zeit miteinander verbringen und bei der die Interaktion und Kommunikation miteinander im Vordergrund steht. Es kann dabei miteinander zu einem spezifischen Thema oder an einer gemeinsamen Aufgabe gearbeitet werden, der Rahmen kann jedoch auch völlig offen gehalten sein. Die Projekte werden sowohl als Bildungsmaßnahmen als auch als Auslandsaufenthalte mit Freizeitaspekt verstanden (vgl. Thimmel/Friesenhahn 2003: 18). [Die Maßnahmen] erstrecken sich zumeist über einen Zeitraum von ein bis drei Wochen und beinhalten im Idealfall auch einen Rückbesuch der Gruppen. Eine grundlegende Unterscheidung zwischen den verschiedenen Programmformen besteht insbesondere in der Freiwilligkeit, in der Dauer und in der Intensität der Vor- und Nachbereitung der Projekte. Die Programme richten sich zumeist an [...] Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren [...]“ (Winkelmann 2004: 5). Mehr dazu siehe auch Friesenhahn/Thimmel 2001: 9.

5 Der Rassismus wird in diesem Zusammenhang nicht als „biologischer Rassismus“, sondern als „zunehmend kulturell begründeter ‚Rassismus ohne Rassen‘“ (Elverich/Kalpaka/Reindlmeier 2006: 15, vgl. auch Balibar 1990) verstanden. Als Rassismus wird im Folgenden jede Zuschreibung von Eigenschaften aufgrund (gesellschaftlich konstruierter) sozialer und kör-

unterstützt werden (vgl. Elverich/Kalpaka/Reindlmeier 2006: 14f.). Dabei machen beide Disziplinen die Auseinandersetzung mit Phänomenen wie Identität, Kultur, kollektives Gedächtnis – eine Reflexion, welche die Länder der Region noch nicht vollzogen haben, die aber vor dem Hintergrund der Bedeutung des Nationalen dringend notwendig ist – zu Voraussetzungen ihrer Arbeit. Eine Beschäftigung mit dem Eigenen gilt als eine Voraussetzung zur Entwicklung von Empathie und Toleranz gegenüber dem Anderen, die wiederum die Voraussetzung zur Lösung von vermeintlich aufgrund „kultureller“ Unterschiede entstehenden Konflikten ist (vgl. Reindlmeier 2006: 235).

Anders als das Diskurs- und Praxisfeld der internationalen Austauschpädagogik in den 1980er Jahren, die von der Idee und Zielperspektive des „interkulturellen Lernens“ begleitet und dominiert wurde, soll im Zentrum einer diversitätsbewussten internationalen Austauschpädagogik „das Konzept einer Differenz des Denkens und Verhaltens der Teilnehmer/-innen aus verschiedenen Nationalkulturen, die durch die Alltagskommunikation erfahrbar wird“ (Thimmel 2001: 106ff.) stehen. Da immer noch davon ausgegangen werden kann, dass „die Frage nach der ‚Kultur der Anderen‘ als zentraler Differenz zwischen Teilnehmenden an internationalen Begegnungen, das Feld der internationalen Austauschpädagogik bestimmt“ (vgl. Eisele/Scharathow/Winkelmann 2008), muss zunächst einmal ein neues Verständnis von Kultur etabliert werden. Demnach kann Kultur nicht mehr als eine homogenisierende, statische und widerspruchsfreie Bezugsgröße, die sich an den Zugehörigkeiten zu Ländern, Ethnien und Nationen orientiert und das Individuum in seinem Denken und Handeln beeinflusst, betrachtet werden, sondern muss als offen, dynamisch, flexibel, vielfältig und veränderbar begriffen werden.

„Kultur als allumfassendes Erklärungsschema“ (Reindlmeier 2006: 235) läuft insbesondere im Zusammenhang internationaler Bildungs- und Kulturarbeit Gefahr, Menschen, Probleme und Verschiedenheiten zu verallgemeinern, zu kategorisieren (vgl. Auernheimer 1988, Leiprecht 2001, Reindlmeier 2006, Winkelmann 2006) und zu „entsubje-

perlicher Merkmale begriffen. „Da Rassismus historisch und kontextabhängig verschiedene Ausprägungen aufweist, erscheint es sinnvoll von ‚Rassismen‘ zu sprechen.“ (Elverich/Kalpaka/Reindlmeier 2006: 13, weiterführend dazu siehe auch Leiprecht 2001)

ktivieren“. Die „kulturelle Brille“ wird verwendet, um die Welt, Beziehungen, Menschen, Dinge, die man nicht versteht, zu erklären und zu analysieren. Als eine mögliche Folge des „kulturellen Blicks“ sieht Reindlmeier die Tendenz an, „dass dadurch Kulturalisierungen produziert bzw. reproduziert werden“ (Reindlmeier 2006: 236). Als Kulturalisierungen begreift sie

„die Tendenz, dass sowohl die Verhaltensweisen von Individuen als auch gesellschaftliche Verhältnisse kulturell interpretiert und auf diesen Aspekt reduziert werden. Dies passiert beispielsweise, wenn Verhaltensweisen von Einzelnen aus deren (vermeintlicher) ‚Kultur‘ abgeleitet und sie nicht mehr als Individuen, sondern vor allem als VertreterInnen ‚ihrer Kultur‘ angesehen werden. Auf der gesellschaftlichen Ebene führt der Fokus auf ‚Kultur‘ dazu, dass soziale Konflikte als ‚kulturelle Konflikte‘ gedeutet werden, deren Ursachen in ‚kulturellen Differenzen‘ begründet zu liegen scheinen.“ (ebd.)

Im Kontext internationaler Bildungs- und Kulturarbeit gilt es die Jugendlichen dafür zu sensibilisieren, dass „Kultur“ und „Nation“ konstruierte Kategorien sind, die in erster Linie zur Einordnung und Klassifizierung der Menschen dienen. Sowohl auf der individuellen als auch auf der strukturellen Ebene werden mit Hilfe dieser Kategorien komplexe Strukturen vereinfacht, indem andere Differenzen sowie die dahinter stehenden Machtverhältnisse ausgeblendet werden. Die Kategorien „Kultur“ oder „Nation“ werden „als statische und homogene Größen“ (ebd., 237) begriffen, die „das Verhalten ihrer Mitglieder determinieren, weshalb kulturelle Differenzen unvermeidlich und die verschiedenen Kulturen nicht miteinander vereinbar sind“ (ebd.).

Die Schwierigkeit der Identifizierung mit der eigenen Nation zeigt sich häufig im Rahmen von internationalen Begegnungen, insbesondere dann, wenn es darum geht, das eigene Land zu präsentieren bzw. zu vertreten. Spätestens bei der Vorbereitung eines „deutschen“ und „polnischen“ Kulturabends⁶ wird der Stellenwert der nationalen Identität in der jeweiligen Gruppe deutlich. Während die Jugendlichen aus Deutschland sich in der Regel den Kopf daran zerbrechen, eine geeignete Idee für ihre Präsentation zu finden und sicherlich die Gegenwart thematisieren, werden die Jugendlichen aus Polen höchstwah-

6 Mehr dazu siehe Reindlmeier 2006: 238ff.

scheinlich stolz zu ihrer Nationalgeschichte und den zahlreichen Nationalsymbolen und -figuren greifen. Die unterschiedlichen Betrachtungs- und Zugangsweisen zum Thema nationale Identität sollen bei der Vorbereitung einer deutsch-polnischen Begegnung unbedingt mit bedacht werden, vor allem dann, wenn das Nationale nicht als zentrales Thema der Begegnung angedacht ist.

Die nationale Zugehörigkeit muss stets in ihrer Konstruiertheit reflektiert, hinterfragt und thematisiert werden. Im Rahmen von traditionellen, d. h. nach dem Prinzip der Völkerverständigung (Polen-Deutschland, Polen-Israel, Polen-Ukraine etc.) organisierten internationalen Begegnungen wird das akzentuiert, was in derartigen Zusammenhängen in den Hintergrund gestellt gehört, nämlich die Kategorie des Nationalen und der Identifikation mit diesem. Dabei stellen Zugehörigkeiten nicht per se etwas Negatives dar. Sie spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, sich zu orientieren und in der Welt zurechtzufinden.

„Das Gefühl und/oder die Gewissheit, irgendwie zusammenzugehören, irgendwie dazuzugehören, erfüllt für jedes Individuum eine wichtige Funktion: Orientierung und Sicherheit. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Individualisierung, Differenzierung und Globalisierung in modernen Gesellschaften ist diese Funktion von besonderer Bedeutung.“ (Mallmann 2001: 121)

Eine diversitätsbewusste Perspektive auf das Feld der internationalen Austauschpädagogik ist „zuallererst als kritisch gegenüber kulturalisierenden und ethnisierenden Festschreibungen zu verstehen“ (vgl. Eisele/Scharathow/Winkelmann 2008: 16). Dies ist jedoch, wie bereits angemerkt, keineswegs mit einer Aberkennung jeglicher kulturellen Kontextualisierung von Menschen gleichzusetzen.

Bei dem diversitätsbewussten Ansatz in der internationalen Austauschpädagogik geht es vielmehr um eine „mehrdimensionale Perspektive auf Differenz und Interaktion“ (vgl. ebd.). Die „Nation- oder Kulturbrille“, die Frage nach der nationalen und kulturellen Zugehörigkeit ist in vielen Kontexten der internationalen Arbeit sekundär, wenn nicht gänzlich irrelevant. Bedacht werden muss stets, dass Identitätsbildung stets unter Bezugnahme auf verschiedenste soziale Kategorien und Zugehörigkeiten stattfindet. Neben der Frage nach der nationalen oder

kulturellen Zugehörigkeit können Kategorien wie Alter, Geschlecht, sozialer Status, sexuelle Orientierung, Behinderung, Regionalität, Subkultur etc. sowohl für die Identitätskonstruktion eine Rolle spielen als auch den Anlass für Konflikte und Diskriminierungen liefern. Mit der Fixierung auf nur eine identitätsbildende Kategorie werden alle anderen kaum bzw. gar nicht wahrgenommen, obwohl meist davon auszugehen ist, dass verschiedenste Zugehörigkeiten für die Identitätsbildung gleichermaßen von Relevanz sind.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer internationalen Begegnung sind „unterschiedlich verschieden“ (vgl. ebd., 18): Sie sind nicht nur polnisch, deutsch, ukrainisch, russisch, sondern gleichzeitig auch Jungen, Mädchen, hetero- oder homosexuell, leben in wohlhabenden oder weniger wohlhabenden Familien, sind Rapper oder Punks etc. Da es sich hier um Gleichzeitigkeit und Verschränkung verschiedener Zugehörigkeiten handelt, können diese nicht additiv gedacht werden. Ebenfalls ist es unzulässig, die Differenz innerhalb nur einer Kategorie, d. h. im Rahmen eines bipolaren Ordnungsschemas (Nationalkultur A vs. Nationalkultur B) zu erwägen:

„Eine kritische dekonstruktivistische Perspektive [...] entlarvt bereits diesen Grundgedanken der Bipolarität als soziales Konstrukt und verweist auf die Notwendigkeit, die dieser Einteilung zugrunde liegenden ‚Merkmale‘ – Bedeutung, Inhalte und Zuschreibungen – und ihre soziale Herstellung und damit auch ihre Hierarchisierung und Funktionalisierung von dem Hintergrund von gesellschaftlichen Machtverhältnissen kritisch zu reflektieren.“ (ebd., 20)

Die Einteilung in homogenisierte Gruppen von „Wir“ und „die Anderen“ entlang der sozialen Kategorien wie nationaler, ethnischer und kultureller Trennungslinien soll dem diversitätsbewussten Ansatz zufolge zugunsten einer Perspektive verworfen werden, die

„verschiedenste Zugehörigkeitskategorien als bedeutsam wahrnimmt und die mit ihnen verbundenen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Menschen sowie ihre gesellschaftliche Bedeutung unter der Prämisse wirkender Machtverhältnisse in den Blick nimmt.“ (ebd., 20f.)

Angesichts aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen kann im Rahmen eines Begegnungsprojektes, beispielsweise zwischen einer Jugendgruppe aus Deutschland und einer Jugendgruppe aus Polen, in der Zu-

kunft immer weniger davon ausgegangen werden, dass es sich um national, kulturell und sprachlich homogene Gruppen handelt. Dennoch wird häufig noch die nationale Zugehörigkeit fokussiert, wenn es um die Suche nach Begründungszusammenhängen für Interaktionen und Konflikte geht. In einer immer komplexer werdenden Welt, in der unterschiedliche Differenzlinien relevant sind, erweist sich das als eine Art Anachronismus:

„Vielmehr müssen weitere Differenzlinien, Zugehörigkeiten und Identitätsaspekte wie z. B. Geschlecht, Jugendkulturen, soziale Klasse, sexuelle Orientierung oder der geographische Raum und ihre Relevanz für die subjektive Selbstverortung der Jugendlichen mitberücksichtigt werden und der Blick erweitert werden für komplexe gesellschaftliche Veränderungsprozesse und ihre Wechselwirkungen.“ (ebd., 30)

In einer kritischen Auseinandersetzung mit Differenz muss ferner von einer Linearität der Differenzlinien abgesehen werden. Mit dem Ansatz der Intersektionalität wird die permanente Überschneidung sämtlicher Differenzlinien thematisiert. Besonders im Kontext der internationalen Austauschpädagogik, in dem häufig die Differenzlinie „Nationalität“ und „Kultur“ hervorgehoben wird und „der Rückgriff auf die mit diesen Kategorien verbundenen, sozial konstruierten Inhalte und Deutungsmuster relativ naheliegend erscheint“ (ebd., 25), ist das Wissen nicht nur um die Gleichzeitigkeit, sondern auch um die Verschränkung der Differenzlinien von großer Bedeutung. Identität wird dabei verstanden als „ein Prozess des Verhaltens in Bezug auf das Zusammenwirken mehrerer selbstbestimmter und auch fremd zugeschriebener Zugehörigkeiten und den damit verbundenen Bedeutungen entlang verschiedener Differenzlinien“ (ebd., 29).

6.2 Anforderungen und Chancen

Die Sensibilisierung für einen kritischen und diversitätsbewussten Umgang mit der Identität soll zum Ziel jeder internationalen Begegnung erklärt werden. Dabei spielen in Polen Organisationen wie das „Deutsch-Polnische Jugendwerk“, DPJW [pl. Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży⁷], Stiftung „Forum des Dialogs zwischen Völkern“

7 <http://www.dpjw.org>.

[pl. Fundacja „Forum Dialogu między Narodami”⁸], Verein „Eine Welt” [pl. Stowarzyszenie „Jeden Świat”⁹], Stiftung Kreisau – Für europäische Verständigung“ [pl. Fundacja Krzyżowa – Dla porozumienia europejskiego¹⁰], eine große Rolle.

Das 1991 durch die Regierungen Deutschlands und Polens nach dem Vorbild des Deutsch-Französischen Jugendwerkes gegründete „Deutsch-Polnische Jugendwerk“ ist die erste binationale, deutsch-polnische Einrichtung mit dem Status einer internationalen Organisation. Das DPJW fördert und vertieft den deutsch-polnischen Jugendaustausch in beiden Ländern und bemüht sich darum, die Kenntnisse über den Nachbarn zu verbessern, Vorurteile zu überwinden, Versöhnung zu ermöglichen und Netzwerke aufzubauen. Förderung bedeutet hier finanzielle und ideelle Unterstützung von Begegnungsmaßnahmen und Praktika für Jugendliche bis zur Förderung von Veröffentlichungen und Fachprogrammen für Projektleiterinnen und Projektleiter überwiegend aus den beiden Nachbarländern Deutschland und Polen. Bislang konnte das DPJW mehr als 2 Mio. Menschen zusammenbringen.¹¹

Für Deutschland rangieren damit die Austausche mit Polen an dritter Stelle, nach denen mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Neben konkreten schulischen und außerschulischen Austauschaufenthalten, Sommerschulen und Seminaren für die Jugendlichen unterstützt das DPJW gezielt Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie im Bereich des Jugendaustausches tätige pädagogische Fachkräfte. Im Konkreten werden insbesondere theoretische Inputs zur Methodik der Begegnungsarbeit sowie zur Geschichts- und Sprachvermittlung angeboten.

Die theoretische Grundlage für die praktische Arbeit des DPJW bildet das Kulturkonzept von Thomas Handrich.¹² Seinen Überlegungen be-

8 <http://www.dialog.org.pl/>.

9 Der Verein gehört zu dem seit 1920 international wirkenden Service Civil International (SCI). Vgl. http://www.jedenswiat.org.pl/index.php?o_nas.

10 http://www.krzyzowa.org.pl/content/view/26/72/lang,de_DE/.

11 http://www.dpjw.org/c38,zahlen_fakten.html.

12 Thomas Handrich ist der Autor des Leitfadens für den deutsch-polnischen Jugendaustausch (vgl. Winkelmann 2004: 48).

züglich des interkulturellen Lernens in der internationalen Jugendarbeit liegt die Differenz des „spezifische[n] Orientierungs-, Werte- und Handlungssystem[s]“ (Handrich 1995: 53, zit. nach Winkelmann 2004: 48) von Menschen unterschiedlicher Kulturen zugrunde. Handrich verweist auf die Notwendigkeit der Trennung „zwischen Persönlichkeitsvariablen und kulturellen Unterschieden und geht davon aus, dass Letztere auf der Grundlage kultureller Standards zu erkennen und zu vermitteln seien.“ (ebd.)¹³ Im Kontext des deutsch-polnischen Austausches betont er die Bedeutung „spezifischer unterschiedlicher kultureller Standards (z. B. Gastfreundschaft, Umgang mit Zeit, Umgang mit der jüngsten Geschichte)“ (Handrich 1996: 248, zit. nach Winkelmann 2004: 48). Die Information über die Geschichte, Kultur und Tradition des Partnerlandes erfährt in der Arbeit des DPJW somit einen hohen Stellenwert.

Die Stiftung „Forum des Dialogs zwischen den Völkern“, die als eine Nicht-Regierungsorganisation 1998 gegründet wurde, arbeitet an der Verbesserung der polnisch-israelischen Beziehungen. Durch die Aktivitäten der Stiftung wie organisierte Workshops, Studienreisen und Austauschprogramme soll Antisemitismus und Xenophobie entgegengearbeitet und Toleranzbildung gefördert werden. Besonders hervorhebenswert scheinen diejenigen Seminare, im Rahmen deren die sog. „Schwierige Fragen“ [pl. Trudne Pytania] im polnisch-jüdischen Verhältnis aufgegriffen werden. Marginalisierte wie tabuisierte Fragestellungen wie z. B. das Problem des „Alltags-Antisemitismus“ in Polen, Fragen der gegenwärtigen Nahost-Politik und des „neuen Antisemitismus“ werden thematisiert und diskutiert. Eine große Bedeutung wird seitens der Stiftung dem polnisch-jüdischen Jugendaustausch zugemessen, mit dem – den Angaben der Stiftung zufolge – jedes Jahr ca. 30.000 junge Juden aus Israel, den USA, Frankreich, Kanada, Aus-

13 Das von Handrich entwickelte Kulturkonzept weist Ähnlichkeiten mit dem Ansatz des Kulturstandards von Alexander Thomas auf. Kultur wird von Thomas definiert als „universelles, für eine Gesellschaft, Organisation und Gruppe aber typisches Orientierungssystem. Dieses Orientierungssystem wird aus spezifischen Symbolen gebildet und in der jeweiligen Gesellschaft usw. tradiert. Es beeinflusst das Wahrnehmen, Denken, Werten und Handeln aller ihrer Mitglieder und definiert somit deren Zugehörigkeit zur Gesellschaft [...]“ (Thomas 2003: 112, zit. nach Winkelmann 2004: 47f.).

tralien nach Polen, kommen.¹⁴ Der Besuch in einem Land, das von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern als „Friedhof des jüdischen Volkes“¹⁵ empfunden wird, ist für die meisten keine einfache, aber eine lehrreiche Erfahrung. Die polnisch-jüdischen Jugendbegegnungen erfreuen sich seit einigen Jahren großer Beliebtheit und Nachfrage seitens der polnischen Schulen. Wie die Arbeitspraxis der Stiftung zeigt, können gerade persönliche Treffen zwischen Jugendlichen ein nicht zu unterschätzendes Fundament für ein neues, unvoreingenommenes Verhältnis zwischen Menschen in der Zukunft bilden.

Die „Stiftung Kreisau“ wurde 1989 als polnisch-deutsch-niederländisch-amerikanische Initiative und Plattform für die europäische Verständigung gegründet. Die Stiftung setzt sich für friedliches und von gegenseitiger Wertschätzung geprägtes Zusammenleben der Völker, Gesellschaftsgruppen und Menschen ein. Ziel ihrer Arbeit ist es, eine Brücke zwischen Geschichte und Gegenwart, zwischen West- und Osteuropa wie auch zwischen den Generationen zu schlagen. Durch die Stiftung werden jährlich Schulprojekte, Projekte der historisch-politischen, kulturellen und ökologischen Bildung, Fortbildungen und Schulungen durchgeführt, an denen Jugendliche aus verschiedenen Ländern teilnehmen. Die „Internationale Jugendbegegnungsstätte Kreisau“ arbeitet eng mit dem DPJW zusammen. Der Schwerpunkt der Stiftungsarbeit liegt auf Programmen für Kinder und Jugendliche, die in schwierigen sozialen Verhältnissen aufwachsen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Programme, so z. B. im Rahmen des „fair life“-Projektes, kommen aus Kinderheimen, sonderpädagogischen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen und Berufsschulen in Deutschland und Polen. Ferner beteiligt sich die „Stiftung Kreisau“ durch Bildungsprojekte wie die „Europäische Akademie“ am europäischen Einigungsprozess. Dem Ort Kreisau, an dem sich in der Zeit des Nationalsozialismus die Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis“ um Graf von Moltke versammelte, kommt in diesem Zusammenhang eine symbolische Bedeutung zu.

14 http://www.dialog.org.pl/polskozydowskie_spotkania_mlodziyzy.html.

15 Ebd.

Der Verein „Eine Welt“ ist eine Nicht-Regierungsorganisation und arbeitet seit 1992. Der Einsatz für Frieden und Verständigung zwischen Menschen wird nicht nur theoretisch in Form von Seminaren und Tagungen realisiert, sondern erfolgt durch diverse ehrenamtliche Arbeitsformen im In- und Ausland. Im Rahmen von international besetzten Workcamps bekommen junge Menschen die Möglichkeit, ein gemeinsames, meist soziales, Projekt zu entwickeln und praktisch umzusetzen. Außerhalb der Workcamp-Zeiten werden Seminare und Schulungen zu Themen wie Antidiskriminierung, Menschenrechte, Multikulturalität angeboten sowie verschiedene Formen des internationalen Jugendaustausches organisiert.

Fasst man die Arbeit der skizzierten Organisationen zusammen, so fällt Folgendes auf: Die Arbeit der Nicht-Regierungsorganisationen (die Stiftung „Forum des Dialogs zwischen den Völkern“, die „Stiftung Kreisau“ und der Verein „Eine Welt“), die weder von staatlichen Stellen organisiert werden noch abhängig sind, charakterisiert sich durch eine größere Offenheit und Pluralität sowohl auf der inhaltlichen als auch auf der strukturellen Ebene. Ihre Angebote sind in der Regel vielfältiger und der Zugang zu ihnen in der Regel einfacher gestaltet als das bei den staatlichen Einrichtungen wie dem DPJW. Um eine Teilnahme an den Programmen der Nicht-Regierungsorganisationen können sich alle bewerben, die an einem bestimmten Thema interessiert sind, unabhängig von Herkunftsland und Nationalität. Diese Möglichkeit besteht nicht im Rahmen der im Sinne der Völkerverständigung konzipierten Jugendbegegnungen des DPJW. Hier wird unterschieden zwischen den deutsch-polnischen Maßnahmen und den Maßnahmen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer anderer Nationalitäten. Die meisten von den Nichtregierungsorganisationen angebotenen Jugendaustauschprojekte gehen hingegen über die Kategorie des Binationalen hinaus. Sie sind in ihrer Arbeit weder an ideelle Vorgaben der auswärtigen Kulturpolitik des jeweiligen Landes noch an deren Finanzierung gebunden, die ausschließlich bi- oder trinationale Projekte mit entsprechender (bi- oder trinationaler) Teilnehmerschaft unterstützen und eine Förderung multinationaler Projekte in der Regel nicht vorsehen.

Auffällig ist ebenfalls, dass bei allen vorgestellten Programmen und Initiativen die Überwindung von Vorurteilen als zentrale Zielvorstellung genannt wird. Meist wird diese Forderung als scheinbar selbstverständliche Entwicklung im Rahmen von Begegnungsprojekten verstanden und soll nicht zuletzt der pädagogisch-politischen Legitimation der Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit dienen. Dieser Zielsetzung liegt ein Verständnis von Vorurteilen als Informationsdefizit und Wahrnehmungsverschiebung zugrunde, die sich durch die Begegnung mit den „Vorurteilsobjekten“ relativieren lassen. Dies kommt einer Reduktion und Individualisierung der Komplexität des Phänomens gleich. Für einen konstruktiven Umgang mit Vorurteilen ist es zwar sinnvoll, „die konkrete Personen und ihre subjektiven Begründungen für entsprechende Bilder über die Anderen in den Blick zu nehmen“ (Winkelmann 2004: 75). Ebenso grundlegend ist aber auch die Berücksichtigung der gesellschaftlich-strukturellen Dimension von Vorurteilen.¹⁶

Zu hinterfragen sind ferner alle Kulturkonzepte, in denen Handlungsweisen und Denkrichtungen eine kulturalisierende Deutung erfahren, wie beispielweise das der Arbeit des DPJW zugrunde liegende Kulturkonzept von Thomas Handrich:

„Besonders vor dem Hintergrund von Gesellschaften, die oftmals bereits durch Kulturalisierung geprägt sind [...], und in der spezifischen, auf Nationalitäten hin ausgerichteten Begegnungssituation, sind die Theorien auf ihre Anschlussfähigkeit an selbstverständliche und alltägliche Vorstellungen von Kultur hin kritisch zu reflektieren“ (Leiprecht 1996: 60f., zit. nach Winkelmann 2004: 49).

Das Verhalten und Denken des jeweiligen Individuums wird diesen Konzepten zufolge durch die Zugehörigkeit zu „seiner Kultur“ bestimmt. Das jeweilige Verhältnis, in welchem die jeweilige Person zu ihrer Kultur steht und die jeweils unterschiedliche Bedeutung, welche die Kulturzugehörigkeit für das Individuum hat, werden weitestgehend außer Acht gelassen. Wenn auch im Handrichs Kulturkonzept Kultur nichts ausschließlich als Nationalkultur definiert wird, so besteht doch im Rahmen internationaler Begegnungsmaßnahmen die

¹⁶ Mehr dazu siehe Winkelmann 2004: 64–75.

Gefahr einer Homogenisierung und Normierung von Kultur als Mehrheitskultur (vgl. Winkelmann 2004: 49). Nicht mitgedacht scheint in seinen Überlegungen ferner der Einfluss, welchen die Subjekte durch ihr Leben und Handeln auf die Kultur haben und dass sich „Kulturen als offene Systeme nicht explizit voneinander abgrenzen lassen, sondern eher aneinander anschließen, sich überlagern und gegenseitig durchdringen“ (ebd.).

Für den Bereich internationaler Jugendarbeit bedeutet das, dass Kommunikations- und Kooperationsschwierigkeiten kulturalisiert werden und dass individuelle Faktoren der Begegnungssituation als für die Entstehung und Wahrnehmung von Problemsituationen relevante Größen keine Berücksichtigung finden. Dabei soll der Fokus der internationalen Begegnungen gerade auf der Begegnung zwischen Individuen und nicht zwischen Repräsentantinnen und Repräsentanten bestimmter Nationen oder Kulturen liegen. „Nationale Zuordnungen und Festreibungen sind insgesamt zu vermeiden, da sie das spezifische Verhältnis, in dem die Einzelnen zu ihren kulturellen Kontexten stehen, weder erfassen noch sichtbar machen.“ (ebd., 107) Nicht ein vermeintlich national-kultureller Hintergrund, sondern der jeweils konkrete soziale Kontext der Jugendlichen soll als Ausgangspunkt ins Zentrum pädagogischer Arbeit gestellt werden.

Schließlich gilt es, sich der Konstruiertheit von Kategorien und Differenzen sowie des Zwanges, sich in diese einordnen zu müssen, bewusst zu werden. Die kritische Auseinandersetzung damit, im Kontext Mittel- und Osteuropas insbesondere mit dem naturalisierenden und kulturalisierenden Gebilde nationale Identität, ist die Voraussetzung, um „offene Räume der Selbstverortung und Identitätsbildung“ (ebd., 108) zu ermöglichen. Innerhalb dieser „offenen Räume“ sind die Subjekte der internationalen Begegnungsarbeit nicht etwa in sich einheitlich und widerspruchsfrei, sondern sind dynamisch und konstituieren sich stets im Prozess der Auseinandersetzung mit sich selbst und ihrem Umfeld.

Die Erkennung und Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeiten der an Jugendbegegnungsmaßnahmen teilnehmenden Individuen sowie das Bewusstwerden des hybriden Charakters von Identität ist nicht nur als Instrument der Analyse von konkreten (Konflikt-)Situationen in der

Praxis internationaler Bildungs- und Kulturarbeit einsetzbar, sondern leitet einen Paradigmenwechsel in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der internationalen Austauschpädagogik ein. Zuerst jedoch muss die Bildung zum angemessenen Umgang mit Diversität und Mehrdimensionalität als klare bildungspolitische Aufgabe international etabliert und transparent gemacht werden. Hierfür bietet das Bildungswesen einen entsprechenden Gestaltungs- und Handlungsraum. Indem die Schule die Schülerinnen und Schüler auf Begegnungen mit den unterschiedlichsten Formen der Verschiedenheit im nationalen und internationalen Kontext vorbereitet, initiiert und fördert, kann sie einen wichtigen Beitrag zur diversitätsbewussten interkulturellen Erziehung und Bildung leisten.

7 Fazit und Ausblick

Die in den vorangegangenen Kapiteln vorgestellten Überlegungen zum Thema kollektive Identität entstanden vor dem Hintergrund einer Reflexion über das sich seit 1989 abzeichnenden Dilemma zwischen Nationalisierung und Europäisierung in den mittel- und osteuropäischen Gesellschaften und Politiken. Es wurde gezeigt, dass die Gründe für die starke nationale Identifikation in Polen teils in der Beständigkeit kollektiver Mythen und Symbole liegen, teils eine Konsequenz des nach 1989 entstandenen Vakuums an anderen Identifikationsmustern und -angeboten darstellen. Dabei handelt es sich bei nationalen Mythen vielmehr als nur um „eine intellektuelle Begleitmusik für aktuelle gesellschaftliche Prozesse“ (Cammann 2009: 74). Stets wandelbar und instrumentalisierbar liefern sie eine der wichtigsten narrativen Grundlagen für die Bildung und Stärkung kollektiver Identität.

Der Stellenwert, welcher der nationalen Identität in Mittel- und Osteuropa zugeschrieben wird, sowie die nationale Obsession, mit der den politischen wie gesellschaftlichen Krisen gegenüber getreten wird, scheinen im heutigen Europa anachronistisch. Während im westlichen Teil des Kontinents nationale Kollektive einzig politisch verwertbar sind, für individuelle Lebensläufe in der Regel jedoch keine große Relevanz haben, spielen sie in Mittel- und Osteuropa in beiden Zusammenhängen eine bedeutende Rolle. Anders als im Westeuropa bezieht die mittel- und osteuropäische „politics of belonging“ ihre Legitimationsgrundlage aus der Vergangenheit und deren Mythen. Die „perspektivische Verengung des Blickes auf die Vergangenheit“ (Schwan 2007: 10) erschwert einen angemessenen Umgang mit der Gegenwart. „Polen ist in Mythen vernarrt. Mit Inbrunst werden die Helden der Aufstände auf Monumente gehievt, Polens Geschichte gerinnt zu einer langen Kette heroischer Taten“¹, schreibt der Journalist Gunter Hofmann. Es ist Zeit an „Mythen zu kratzen“ (ebd.). Es ist Zeit, an Polens

1 Mehr dazu siehe Hofmann: Es war richtig, es war anders. In: Die Zeit. Nr. 35/2010.

Selbstverständnis als Heros, als Messias, als Opfer zu rütteln. Es ist Zeit, das kollektive Gefängnis, zu dem das kollektive Gedächtnis geworden ist, zu verlassen und zu beginnen, Fragen zu stellen. Es ist Zeit, die Tür zu öffnen dem Neuen, dem Unbekannten, dem Anderen, dem „europäischen Abenteuer“ (Baumann 2008: 28).

Denn, um mit Hans-Georg Gadamer zu sprechen, ist einer der einzigartigen Vorzüge Europas gerade dessen Vielfalt, der Reichtum, der in der „verschwenderischen Üppigkeit seiner Lebensformen“ (Gadamer 1989: 30f.) steckt. Diese Üppigkeit der Unterschiede gilt es als größtes Potential Europas anzusehen und sinnvoll einzusetzen. Die europäische Landschaft zeichnet sich gerade durch die enge Nachbarschaft mit dem Anderen, v. a. durch die Gleichberechtigung des Anderen auf einem sehr begrenzten Raum aus. Im übertragenen wie im wörtlichen Sinne ist der Andere in Europa immer auch der nächste Nachbar. Die Europäer müssen die Bedingungen dieser Nachbarschaft verhandeln, trotz der sie trennenden Besonderheiten und Unterschiede. Anders formuliert: Gerade die Vielfalt kann als Quelle der Entwicklung, der Veränderung von Einstellungen sowie der Entstehung neuer Ideen dienlich sein und als Inspirationsquelle für die Lösung entstehender Probleme genutzt werden. Das Verlassen des Denkens in strikten nationalen Kategorien, die Integration der Vielfalt sowie die Etablierung eines neuen offenen zukunftsgerichteten Verhältnisses und Verständnisses für Europa als sprachliche und kulturelle Vielfalt und „außergewöhnliches Mosaik an Lebensformen“ (Baumann 2008: 31) sind Herausforderungen, vor denen heute insbesondere Mittel- und Osteuropa steht. Eine Sensibilisierung für diese Art diversitätsbewussten Denkens und Handelns herauszubilden, ist nicht zuletzt als Aufgabe, aber auch als Chance der internationalen Austauschpädagogik zu verstehen.

8 Literaturverzeichnis

- Anderson, Benedict (1988): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Frankfurt a.M./New York.
- Alber, Jens/Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (2005): Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? Berlin.
- Albrow, Martin (1998): Abschied vom Nationalstaat: Staat und Gesellschaft im globalen Zeitalter. Frankfurt a.M.
- Altermatt, Urs (1996): Staat, Nation und Ethnizität – Eine Einführung. In: ders. (Hrsg.): Nation, Ethnizität und Staat in Mitteleuropa. Wien/Köln/Weimar, S. 11–21 (= Buchreihe des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa, Bd. 4).
- Assmann, Aleida/Friese, Heidrun (1998): Identitäten. Frankfurt a.M.
- Assmann, Jan (1992): Das kulturelle Gedächtnis. München.
- Auernheimer, Georg (1988): Der sogenannte Kulturkonflikt. Orientierungsprobleme ausländischer Jugendlicher. Frankfurt a.M./New York.
- Auernheimer, Georg (1990): Einführung in die interkulturelle Erziehung. Darmstadt.
- Bachmann, Klaus (2006): Die List der Vernunft. Populismus und Modernisierung in Polen. In: Quo Vadis, Polonia? Kritik der polnischen Vernunft. Berlin, S. 13–31 (= Osteuropa. 56. Jahrgang/Heft 11–12/November-Dezember 2006).
- Bachmeier, Peter (Hrsg.) (2003): Nationalstaat oder multikulturelle Gesellschaft. Die Minderheitenpolitik im Mittel, Ost- und Südosteuropa im Bereich des Bildungswesens 1945–2002. Frankfurt a.M., S. 11–24 (= St. Pöltner Osteuropa Studien, Bd. 1).
- Bachmeier, Peter (2003): Nationalitäten und Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und die Rolle des Westens. In: ders. (Hrsg.): Nationalstaat oder multikulturelle Gesellschaft. Die Minderheitenpolitik im Mittel, Ost- und Südosteuropa im Bereich des Bildungswesens 1945–2002. Frankfurt a.M., S. 11–24 (= St. Pöltner Osteuropa Studien, Bd. 1).
- Bader, Veit Michael (1995): Rassismus, Ethnizität, Bürgerschaft: soziologische und philosophische Überlegungen. Münster.

- Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Berlin.
- Banaszak, Bogusław (1999): Die Rechtsstellung der Minderheiten in Polen. In: Brunner, Georg/Meissner, Boris (Hrsg.): Das Recht der nationalen Minderheiten in Osteuropa. Berlin, S. 75–90 (= Der Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung Nr. 482).
- Baumann, Zygmunt (2008): Eine neue Phase des europäischen Abenteuers. In: Dialog Nr. 83/2008, S. 28–33.
- Barth, Fredrik (1969): Introduction. In: ders. (Hrsg.): Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organisation of Culture Difference. London.
- Becher, Ursula A.J./Borodziej, Włodzimierz/Maier, Robert (Hrsg.) (2001): Deutschland und Polen im zwanzigsten Jahrhundert. Hannover (= Studien zur Internationalen Schulbuchforschung. Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts. Bd. 82/C).
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1980): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a.M.
- Berger, Peter L. (Hrsg.) (1997): Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Gütersloh.
- Bielefeld, Ulli (Hrsg.) (1992): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg.
- Bingen, Dieter (1992): Demokratisierung und Nationalismus in Polen. In: Mommsen, Margareta: Nationalismus in Osteuropa. München, S. 47–76.
- Bingen, Dieter (1992a): Polens Bürgergesellschaft und nationale Egozentrik im Widerstreit. Köln (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Bd. 16)
- Bock, Ivo/Pauer, Jan/Schlott, Wolfgang u. a., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Hrsg.) (1999): Recht und Kultur in Ostmitteleuropa. Bremen, S. 18–95 (= Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Bd. 8).
- Brubaker, Rogers (1994): Staats-Bürger. Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich. Hamburg.
- Callignon, Stefan (2008): Warum Europa nicht zusammenfindet? In: Neue Frankfurter Hefte 12/2008, S. 24–27.
- Camman, Alexander (2009): Die Deutschen und ihre Mythen. In: Neue Frankfurter Hefte 6/2009, S. 72–74.

- Dąbrowska, Magdalena (2006): What Does it Mean to be Feminist in Poland? Debates on Feminism in the Young Democracy. In: Saurer, Edith/Lanzinger, Margareth/Fryszak, Elisabeth (Hrsg.): Women's Movements. Köln/Weimar/Wien, S. 163–178.
- Deutsch, Karl Wolfgang (1972): Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality. Cambridge/Massachusetts.
- Dittrich, Eckhard J./Lentz, Astrid (1994): Die Fabrikation von Ethnizität. In: Köbler, R./Schiel, J. (Hrsg.): Nationalstaat und Ethnizität. Frankfurt a.M., S. 23–43.
- Dittrich, Eckhard J./Radtke, Frank-Olaf (Hrsg.) (1990): Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten. Opladen.
- Eisele, Elli/Scharathow, Wiebke/Winkelmann, Anne Sophie (2008): ver-viel-fältig-ungen. Diversitätsbewusste Perspektiven für Theorie und Praxis internationaler Jugendarbeit. Jena (= Weimarer Beiträge zur politischen und kulturellen Jugendbildung, Bd. 4).
- Elverich, Gabi/Kalpaka, Annita/Reindlmeier, Karin (Hrsg.) (2006): Spurensicherung durch Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. In: dies.: Spurensicherung – Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Frankfurt a.M./London, S. 9–26.
- Encyklopedia Popularna PWN (1991). Wydanie XXI. Warszawa.
- Estel, Bernd (1994): Grundaspekte der Nation. In: Estel, Bernd/Mayer, T. (Hrsg.): Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften. Opladen, S. 13–81.
- Estel, Bernd (1997): Moderne Nationsverständnisse: Nation als Gemeinschaft. In: Hettlage, Robert/Deger, Petra/Wagner, Susanne (Hrsg.): Kollektive Identität in Krisen. Opladen, S. 73–85.
- Friesenhahn, Günter J. (Hrsg.) (2001): Praxishandbuch Internationale Jugendarbeit. Schwalbach/Ts.
- Gadamer, Hans-Georg (1989): Das Erbe Europas: Beiträge. Frankfurt a.M.
- Gawrich, Andrea (2003): Minderheiten im Transformations- und Konsolidierungsprozess Polens. Verbände und politische Institutionen. Opladen (= Politikwissenschaftliche Paperbacks. Studien und Texte zu den politischen Problemfeldern und Wandlungstendenzen westlicher Industriegesellschaften, Bd. 35).
- Gellner, Ernst (1991): Nationalismus und Moderne. Berlin.

- Giordano, Christian (1997): Ethnizität im interkulturellen Vergleich. In: Hettlage, Robert/Deger, Petra/Wagner, Susanne (Hrsg.): Kollektive Identität in Krisen. Opladen, S. 56–73.
- Giordano, Christian (1996): Ethnizität und das Motiv des mono-ethnischen Raumes in Zentral- und Osteuropa. In: Altermatt, Urs (Hrsg.): Nation, Ethnizität und Staat in Mitteleuropa. Wien/Köln/Weimar, S. 22–36.
- Giordano, Christian (1996): Ethnizität und das Motiv des mono-ethnischen Raumes in Zentral- und Osteuropa. In: Wicker, Hans-Rudolf (Hrsg.): Nationalismus, Multikulturalismus und Ethnizität. Bern/Stuttgart/Wien 1998, S. 207–226.
- Giordano, Christian (1994): Historizität statt Modernisierung? – Reflexionen über die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa. In: Brombach, Christine/Nebelung, Andreas (Hrsg.): Zwischenzeiten und Seitenwege – Lebensverhältnisse in peripheren Regionen. Gießen, S. 217–232 (= Zentrum für regionale Entwicklungsforschung der Justus-Liebig-Universität Giessen, Schriften 55.).
- Gosewinkel, Dieter (2005): Europäische Konstruktion der Staatsangehörigkeit. Gibt es einen west- und einen osteuropäischen Entwicklungspfad? In: Alber, Jens/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? Berlin, S. 281–308.
- Grabowska, Mirosława (2006): Credo, ergo sum. Religiosität und Staat in Polen. In: Quo Vadis, Polonia? Kritik der polnischen Vernunft. Berlin, S. 191–204 (= Osteuropa. 56. Jahrgang/Heft 11–12/November-Dezember 2006).
- Graff, Agnieszka (2001): Świat bez kobiet. Warszawa.
- Habermas, Jürgen (1988): Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 1. Frankfurt a.M.
- Hacking, Ian (2002): Was heißt „soziale Konstruktion“? Zur Konjunktur einer Kampfvokabel in den Wissenschaften. Frankfurt a.M.
- Heckmann, Friedrich (1992): Ethnos, Demos und Nation, oder: Woher stammt die Intoleranz des Nationalstaats gegenüber ethnischen Minderheiten? In: Bielefeld, Ulli (Hrsg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg, S. 51–78.
- Heckmann, Friedrich (1992a): Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart.

- Heckmann, Friedrich (1997): Ethnos – eine imaginierte oder reale Gruppe? Über Ethnizität als soziologische Kategorie. In: Hettlage, Robert/Deger, Petra/Wagner, Susanne (Hrsg.): Kollektive Identität in Krisen. Opladen, S. 46–55.
- Hettlage, Robert/Deger, Petra/Wagner, Susanne (Hrsg.) (1997): Kollektive Identität in Krisen. Opladen.
- Hettlage, Robert (1997): Identität und Integration: Ethno-Mobilisierung zwischen Region, Nation und Europa – eine Einführung. In: Hettlage, Robert/Deger, Petra/Wagner, Susanne (Hrsg.): Kollektive Identität in Krisen. Opladen, S. 12–45.
- Heuberger, Valeria u. a. (Hrsg.) (1994): Nationen, Nationalitäten, Minderheiten. Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien und Österreich 1945–1990. Wien (= Schriftenreihe des Österreichischen Ost-Südosteuropa-Instituts, Bd. 22).
- Hirschhausen, Ulrike von/Leonhard, Leon (Hrsg.) (2001): Europäische Nationalismen im West-Ost-Vergleich: Von der Typologie zur Differenzbestimmung. In: dies.: Nationalismen in Europa. West- Osteuropa im Vergleich. Göttingen, S. 11–45.
- Hobsbawm, Eric J. (1991): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität. Frankfurt a.M.
- Hofmann, Gunter (2008): Polen und Deutsche. Schuld und Sühne – Stolz und Vorurteil. In: Neue Frankfurter Hefte 1 & 2/2008, S. 8–11.
- Holzer, Jerzy (2007): Land, Geschichte, Identität. Bonn.
- Jagiello, Michał (2000): Partnerstwo dla przyszłości. Szkice o polityce wschodniej i mniejszościach narodowych. Warszawa.
- Jasłowska, Aldona (1999): Massenkultur und der Wandel der kulturellen Identität. Der Fall des postkommunistischen Polens. In: Krasnodębski, Zdzisław/Städtke, Klaus/Garsztecki, Stefan (Hrsg.): Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen. Hamburg, S. 249–258. (= Beiträge zur Osteuropaforschung, Bd. 3).
- Jäger-Dabek, Brigitte (2003): Polen. Eine Nachbarschaftskunde. Bonn.
- Jeismann, Michael/Ritter, Henning (Hrsg.) (2003): Grenzfälle. Über alten und neuen Nationalismus. Leipzig.

- Judson, Pieter M./Rozenblit, Marsha L. (2006): *Constructing Nationalities in East Central Europe*. New York/Oxford.
- Kalapaka, Annita/Räthzel, Nora (Hrsg.) (1986): *Die Schwierigkeit, nichts rassistisch zu sein*. Berlin.
- Kempny, Marian (1999): *Nationale Identität und Staatsbürgerschaft im postkommunistischen Polen. Überlegungen zur polnischen Identität in einer klein werdenden Welt*. In: Krasnodebski, Zdzisław/Städtke, Klaus/Garsztecki, Stefan (Hrsg.): *Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen*. Hamburg, S. 195–206. (= Beiträge zur Osteuropaforschung, Bd. 3).
- Kiss, Endre (1997): *Ein Versuch, den post-sozialistischen Nationalismus zu interpretieren*. In: Hettlage, Robert/Deger, Petra/Wagner, Susanne (Hrsg.): *Kollektive Identität in Krisen*. Opladen, S. 194–205.
- Kohn, Hans (1967): *The Idea of Nationalism. A Study in Its Origin and Background*. New York.
- Kosmala, Beate (2000): *Die „jüdische Frage“ als politisches Instrument in der Volksrepublik Polen*. In: dies.: *Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968. Antisemitismus und politisches Kalkül*. Berlin, S. 49–64.
- Kozel, Bogdan (1994): *Nationale Minderheiten in Polen nach 1945*. In: Heuberger, Valeria u. a. (Hrsg.): *Nationen, Nationalitäten, Minderheiten. Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien und Österreich 1945–1990*. Wien, S. 210–231.
- Kovács, János Mátyás (1997): *Unsichere Geister – Populisten und Liberale im postkommunistischen Ungarn*. In: Berger, Peter L. (Hrsg.): *Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften*. Gütersloh, S. 199–209.
- Krasnodebski, Zdzisław/Städtke, Klaus/Garsztecki, Stefan (Hrsg.) (1999): *Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen*. Hamburg. (= Beiträge zur Osteuropaforschung, Bd. 3).
- Krasnodebski, Zdzisław/Garsztecki, Stefan/Ritter, Rüdiger (Hrsg.) (2008): *Last der Geschichte? Kollektive Identität und Geschichte in Ostmitteleuropa. Belarus, Polen, Litauen, Ukraine*. Hamburg (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 56).
- Krasnodebski, Zdzisław (2008): *Vergangenheit und Politik*. In: Krasnodebski, Zdzisław/Garsztecki, Stefan/Ritter, Rüdiger (Hrsg.): *Last der Ge-*

- schichte? Kollektive Identität und Geschichte in Ostmitteleuropa. Belarus, Polen, Litauen, Ukraine. Hamburg, S. 471–490 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 56).
- Krejci, Jaroslav (1995): Die Suche nach einer neuen nationalen und europäischen Identität bei Deutschen, Tschechen und Polen. Frankfurt a.M. (= Europäische Bildung im Dialog. Region – Sprache – Identität, Bd. 2).
- Król, Marcin (1991): Revolution, Restauration, Amnesie. Über das Gedächtnis in der postkommunistischen Zeit. In: Transit. Europäische Revue. 1991, Nr. 2, S. 27–35.
- Kurczewska, Joanna (1999): Nationalkulturen und Transformationen im Mittel- und Osteuropa: die Perspektive der Konversion. In: Krasnodebski, Zdzisław/Städtke, Klaus/Garszdecki, Stefan (Hrsg.): Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen. Hamburg, S. 109–128 (= Beiträge zur Osteuropaforschung, Bd. 3).
- Lang, Kai-Olaf (2006): Europapolitik ohne Kompass. In: Osteuropa. Quo vadis Polonia? Kritik der polnischen Vernunft. 56. Jahrgang/Heft 11–12/November-Dezember 2006, S. 81–92.
- Leiprecht, Rudolf (2001): Alltagsrassismus. Eine Untersuchung bei Jugendlichen in Deutschland und den Niederlanden. Münster/New York/München/Berlin.
- Leiprecht, Rudolf/Riegel, Christine/Held, Joseph u. a. (2006): International lernen – lokal handeln. Interkulturelle Praxis „vor Ort“ und Weiterbildung im internationalen Austausch. Frankfurt a.M./London.
- Loew, Peter Oliver (2006): Feinde, überall Feinde. Psychogramm eines Problems in Polen. In: Quo Vadis, Polonia? Kritik der polnischen Vernunft. Berlin, S. 33–51 (= Osteuropa. 56. Jahrgang/Heft 11–12/November-Dezember 2006).
- Mallmann, Yvonne (2001): Unsicheres Gelände: Der deutsche Abend und die nationale Identität. In: Friesenhahn, Günter J. (Hrsg.): Praxishandbuch Internationale Jugendarbeit. Schwalbach/Ts., S. 121–124.
- Márkus, György G. (2009): Fünf Jahre Osterweiterung – Unbehagen in Europa. In: Neue Frankfurter Hefte 5/2009, S. 9–12.
- Meyer, Thomas (2002): Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede. Frankfurt a.M.

- Michnik, Adam (1992): Im Schatten des Sokrates. Nationale Identität und moderne Gesellschaft. In: *Transit. Europäische Revue*. 1992, Nr. 4, S. 105–119.
- Motyka, Grzegorz (2008): Der Zweite Weltkrieg im ukrainisch-polnischen historischen Gedächtnis. In: Krasnodebski, Zdzisław/Garsztecki, Stefan/Ritter, Rüdiger (Hrsg.): *Last der Geschichte? Kollektive Identität und Geschichte in Ostmitteleuropa. Belarus, Polen, Litauen, Ukraine*. Hamburg, S. 119–170 (= *Studien zur Zeitgeschichte*, Bd. 56).
- Müller, Helmut M. (1996): *Schlaglichter der deutschen Geschichte*. Bonn (= Bundeszentrale für politische Bildung).
- Nick, Peter (2002): *Ohne Angst verschieden sein. Differenzerfahrungen und Identitätskonstruktionen in der multikulturellen Gesellschaft*. München.
- Niethammer, Lutz (2000): *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*. Hamburg.
- Nowicka, Ewa/Nawrocki, Jan (Hrsg.) (1996): *Inny, obcy, wróg*. Warszawa.
- Pelc, Marek (2000): Der Antisemitismus ohne Juden in Polen. In: Kosmala, Beate (Hrsg.): *Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968. Antisemitismus und politisches Kalkül*. Berlin, S. 127–140.
- Priester, Karin (2009): Vom Nutzen und Nachteil der Erinnerungskultur In: *Neue Frankfurter Hefte* 5/2009, S. 4–8.
- Radtke, Frank-Olaf (1992): Lob der Gleich-Gültigkeit. Die Konstruktion des Fremden im Diskurs des Multikulturalismus. In: Bielefeld, Ulli (Hrsg.): *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?* Hamburg, S. 79–96.
- Räthzel, Nora (1997): *Gegenbilder. Nationale Identitäten durch Konstruktion des Anderen*. Opladen.
- Reindlmeier, Karin (2006): „Alles Kultur?“ – Der „kulturelle Blick“ in der internationalen Jugendarbeit. In: Elverich, Gabi/Kalpaka, Annita/Reindlmeier, Karin (Hrsg.): *Spurensicherung – Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft*. Frankfurt a.M./London, S. 235–261.
- Reinhold, Gert (Hrsg.) (1997): *Soziologie Lexikon*. München/Wien.
- Reiterer, Albert F. (2004): *Grenzziehungen. Zwischen nationalen Vorurteilen und sozialen Hierarchien*. Frankfurt a.M. (= *Minderheiten und Minderheitenpolitik in Europa*, Bd. 6).

- Renan, Ernest (1983): Was ist eine Nation? In: Jeismann, Michael/Ritter, Henning (Hrsg.): Grenzfälle. Über alten und neuen Nationalismus. Leipzig, S. 290–310.
- Rippl, Susanne/Baier, Dirk/Boehnke, Klaus (2007): Europa auf dem Weg nach rechts? Die EU-Osterweiterung und ihre Folgen für politische Einstellungen in Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik. Wiesbaden.
- Ritter, Rüdiger (2008): Das Erbe der Republik beider Nationen – Geschichte eines Gründungsmythos in Ostmitteleuropa. In: Krasnodębski, Zdzisław/Garsztecki, Stefan/Ritter, Rüdiger (Hrsg.): Last der Geschichte? Kollektive Identität und Geschichte in Ostmitteleuropa. Belarus, Polen, Litauen, Ukraine. Hamburg, S. 21–78 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 56).
- Saurer, Edith/Lanzinger, Margareth/Frysak, Elisabeth (Hrsg.) (2006): Women's Movements. Köln/Weimar/Wien.
- Schlott, Wolfgang (1999): Die Herausbildung von Wertehierarchien in der polnischen Gegenwartskultur: Literatur, Film, Theater. In: Bock, Ivo/Pauer, Jan/Schlott, Wolfgang u. a., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Hrsg.): Recht und Kultur in Ostmitteleuropa. Bremen, S. 18–95 (= Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Bd. 8).
- Schwan, Gesine (2007): Demokratische Identität in nichtdemokratischen Gesellschaften? In: Neue Frankfurter Hefte 11/2007, S. 8–11.
- Sen, Amartya (2007): Die Identitätsfalle. Warum es keinen Kampf der Kulturen gibt? München.
- Sokolewicz, Zofia (1996): Staatsbürgerschaft und Nationalität: ein polnisches oder europäisches Phänomen? In: Altermatt, Urs (Hrsg.): Nation, Ethnizität und Staat in Mitteleuropa. Wien/Köln/Weimar, S. 88–101.
- Suppan, Arnold/Heuberger, Valeria (1994): Nationen und Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa seit 1918. In: Heuberger, Valeria u. a. (Hrsg.): Nationen, Nationalitäten, Minderheiten. Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien und Österreich 1945–1990. Wien, S. 11–32.
- Steier-Jordan, Sonja (2003): Das Bildungswesen der nationalen Minderheiten in Polen. In: Bachmeier, Peter (Hrsg.): Nationalstaat oder multikulturelle Gesellschaft. Die Minderheitenpolitik im Mittel, Ost- und Süd-

- osteuropa im Bereich des Bildungswesens 1945–2002. Frankfurt a.M., S. 57–90 (= St. Pöltner Osteuropa Studien Bd. 1).
- Stolz, Jürgen (2000): Soziologie der Fremdenfeindlichkeit. Theoretische und empirische Analysen. Frankfurt a.M.
- Straub, Jürgen (1998): Personale und kollektive Identität. Zur Analyse eines kollektiven Begriffs. In: Assmann, Aleida/Friese, Heidrun: Identitäten. Frankfurt a.M., S. 73–104.
- Tatur, Melanie (1994): Identität und Integration – der polnische Diskurs zu Beginn der neunziger Jahre. In: Bock, Ivo/Schlott, Wolfgang/Tatur, Melanie u. a. (Hrsg.): Kollektive Identitäten in Ostmitteleuropa – Polen und die Tschechoslowakei. Bremen, S. 15–72 (= Veröffentlichungen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Bd. 2).
- Thimmel, Andreas (2001): Pädagogik der internationalen Jugendarbeit. Geschichte, Praxis und Konzepte des Interkulturellen Lernens. Schwalbach/Ts.
- Tomasi, Luigi (1999): Jugendkultur und ihre Entwicklung in Osteuropa. In: Krasnodębski, Zdzisław/Städtke, Klaus/Garsztecki, Stefan (Hrsg.): Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen. Hamburg, S. 239–247 (= Beiträge zur Osteuropaforschung, Bd. 3).
- Tönnies, Ferdinand (1979 [1887]): Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Darmstadt.
- Waldenberg, Marek (1996): Bemerkungen zum Nationalismus in Polen und Ostmitteleuropa. In: Altermatt, Urs (Hrsg.): Nation, Ethnizität und Staat in Mitteleuropa. Wien/Köln/Weimar, S. 77–87.
- Webber, Jonathan (1996): Erinnern, Vergessen und Rekonstruktion der Vergangenheit. Überlegungen anlässlich der Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz aus jüdischer Perspektive. In: Auschwitz: Geschichte, Rezeption und Wirkung. Frankfurt a.M. (= Jahrbuch des Fritz Bauer Instituts).
- Weber, Max (1972 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen.
- Weinar, Agnieszka (2008): Polish Nationality and Polish Citizenship. A Forgotten Dichotomy. In: Canadian Diversity, Volume 6/2008: Citizenship in the 21st Century. International Approaches, S. 103–106.
- Weinzierl, Ruth (2005): Flüchtlinge: Schutz und Abwehr in der erweiterten EU. Funktionsweise, Folgen und Perspektiven der europäischen Inte-

- gration. Baden-Baden (= Schriftenreihe Europäisches Recht, Politik und Wirtschaft).
- Weiss, Hilde/Reinprecht, Christoph (1998): Demokratischer Patriotismus oder ethnischer Nationalismus in Ost-Mitteleuropa? Wien/Köln/Weimar.
- Wetzel, Juliane (2000): Das Pogrom in Kielce und der jüdische Massenexodus aus Polen. In: Kosmala, Beate (Hrsg.): Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968. Antisemitismus und politisches Kalkül. Berlin, S. 43–48.
- Wiatr, Jerzy (1997): Between Nationhood and Ethnicity: Eastern Europe in Search of Identity. In: Hettlage, Robert/Deger, Petra/Wagner, Susanne (Hrsg.): Kollektive Identität in Krisen. Opladen, S. 206–215.
- Wicker, Hans-Rudolf (Hrsg.) (1998): Nationalismus, Multikulturalismus und Ethnizität. Bern/Stuttgart/Wien.
- Wicker, Hans-Rudolf (1998): Einführung: Nationalstaatlichkeit, Globalisierung und die Ethnisierung der Politik. In: ders.: (Hrsg.): Nationalismus, Multikulturalismus und Ethnizität. Bern/Stuttgart/Wien, S. 9–38.
- Winkelmann, Anne (2004): Internationale Jugendarbeit im Kontext der Globalisierung, Migration und Modernisierung. Auf dem Weg zu einer theoretischen Fundierung. Oldenburg [Diplomarbeit].
- Winkelmann, Anne (2006): Internationale Jugendarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Auf dem Weg zu einer theoretischen Fundierung. Schwalbach/Ts.
- Wilberg, Sylwia (1995): Nationale Identität. Empirisch untersucht bei 14-jährigen in Polen und in Deutschland. Münster/New York.
- Woźniakowski, Henryk (1996): Der Pole von heute: Staatsbürger, Patriot oder Europäer? In: Altermatt, Urs (Hrsg.): Nation, Ethnizität und Staat in Mitteleuropa. Wien/Köln/Weimar, S. 102–108.

Presseartikel

- Błoński, Jan: Biedni Polacy patrzą na Getto. In: Tygodnik Powszechny vom 11. Januar 1987.
- Bota, Alice: Krieg ums Kreuz. In: Die Zeit. Nr. 33/2010.
- Dzierzanowski, Marcin/Ferfecki, Wiktor: Ile jest Polaka w Polaku. In: Wprost. Nr. 44/2007.
- Garlicki, Andrzej: Wymazywanie i przywracanie. In: Polityka. Nr. 36/2010.

- Hofmann, Gunter: Es war richtig, es war anders. In: Die Zeit. Nr. 35/2010.
- Isensee, Josef: Zweckverband oder Wertegemeinschaft. In: FAZ. Nr. 12/2007.
- Janicki, Mariusz/Władysław, Wiesław: Dwie Polski. In: Polityka. Nr. 44/2007.
- Jarkowicz, Maciej: Hitler wiecznie żywy. In: Przekrój. Nr. 35/2011.
- Krzemiński, Ireneusz: Masse, Zivilgesellschaft und Nationalkirche. Der polnische Streit um Symbole und nationale Identität des Jahres 2010. In: Dialog. Nr. 39/2010.
- Krzemiński, Adam: Pokój między książkami. In: Polityka. Nr. 49/2002.
- Krzemiński, Adam: Z układem przez wieki. In: Polityka. Nr. 33/2011.
- Kurski, Jarosław: Nadszedł czas, by cieszyć się wolnością. In: Gazeta Wyborcza vom 10.11.2011.
- Lesser, Gabriele: Radio Rassenhass bleibt auf Sendung. In: TAZ vom 24. Juli 2007.
- Łazarewicz, Cezary: Dzieła zebrane ojca Rydyzka. In: Polityka. Nr. 32/2009.
- Michnik, Adam: Wir waren das Volk. In: Die Zeit. Nr. 11/2009.
- Schuller, Konrad: Liebe in Zeiten der Wanderung. In: FAZ. Nr. 11/2007.
- Siedlecka, Ewa: Równość bez pieniędzy. Gazeta Wyborcza vom 17.02.2011.
- Szostakiewicz, Adam: Budzenie Mesjasza. In: Polityka. Nr. 36/2011.
- Wandler, Reiner: Solidarität für Polens Homos. In: TAZ vom 2. Juli 2007.

Internetquellen

Amnesty International:

<http://www.amnesty.de/> (Zugriff am 10.08.2009)

<http://www.amnesty.de/umleitung/2004/deu03/144?lang=de&mimetype=text/html&destination=node%2F2999>

<http://www.amnesty.de/umleitung/2005/deu03/135?lang=de&mimetype=text/html&destination=node%2F2999>

<http://www.amnesty.de/umleitung/2006/deu05/072?lang=de&mimetype=text/html&destination=node%2F2999>

<http://www.amnesty.de/umleitung/2006/deu05/071?lang=de&mimetype=text/html&destination=node%2F2999>

<http://www.amnesty.de/umleitung/2006/deu03/110?lang=de&mimetype=text/html&destination=node%2F2999>

<http://www.amnesty.de/umleitung/2007/deu05/005?lang=de&mimetype=text/html&destination=node%2F2999>

<http://www.amnesty.de/jahresbericht/2008/polen?destination=node%2F2999>

<http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/polen?destination=node%2F2999>

Bundeszentrale für politische Bildung:

<http://www.bpb.de/> (Zugriff am 6.08.2009)

http://www.bpb.de/themen/Z3PJ2C,0,0,Vorreiter_des_Umbruchs_im_Ostblock.html

http://www.bpb.de/themen/R1FISG,0,0,Lange_Schatten%3A_Der_Umgang_mit_dem_Zweiten_Weltkrieg_und_seinen_Folgen_in_Polen_und_Deutschland.html

http://www.bpb.de/themen/TUF2SH,0,0,Deutschland_und_Polen_als_Nachbarn_in_der_EU.html

http://www.bpb.de/themen/KX611E,0,0,Deutschpolnische_Klischees_in_den_Medien.html

http://www.bpb.de/themen/WP24SC,0,0,Die_Bedeutung_der_Kulturvermittlung_und_%96Rezeption.html

http://www.bpb.de/themen/UII3M9,0,0,Normalisierung_w%E4re_schon_viel_Essay.html

http://www.bpb.de/themen/AFNJEP,0,0,euro%7Ctopics%3A_Pressestimmen_zur_Debatte_um_das_Vertriebenenzentrum.html

http://www.bpb.de/themen/11XY3W,0,0,Rassismus_auch_in_Polen_ein_Problem.html

Deutsch-Polnisches Jugendwerk:

<http://www.dpjw.org.> (Zugriff am 1.09.2009)

Fundacja „Forum Dialogu między Narodami“ [Stiftung „Forum des Dialogs zwischen den Völkern“]:

<http://www.dialog.org.pl/> (Zugriff am 1.09.2009)

Fundacja Krzyżowa – Dla porozumienia europejskiego [Stiftung Kreisau – Für europäische Verständigung]

http://www.krzyzowa.org.pl//content/view/26/72/lang,de_DE/ (Zugriff am 1.09.2009)

Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Amt]:

<http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xchg/gus> (Zugriff am 7.08.2009)

http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_Informacja_o_rozmiarach_i_kierunk_emigra_z_Polski_w_latach_2004_2007.pdf

http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_prognoza_ludnosci_PL_2008-2035.pdf

http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_sytuacja_demograficzna_w_polsce_2007.pdf

http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_nsp2002_tabl1_mn.xls

http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_LU_podsta_info_o_rozwoju_demograf_polski_do_2008_r.pdf

Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej [Verfassung der Republik Polen]:

<http://www.sejm.gov.pl/prawo/konst/niemiecki/kon1.htm> (Zugriff am 17.08.2009)

<http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf/5c30b337b5bc240ec125746d0030d0fc/a9e04eecb00c00c7c12574790032c144?OpenDocument> (Zugriff am 27.08.2009)

Stowarzyszenie „Jeden Świat” [Verein „Eine Welt”]:

http://www.jedenswiat.org.pl/index.php?o_nas (Zugriff am 1.09.2009)

Film

Citizens K. Polens mächtige Zwillinge. Arte France, 2007.

Die Populisten-Maschine. Arte France, 2007.

Polen und Deutsche. Eine Chronik. Eine Produktion des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (ORB), 2002.

Schriftenreihe des Interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM)

- 1 Rolf Meinhardt (Hg.): Zur schulischen und außerschulischen Versorgung von Flüchtlingskindern, 1997, 218 S.
ISBN 3-8142-0597-9 € 7,70
- 2 Daniela Haas: Folter und Trauma – Therapieansätze für Betroffene, 1997, (vergriffen; abzurufen im Internet unter: www.bis.uni-oldenburg.de/bisverlag/haafo197/haafo197.html)
- 3 Claudia Pingel: Flüchtlings- und Asylpolitik in den Niederlanden, 1998, 129 S.
ISBN 3-8142-0637-1 € 7,70
- 4 Catrin Gahn: Adäquate Anhörung im Asylverfahren für Flüchtlingsfrauen? Zur Qualifizierung der „Sonderbeauftragten für geschlechtsspezifische Verfolgung“ beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, 1999, 165 S.
ISBN 3-8142-0680-0 € 7,70
- 5 Gabriele Ochse: Migrantinnenforschung in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, 1999, 175 S.
ISBN 3-8142-0694-0 € 7,70
- 6 Susanne Lingnau: Erziehungseinstellungen von Aussiedlerinnen aus Russland. Ergebnisse einer regionalen empirischen Studie, 2000, 154 S.
ISBN 3-8142-0708-4 € 7,70
- 7 Leo Ensel: Deutschlandbilder in der GUS. Szenarische Erkundungen in Rußland, 2001, 254 S.
ISBN 3-8142-0776-9 € 10,20
- 8 Caren Ubben: Psychosoziale Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen, 2001, 298 S.
ISBN 3-8142-0708-4 € 11,80
- 9 Iris Gereke / Nadya Srur: Integrationskurse für Migrantinnen. Genese und Analyse eines staatlichen Förderprogramms, 2003, 268 S.
ISBN 3-8142-0860-9 € 13,00
- 10 Anwar Hadeed: Sehr gut ausgebildet und doch arbeitslos. Zur Lage höher qualifizierter Flüchtlinge in Niedersachsen, 2004, 169 S.
ISBN 3-8142-0913-3 € 13,90
- 11 Yuliya Albayrak: Deutschland prüft Deutsch. Behördliche Maßnahmen zur Feststellung der Deutschbeherrschung von Zugewanderten, 2004, 224 S.
ISBN 3-8142-0919-2 € 12,00
- 12 Oliver Trisch: Globales Lernen. Chancen und Grenzen ausgewählter Konzepte, 2004, 145 S.
ISBN 3-8142-0938-9 € 7,70
- 13 Iris Gereke / Rolf Meinhardt / Wilm Renneberg: Sprachförderung in Kindertagesstätten und Grundschulen – ein integrierendes Fortbildungskonzept. Abschlussbericht des Pilotprojekts, 2005, 198 S.
ISBN 3-8142-0946-X € 12,00
- 14 Barbara Nusser: „Kebab und Folklore reichen nicht“. Interkulturelle Pädagogik und interreligiöse Ansätze der Theologie und Religionspädagogik im Umgang mit den Herausforderungen der pluriformen Einwanderungsgesellschaft, 2005, 122 S.
ISBN 3-8142-0940-0 € 8,00

- 15 Malve von Möllendorff: Kinder organisieren sich!? Über die Rolle erwachsener Koordinator(innen) in der südafrikanischen Kinderbewegung, 2005, 224 S.
ISBN 3-8142-0948-6 € 10,00
- 16 Wolfgang Nitsch: Nord-Süd-Kooperation in der Lehrerfortbildung in Südafrika. Bericht über einen von der Universität Oldenburg in Kooperation mit der Vista University in Port Elizabeth (Südafrika) veranstalteten Lehrerfortbildungskurs über Szenisches Spiel als Lernform im Unterricht (16. Januar bis 7. Februar 2003), 2005, 210 S.
ISBN 3-8142-0939-7 € 13,90
- 17 Nadya Srur, Rolf Meinhardt, Knut Tielking: Streetwork und Case Management in der Suchthilfe für Aussiedlerjugendliche, 2005, 235 S.
ISBN 3-8142-0950-8 € 13,90
- 18 Kerstin Tröschel: Kooperation von Kindertagesstätten und Grundschulen in der vorschulischen Sprachförderung, 2005, 258 S.
ISBN 3-8142-0982-6 € 13,00
- 19 Seyed Ahmad Hosseinizadeh: Internationalisierung zwischen Bildungsauftrag und Wettbewerbsorientierung der Hochschule. Modelle und Praxis der studienbegleitenden Betreuung und Beratung ausländischer Studierender am Beispiel ausgewählter Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, 2005, 373 S.
ISBN 3-8142-0978-8 € 19,00
- 20 Susanne Theilmann: Lernen, Lehren, Macht. Zu Möglichkeitsräumen in der pädagogischen Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, 2005, 155 S.
ISBN 3-8142-0983-4 € 9,00
- 21 Anwar Hadeed: Selbstorganisation im Einwanderungsland. Partizipationspotentiale von MigrantenSelbstorganisationen in Niedersachsen, 2005, 266 S.
ISBN 3-8142-0985-0 € 13,90
- 22 Carolin Ködel: Al urs al abiad, Scheinehe, le mariage en papier: eine filmische Erzählung über illegale Migration und Möglichkeiten ihres Einsatzes im interkulturellen und antirassistischen Schulunterricht, 2005, 122 S.
ISBN 3-8142-0996-6 € 9,00
- 23 Sebastian Fischer: Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Eine kritische Diskussion von Erklärungsansätzen und Interventionsmustern in pädagogischen Handlungsfeldern, 2006, 190 S.
ISBN 3-8142-2011-X / 978-3-8142-2011-6 € 13,00
- 24 Maureen Guelich: Adoptionen aus dem nicht-europäischen Ausland. Eine Studie zur Selbstverortung erwachsener Migrantinnen und Migranten, 2006, 211 S.
ISBN 3-8142-2031-5 / 978-3-8142-2031-4 € 12,80
- 25 Steffen Brockmann: Diversität und Vielfalt im Vorschulbereich. Zu interkulturellen und antirassistischen Ansätzen, 2006, 136 S.
ISBN 3-8142-2036-6 / 978-3-8142-2036-9 € 7,80
- 26 Ira Lotta Thee: Englischunterricht in der Grundschule unter besonderer Berücksichtigung von Kindern mit Migrationshintergrund, 2006, 96 S.
ISBN 3-8142-2032-3 / 978-3-8142-2032-1 € 6,80
- 27 Heidi Gebbert: Ansätze internationaler Schülerbegegnungsprojekte und interkulturelles Lernen, 2007, 114 S.
ISBN 978-3-8142-2049-9 € 6,80
- 28 Angela Schmitman gen. Pothmann: Mathematik und sprachliche Kompetenz, 2007, 175 S.
ISBN 978-3-8142-2062-8 € 9,80

- 29 Inga Scheumann: Die Weiterbildung hochqualifizierter Einwanderer 2007, 212 S.
ISBN 978-3-8142-2064-2 € 12,80
- 30 Rolf Meinhardt: Hochschule und hochqualifizierte MigrantInnen – bildungspolitische Konzepte zur Integration in den Arbeitsmarkt. Internationale Tagung 01./ 02. Dezember 2005 in Oldenburg, 2006, 172 S.
ISBN 978-3-8142-2111-3 € 10,80
- 31 Wiebke Scharathow: Diskurs – Macht – Fremdheit, 2007, 259 S.
ISBN 978-3-8142-2094-9 € 12,80
- 32 Yvonne Holling: Alphabetisierung neu zugewanderter Jugendlicher im Sekundarbereich, 2007, 205 S.
ISBN 978-3-8142-2097-0 € 12,80
- 33 Silvia Kulisch: Equality and Discrimination, 2008, 177 S.
ISBN 978-3-8142-2119-9 € 9,80
- 34 Petra Norrenbrock: Defizite im deutschen Schulsystem für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, 2008, 87 S.
ISBN 978-3-8142-2129-8 € 7,20
- 35 Lena Dittmer: „Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit“, 2008, 177 S.
ISBN 978-3-8142-2120-5 € 11,80
- 36 Mirjam Tünschel: Erinnerungskulturen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Anforderungen an die Pädagogik, 2009, 92 S.
ISBN 978-3-8142-2152-6 € 7,20
- 37 Anja Steinbach: Welche Bildungschancen bietet das deutsche Bildungssystem für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund? 2009, 104 S.
ISBN 978-3-8142-2156-4 € 7,20
- 38 Nathalie Thomauske, Biographien mehrsprachiger Menschen am Beispiel Französisch-Deutscher Bilingualer, 2009, 129 S.
ISBN 978-3-8142-2121-2 € 8,80
- 39 Christine Kamphues, Zur Wirkungsmacht der sozialen Konstruktionen von Geschlecht und Ethnizität, Am Beispiel von Haushaltsarbeit leistenden illegalisierten Frauen in Deutschland, 2009, 132 S.
ISBN 978-3-8142-2148-9 € 8,80
- 40 Imke Robbe: Interkulturelle Elternarbeit in der Grundschule. Die Zusammenarbeit von Schule und Eltern mit Migrationshintergrund unter besonderer Berücksichtigung der Sprachförderung, 2009, 97 S.
ISBN 978-3-8142-2149-6 € 7,80
- 41 Hugues Blaise Feret Muanza Pokos: Schwarzsein im ‚Deutschsein‘? Zur Vorstellung vom Monovolk in bundesdeutschen Geschichtsschulbüchern am Beispiel der Darstellung von Menschen mit Schwarzer Hautfarbe, 2009, 211 S.
ISBN 978-3-8142-2150-2 € 11,80
- 42 Rolf Meinhardt / Birgit Zittlau, unter Mitarbeit von Mailin Heidl, Esther Prosche, Johanna Stutz und Astrid Zima: BildungsinländerInnen an deutschen Hochschulen am Beispiel der Universität Oldenburg. Eine empirische Studie zu den erfolgshemmenden Faktoren im Studienverlauf und Empfehlungen zur Verbesserung der Studienleistungen durch HochschullotsInnen, 2009, 177 S.
ISBN 978-3-8142-2151-9 € 10,80

- 43 Manuel Peters: Zur sozialen Praxis der (Nicht-) Zugehörigkeiten. Die Bedeutung zentraler Theorien von Bourdieu und Goffman für einen Blick auf Migration, Zugehörigkeit und Interkulturelle Pädagogik, 2009, 104 S.
ISBN 978-3-8142-2157-1 € 7,80
- 44 Bettina Schmidt: Den Anti-Bias-Ansatz zur Diskussion stellen. Beitrag zur Klärung theoretischer Grundlagen in der Anti-Bias-Arbeit, 2009, 288 S.
ISBN 978-3-8142-2158-8 € 13,80
- 45 Jennifer Gronau: Auf blinde Flecken zeigen. Eine Diskursanalyse soldatischer Gedenkpraktiken und Möglichkeiten des Widerspruchs am Beispiel der Gebirgsjäger in Mittenwald, 2009, 175 S.
ISBN 978-3-8142-2161-8 € 12,80
- 46 Olga Teufel: Sport und soziale Heterogenität. Orientierung für die Kinder- und Jugendarbeit in Sportvereinen und Sportverbänden, 2009, 110 S.
ISBN 978-3-8142-2180-9 € 10,80
- 47 Rolf Meinhardt / Julia Klausning: Hochschullotsen an der Universität Oldenburg. Evaluierung eines Pilotprojektes, 2009, 107 S.
ISBN 978-3-8142-2166-3 € 12,80
- 48 Andrea Hertlein: Repräsentation und Konstruktion des Fremden in Bildern. Reflexionsgrundlagen Interkultureller Pädagogik, 2010, 195 S.
ISBN 978-3-8142-2186-1 € 16,80
- 49 Katharina Bräuß: Mit Rechten am rechten Ort? Reflexionen und Ergebnisse zur pädagogischen Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, 2010, 229 S.
ISBN 978-3-8142-2159-5 € 13,80
- 50 Jürgen Krause: Das DDR-Namibia-Solidaritätsprojekt „Schule der Freundschaft“. Möglichkeiten und Grenzen interkultureller Erziehung. 2009, 538 S.
ISBN 978-3-8142-2176-2 € 22,80
- 51 Inger Petersen: Mit Sprachenvielfalt in die Zukunft. Gelingende Sprachförderung zweisprachiger Kinder und Jugendlicher. 2010, 98 S.
ISBN 978-3-8142-2191-5 € 12,80
- 52 Khairounisa Foflonker: The Integration of Adolescents of Immigrant Origin into the German Education System. Investigating Everyday Racism and Xenophobia: A case study of an integrated public secondary school in Germany. 2010, 146 S
ISBN 978-3-8142-2190-8 € 13,80
- 53 Norah Barongo-Muweke: Gender, Ethnicity, Class and Family Structure in International Labor Migration. The Case of African Woman in Germany and England. 2010, 484 S.
ISBN 978-3-8142-2162-5 € 18,80
- 54 Friederike Piderit: Stufenübergreifende Förderung von Deutsch als Zweitsprache. Konzeptionelle Überlegungen und Erfahrungen aus der Praxis, 2010, 113 S.
ISBN 978-3-8142-2206-6 € 12,80
- 55 Britta Behrens: Interkulturelle Öffnung im Gesundheitswesen, Überblick – Strategie – Praxis , 2011, 138 S.
ISBN 978-3-8142-2173-1 € 12,80

- 56 Ahmad Baban: Sozialpädagogische Familienhilfe für Familien aus islamischen Kulturkreisen. Erfahrungen, Sichtweisen und Beobachtungen von und zu betroffenen Familien, 2010, 305 S.
ISBN 978-3-8142-2229-5 € 16,80
- 57 Dieter Brühl: Kultur und Entwicklung. Theoretische und praktische Beiträge zur soziokulturellen Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit, 2011, 150 S.
ISBN 978-3-8142-2211-0 € 13,80
- 58 Kameran Bisarani: Sozialpädagogische Familienhilfe bei Familien aus islamischen Kulturkreisen. Erfahrungen und Sichtweisen von Fachkräften, 2011, 349 S.
ISBN 978-3-8142-2235-6 € 18,00
- 59 Rudolf Leiprecht, Seddik Bibouche (Hrsg.): „Nichts ist praktischer als eine gute Theorie“. Theorien, Forschung und Praxis im Kontext von politischer Kultur, Bildungsarbeit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft, 2011, 294 S.
ISBN 978-3-8142-2238-7 € 16,80
- 60 Alexandra Janetzko, Rea Kodalle, Thomas Kalwitzki: „Bewegungs- und Gesundheitsförderung im Stadtteil: ein Praxisleitfaden zur Entwicklung zielgruppenspezifischer Angebote am Beispiel von Migrantinnen“, 2011, 173 S.
ISBN 978-3-8142-2244-8 € 16,80